

ISSN 1430-6646
Verkaufspreis 2,30 €



Das ÖDP-Journal
Nr. 153 Februar 2012

Klimaschutzpolitik:
Interview mit Claudia Kemfert 17

Eine praktische Schulreform:
die "zweite Kraft" 18

Was bedeuten christliche Werte
in der Politik? 24

ÖkologiePolitik

Wahlrechtsreform Teil 2



Termine

Mi, 22.02.2012	Politischer Aschermittwoch (in Passau)
Di, 06.03.2012	Jubiläum: 30 Jahre ÖDP !!!
Sa - So, 17.-18.03.2012	Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (in Leutkirch)
Sa - So, 21.-22.04.2012	ÖDP-Bundesparteitag (in Hannoversch Münden)
Sa, 05.05.2012	Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Regensburg)
So, 06.05.2012	Landtagswahl in Schleswig-Holstein
Sa, 07.07.2012	Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (im Raum Stuttgart)
Sa - So, 10.-11.11.2012	ÖDP-Bundesparteitag (in Erding)
So, 20.01.2013	Landtagswahl in Niedersachsen

ÖDP dankt Gertrud Martin

Im November 2011 hat Gertrud Martin nach 14 Jahren ununterbrochenem Engagement die Leitung des BAK Familie abgegeben. Auch als langjährige Vorsitzende der Bundesvereinigung Frauen in der ÖDP tritt sie jetzt zurück ins zweite Glied.

Beides ist Anlass, für ihren vieljährigen aufopferungsvollen Einsatz für Gesellschaft und Partei zu danken und ihre Arbeit zu würdigen.

Gertrud Martin hatte im Dezember 1997 von Dr. Rainer Schanne die Sprecherfunktion des Bundes-Arbeitskreises „Familie“ übernommen, der sich seit seiner Gründung 1992 kontinuierlich zu einem lebendigen Teil der Parteiarbeit entwickelt hat.

Von 1997 bis 2009 war sie Sprecherin des Bundesarbeitskreises, der später in „Familien- und Sozialpolitik“ umbenannt wurde. Nach der Vereinigung mit dem Arbeitskreis Gesundheit im Jahr 2009 übernahm sie die Leitung der Untergruppe „Familie und Soziales“.

Seit Mitte der 90er Jahre war sie Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Frauen und später der Bundesvereinigung Frauen in der ÖDP.

Gertrud Martin hat die Arbeit in den Gremien nachhaltig geprägt. Ihre messerscharfen Analysen zur Situation der Eltern und der Frauen – besonders der Mütter – in unserer Gesellschaft trafen in aller Regel ins Schwarze. Sie hat damit manche/n überfordert oder gelegentlich sogar vor den Kopf gestoßen, die/der noch nicht gründlicher über den Zu-

sammenhang zwischen zunehmender Familienarmut und unserem Sozialsystem nachgedacht hatte. Im Laufe der Jahre hat sie gemeinsam mit dem AK und der BV viele Konzepte für Infomaterialien vorbereitet und immer wieder dafür gekämpft, dass das Thema Familie und Gleichberechtigung auch für Erziehende in der Gesamtpartei nicht vernachlässigt wurde.

Sehr früh hat sie das Demokratiedefizit erkannt, das in der fehlenden Berücksichtigung der Kinder bei Wahlen liegt und immer wieder darauf hingewiesen, dass Familien nur die Hälfte ihres Gewichts bei Wahlen einbringen können. Bereits 1999 trieb sie daher im Dialog mit anderen Parteigruppierungen, besonders den Jungen Ökologen, die Arbeit an einem Konzept voran, das Kinder bei Wahlen berücksichtigt, ohne dass sie sich von ihren Eltern bevormundet zu fühlen brauchen. Dieses Konzept fand schließlich beim Bundesparteitag in Karlsruhe 2004 auch Eingang ins Partei-Programm.

Ein ganz zentraler Schwerpunkt war und ist für Gertrud Martin die finanzielle Anerkennung der elterlichen Erziehungsarbeit durch ein Erziehungsgeld. Als Mutter von 5 Kindern weiß sie, wovon sie spricht und vertritt daher einen wirklichen Feminismus, der eine echte Gleichberechtigung der Frauen nur bei einer echten Erziehungsarbeit für möglich hält. Es ist nicht zuletzt ihr Verdienst, dass die ÖDP heute im Gegensatz zu

allen Bundestagsparteien an der vollen Wertschätzung der elterlichen Erziehungsleistung festhält und auch die Bundesvereinigung der Frauen in der ÖDP bis heute diesen Standpunkt vertritt.

Dass es heute viele Eltern gibt, die sich eine Krippenbetreuung für ihr Kind wünschen, um im bisherigen Beruf erwerbstätig sein zu können, achtet Gertrud Martin als deren selbstverständliches Recht. Sie setzt sich aber gerade für die erhebliche Zahl jener Eltern ein, die ihre Kinder eigentlich selbst betreuen wollen und sich nur deshalb eine Krippenbetreuung wünschen, weil sie aus wirtschaftlichen Gründen voll erwerbstätig sein müssen. Bis heute kämpft sie in unzähligen Leserbriefen und durch sachlich fundierte Beiträge nicht nur innerhalb der ÖDP sondern auch bei zahllosen Tagungen engagiert dafür, dass deren Interessen in der Politik nicht völlig vernachlässigt werden.

Die durch unser elternfeindliches Sozialrecht erzwungene fortschreitende Familienarmut und der sich daraus ergebende Verfall aller auf Familie bezogenen Wertvorstellungen, neue wissenschaftliche Erkenntnisse über Risiken der Kinderkrippen und die Erfolglosigkeit der gegenwärtigen Familienpolitik können nur als Bestätigung dafür angesehen werden, wie wichtig ihr Engagement ist.

Seit 1995 hat sich Gertrud Martin im Bundesarbeitskreis und später in der Bundesvereinigung für die Gleichberechtigung von Frauen und Müttern eingesetzt und die Aufnahme des Gremiums in den Deutschen Familienrat betrieben. Dies wurde – ohne Angabe von Gründen – abgelehnt. Bei der Behandlung des Themas Gender Mainstreaming hat sie sich nicht gescheut, die manchmal abstrusen Forderungen und Vorstöße aus dieser Richtung deutlich beim Namen zu nennen.

Wer Frau Martin kennt, wird damit rechnen, dass sie auch weiter im ÖDP-Bundesarbeitskreis aktiv bleibt. Auch kann nicht von einem „Rückzug aus der Politik auf Raten“ gesprochen werden. Denn Frau Martin hat sich 2010 zur Vorsitzenden des „Verbandes der Familienfrauen und -männer (vffm)“ wählen lassen, einem Verband, der wie kein anderer für eine Anerkennung der Elterntarbeit eintritt. Damit wird die ÖDP im vorpolitischen Raum stärker verankert.

Wir wünschen Gertrud Martin sowohl für ihre persönliche Zukunft als auch für ihre weitere politische Arbeit innerhalb und außerhalb der Partei auch in Zukunft viel Erfolg.

*Roswitha Bendl und
Dr. Johannes Resch*

Einladung zur Jahreshauptversammlung 2012 der Bundesvereinigung Frauen in der ÖDP

Alle weiblichen ÖDP-Mitglieder sind automatisch Mitglied in der Bundesvereinigung Frauen in der ÖDP, wenn sie der Mitgliedschaft nicht ausdrücklich widersprochen haben.

Sie sind herzlich eingeladen zur Jahreshauptversammlung 2012 am Freitag, 20. April 2012, 19.00 Uhr in Hannoversch Münden. Der konkrete Ort des Treffens wird auf www.odp.de rechtzeitig unter Termine / Bundesparteitag bekannt gegeben. Interessentinnen melden sich aus organisatorischen Gründen bitte möglichst unter Telefon: 081 22 92632 oder eMail: roswitha.bendl@t-online.de an.

Tagesordnung:

- 1) Begrüßung, Beschluss der TO, Nachlese Protokoll
- 2) Rückblick auf die Zeit nach der letzten Versammlung
- 3) Infos und Diskussion zum Thema Gleichstellung/Gleichberechtigung in Partei, Politik und Gesellschaft
- 4) Diskussion zum Thema Unterhaltsrecht
- 5) Anträge, Verschiedenes.

Wir würden uns sehr freuen, viele ÖDP-Frauen bei unserem Treffen begrüßen zu dürfen.

Für den Vorstand:

*Roswitha Bendl
Vorsitzende*

Liebe Leserinnen und Leser,

die Ankündigung von Georgios Papandreou, sein Volk selbst über dessen Schicksal entscheiden lassen zu wollen, löste auf den Märkten Panik und bei den europäischen Regierungen blankes Entsetzen aus. Wie den Wahn eines Geisteskranken nahmen sie dieses Ansinnen auf. Offensichtlich haben sie die Demokratie innerlich schon längst auf Ramschniveau herabgestuft. Angela Merkel träumte gar laut von einer „markt-konformen Demokratie“ und gestand damit ein, um was es eigentlich geht: um die unumschränkte Macht der Finanzwirtschaft, an deren Fäden die Hauptdarsteller heutiger Politik als Marionetten zappeln.

Von einer „Krise des Kapitalismus“ ist gegenwärtig oft die Rede. Angeblich führt die innere Logik unseres Wirtschaftssystems zwangsläufig zu seinem Zusammenbruch: Die Unternehmen müssen im Wettbewerb Produktionskosten sparen, drücken deshalb die Lohnkosten, was die volkswirtschaftliche Kaufkraft sinken lässt und langfristig dazu führt, dass sich die Bürger die von ihnen produzierten Waren kaum mehr leisten können – außer man kurbelt den Konsum und damit die Wirtschaft durch immer höhere Schuldenberge künstlich an. Das als Krise zu bezeichnen, ist wohl falsch. „Kapitalismus“ bedeutet ja vor allem, dass der Schutz der Kapitaleigentümerinteressen oberste Priorität genießt. Daran hat sich durch die Finanzkrise und Eurokrise nichts geändert – im Gegenteil: Auf www.reichtumsuhr.de kann jeder sehen, dass der private Reichtum mehr als dreimal so schnell zunimmt wie die Staatsverschuldung, allerdings extrem ungleich verteilt. Wenn die Kaufkraft des Volks gegen Null geht, dann passt sich die Wirtschaft dieser Entwicklung an und produziert verstärkt für eine kleine reiche Oberschicht – ähnlich wie im antiken Rom, wo die Arbeit von Sklaven erledigt wurde und nur ihren Herren zugute kam.

Was wir heute erleben, ist nicht eine Krise des Kapitalismus, sondern: der Niedergang unserer Demokratie. Da die aber an den heutigen Problemen völlig schuldlos ist, wäre es zynisch, sie „den Märkten“ als Opfer darzubringen. Wir brauchen keine Merkelsche „markt-konforme Demokratie“, sondern eine demokratie-konforme Marktwirtschaft! Genauer gesagt: eine umwelt- und demokratie-konforme Marktwirtschaft. Dafür sind tiefgreifende Korrekturen notwendig. Bei den Regeln unserer Marktwirtschaft. Und bei den Regeln unserer Demokratie. Deshalb bereitet die bayerische ÖDP ein Volksbegehren zur Direktwahl des Ministerpräsidenten vor. Und Mehr Demokratie und Wahlrecht.de klagen gegen das novellierte Bundeswahlrecht. Unterstützen Sie diese Aktionen bitte!

Ihr

Günther Hartmann

Günther Hartmann

Verantwortlicher Redakteur



INHALT

Politik aktuell (Auszug)

Zum Projekt einer theologischen
Zoologie
Tierschutz 5

Bayerischer ÖDP-Chef Mrasek
präsentiert Alternativ-Konzept
Geplante Atommüll-Endlager in Südbayern 6

Titelthema: Wahlrechtsreform

„Wir wollen dem Parlament
seine Würde zurückgeben“
Interview mit Klaus Mrasek 8

Bürger fordern gleiches und
faireres Wahlrecht
Verfassungsbeschwerde 10

Volk, entscheide! Visionen eines
christlichen Polit-Rebells
Sebastian Frankenbergers Buch 12

Wirtschaftspolitik

Finanzmärkte, Euro und Umwelt
in der Krise!
Globalisierung 14

„Wir haben einen Überschuss an
politischen Forderungen“
Interview mit Nico Paech 16

Klimapolitik

„Ein CO₂-Preis von 60 Euro
pro Tonne ist nötig!“
Interview mit Prof. Dr. Claudia Kemfert 17

Bildungspolitik

Eine „zweite Kraft“ für jede
Grundschulklasse!
Praktische Schulreform 18

Sozialpolitik

Elterngeldgesetz verachtet
Erziehungsarbeit
Generationenvertrag 20

Verteidigungspolitik

Verratenes Völkerrecht
UNO-Charta contra Militäreinsätze 22

Philosophie

Christliche Werte in der Politik
Religion und Aufklärung 24

Stadtentwicklung

Stadt im Wandel – Transition Town
Eine Bewegung von „unten“ 27

ÖkologiePolitik intern (Auszug)

Grundsatzprogramm 31
ÖDP vor Ort 33
Landesverbände 34

Ökolumne 4
Pressespiegel 28
Leserbriefe 29
Impulse 32
Impressum 33

Titelfoto: Günther Hartmann

UN-Klimagipfel in Durban

von Ulrich Brehme

Die Konzentration an Treibhausgasen in der Atmosphäre hat neue Höchstwerte erreicht.

2010 war das wärmste Jahr seit Temperaturlaufzeichnung und das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts war die wärmste je gemessene Dekade. Die Eismassen in Grönland schmelzen immer schneller und immer mehr Menschen sterben aufgrund von Wetterextremen.

Das 2-Grad-Ziel bei der Erderwärmung ist bis zum Jahr 2100 mit den derzeitigen Emissionen nicht einzuhalten. Die im Kyoto-Protokoll festgelegten Reduktionsziele müssten daher sogar noch verschärft werden.

Je später mit den Reduktionen begonnen wird, umso stärker müssten diese ausfallen. Das ist wirtschaftlich nur schwer zu schaffen. Momentan bewegen wir uns mit den CO₂-Emissionen sogar noch jenseits des im IPCC-Bericht festgelegten Worst-Case Szenarios, das eine Erwärmung von etwa 4 Grad im Jahre 2100 vorausagt.

Das Umweltbundesamt hat errechnet, dass Deutschland als größter europäischer Emittent den Kyoto-Zielwert noch einhält. Gegenüber dem Vorjahr wurden insgesamt 40 Mio Tonnen und damit 4,3 Prozent mehr Treibhausgase emittiert. Hauptgrund dafür ist der Anstieg des Verbrauchs an Brennstoffen.

Die EU hat sich in Durban mit den ärmsten Staaten und den kleinen Inseln zusammen geschlossen. Die rund 120 Länder strebten auf der UN-Klimakonferenz gemeinsam konkrete Klimaschutzziele an, das konkrete Reduktionsziele enthält. Diese Länder produzieren aber derzeit zusammen nur rund 15 Prozent der weltweiten Emissionen. China und die USA sind für etwa 40 Prozent der von Menschen verursachten Treibhausgase verantwortlich. Dort herrscht die Befürchtung, dass Klimaschutzmaßnahmen Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze gefährden könnten. Die USA sind dem Kyoto-Protokoll nie beigetreten, China

und Indien haben 1997 als Entwicklungsländer noch keine Reduktionsauflagen erhalten.

Niklas Höhne, Direktor für Klimapolitik der Firma Ecofys hat errechnet, dass der Klimawandel im Jahre 2100 zu 3,5 Grad Erwärmung führen wird bei den jetzigen Verpflichtungen. 2020 ist es zu spät, das Zwei-Grad-Ziel noch einzuhalten. Wenn es so weiter geht, dann steigen die Emissionen in diesem Jahrzehnt dramatisch weiter und ein weltumfassendes Klimaabkommen, das danach in Kraft tritt, käme einfach zu spät.

Christiana Figueres, die UN-Klimachefin, hat in Durban geweint, als sie die Frage beantwortete, was mit der Erde ohne ausreichenden Klimaschutz geschehen werde. „Die Zukunft der Menschheit steht auf dem Spiel“, sagte sie. Es gebe keinen „Plan B, so wie es auch keinen Planeten B gibt“.

Auch Umweltminister Röttgen sagte: „Nach wissenschaftlichen Einschätzungen sind wir in der Dekade in dem Bereich, wo es keine Rückkehr mehr gibt.“ Er weiß also Bescheid, dass wir als Menschheit aussterben werden, wenn wir keine andere Klimapolitik hinbekommen.

Das Klimaprotokoll von Kyoto mit seinen festen Reduktionszielen für Treibhausgase endet 2012. Die EU will einen Kyoto-Nachfolgevertrag nur eingehen, wenn sich auch große Verschmutzer wie die USA, China und Indien wenigstens dazu verpflichten, bis etwa 2015 rechtlich bindende Klimaschutzziele zu vereinbaren. Die EU sowie knapp hundert Entwicklungsländer und Inselstaaten haben sich daher in Durban erstmals in der Geschichte der UN-Klimaverhandlungen offiziell zu einer Allianz zusammengeschlossen, um mehr Druck zu machen.

Die nächste Konferenz wird Katar stattfinden. Katar ist weltweit der größte Produzent von verflüssigtem Erdgas, eine Technologie mit hohem CO₂-Ausstoß.



Bundesumweltminister greift ÖDP-Forderung nach CO₂-Budget auf

Erfreut zeigt sich die ÖDP über die Forderung von Bundesumweltminister Norbert Röttgen nach einem persönlichen CO₂-Budget für jeden Menschen. „Damit unterstützt Röttgen ein Thema, das sich genau so in unserem Programm wieder findet.“ Das erläutert Sebastian Frankenberger, Bundesvorsitzender der ÖDP.

Schon vor fast drei Jahren sprachen sich die Delegierten der ÖDP auf einem Bundesparteitag für ein individuelles CO₂-Limit aus. „Wir können nicht weiter so zerstörerisch mit der Natur umgehen. Deshalb muss jeder Mensch die persönliche Verantwortung tragen,“ begründet Frankenberger. Die persönlichen CO₂-Anteile könnten eventuell auch verkauft oder zusätzliche erworben werden. Die Gesamtmenge wäre aber beschränkt. „Nur mit klaren Zielvorgaben kann es uns gelingen, den Klimawandel noch aufzuhalten. Freiwillige Vereinbarungen nützen kaum etwas,“ so Frankenberger. (...)

ÖDP protestiert gegen Bau von AKW in Polen

„Ich appelliere an unser Nachbarland Polen, auf den Bau von Atomkraftwerken zu verzichten.“ Das sagt Prof. Dr. Klaus Buchner, Atomphysiker und Sprecher der Bundesprogrammkommission in der ÖDP. Damit reagiert er auf Bestrebungen der polnischen Regierung, im großen Stil in die Kernkraft einzusteigen. Die Pläne des polnischen Atomprogramms können im Internet nachgelesen werden. Im Rahmen des grenzüberschreitenden strategischen Umweltprüfungsverfahrens haben Bürgerinnen und Bürger in diversen deutschen Bundesländern noch bis 4. Januar die Möglichkeit, Einwendungen zu schreiben.

Die ÖDP bietet auf Ihrer Homepage vorgefertigte Einwendungen an, die direkt per Mail an die zuständige polnische Behörde verschickt werden können.

„Die Möglichkeit der Einwendung ist ein wichtiges Instrumentarium für mehr Bürgerbeteiligung in Europa. Wir hoffen, dass viele Menschen ihre Meinung der polnischen Regierung mitteilen,“ erläutert Buchner. (...)

ÖDP fordert neue Parteiengesetze

Angesichts der dubiosen Spenden der Rüstungsfirma Heckler & Koch an diverse Bundestagsparteien, fordert die ÖDP ein Verbot von Firmenspenden an Parteien. „Das Parteiengesetz muss dringend dahingehend geändert werden, dass nur noch Spenden von natürlichen Personen erlaubt sind,“ so Sebastian Frankenberger, Bundesvorsitzender der ÖDP.

Seine Partei nimmt seit ihrer Gründung vor fast 30 Jahren keine Firmenspenden an. „Eine Firma versucht über eine Parteispende immer versteckt Einfluss auf die politischen Entscheidungen zu bekommen. Warum sollte sonst Geld fließen?“ fragt Frankenberger. Im aktuellen Fall hatte Heckler & Koch in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt 20.000 Euro an die FDP gespendet. Allein 15.000 Euro gingen an den Wahlkreis von Ernst Burgbacher, den parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, das die politische Federführung bei Rüstungsgeschäften inne hat. Die Rüstungsfirma ist mittlerweile in die Schlagzeilen geraten, weil ihr illegale Geschäfte mit Mexiko und Libyen vorgeworfen werden. „Spenden von einer Rüstungsfirma sind aus meiner Sicht moralisch nicht vertretbar: Wer sein Geschäft mit Mordwaffen macht, dessen Geld sollte keine Partei annehmen,“ so der ÖDP-Chef. (...)

Die vollständigen Pressemeldungen können Sie lesen unter
www.oedp.de

Tierschutz

Zum Projekt einer theologischen Zoologie

Wenn Jane Goodall den Ruf eines Schimpansen imitiert, lacht niemand im Saal; so stark erfahren die Zuhörenden, dass hier jemand die Sprache eines sehr verwandten und vertrauten Geschöpfes offenbar zu verstehen gesucht hat. Auch am 15.12. 09 in der Aula des Münsterschen Schlosses war es so; an diesem winterlichen Nachmittag wurde das Institut für theologische Zoologie – An-Institut der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Kapuziner – gegründet.

von Dr. Rainer Hagencord

Die weltweit bekannte Primatologin und UNO-Friedensbotschafterin ist Schirmherrin des Institutes und ließ sich ihren Besuch nicht nehmen.

In diesem Jahr jähren sich ihre Forschungsarbeiten mit den Schimpansen in Tansania zum fünfzigsten Mal. Und ihr großes Anliegen ist es, auch die spirituellen Kräfte zu sammeln, um der ökologischen Katastrophe, die unseren Planeten beherrscht, zu begegnen.

Von den zwei Fenstern

Frau Goodall, die aufgrund ihrer langjährigen intensiven Arbeit mit Schimpansen alles andere als eine romantisierende Sicht der Natur und „ihrer“ Tiere erlangt hat, beschreibt in ihrer Autobiographie folgendes Ereignis:

Es ist im Mai 1981, nach dem Tod ihres Mannes Derek, als sie nach Gombe zurückkehrt. Eigentlich will sie diesmal die Schimpansen nicht beobachten, sondern nur ihre Gesellschaft genießen. Nach einem Gewitter sitzt sie an einem vertrauten Ort unter einer Palme im Regen. Sie sieht eine junge Schimpansenmutter, die sich vorn über gebeugt hat, um ihr Kind zu schützen, ein junges Männchen, das sich im Nest dicht an sie drückt und ein weiteres, das mit gebeugtem Rücken auf einem Ast kauert.

„Ich verlor jedes Zeitgefühl. Die Schimpansen und ich bildeten eine stille, klaglose Einheit.“ So erzählt Jane Goodall, die in dieser Situation eine sehr intensive, alles durchdringende spirituelle Erfahrung gemacht hat:

„Mein Ich war nicht mehr da; die Schimpansen und ich, Erde, Bäume und der Himmel schienen miteinander zu verschmelzen und eins zu werden mit der geistigen Kraft des Lebens.“

Die Naturwissenschaftlerin, die sonst so nüchtern beobachtet und akribisch genau beschreibt, wagt eine Aussage, die sonst nur bei großen Mystikern zu finden ist.

Erst der Chor der laut rufenden Schimpansen holt sie ins Alltagsbewusstsein zurück. Wenig später versucht Jane Goodall für sich zu klären, was sich ereignet hat, und sie kommt zu dem Schluss, dass es viele Fenster gibt, um die Welt zu erkennen und um einen Sinn zu finden. Die westliche Wissenschaft habe ihr eines geöffnet, um in sorgfältigen Aufzeichnungen und kritischen Analysen die Welt der Schimpansen und ihr komplexes Sozialverhalten ein wenig zu erhellen. Aber es gäbe noch ein anderes Fenster, das sich den Heiligen, den Mystikern und den Begründern der großen Weltreligionen geöffnet habe.

„An jenem Nachmittag war es gewesen, als hätte eine unsichtbare Hand einen Vorhang beiseite gezogen, so dass ich für den Bruchteil eines Augenblicks durch ein solches Fenster schauen konnte.“

Horst Stern sagt schon in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts über seine Zeitgenossen und Zeitgenossen: „Sie kennen den Preis von allem und den Wert von nichts mehr“. Was ist tatsächlich das Leben eines Huhnes in der Legebatterie gesellschaftlich noch wert?

Und der Biologe und Wissenschaftskritiker Rupert Sheldrake bringt dies in die Formel: „Es gibt in der Nähe zum Menschen nur noch zwei Kategorien von Tieren. Die einen verwöhnen wir mit Haustierfutter und die anderen werden dazu verarbeitet.“

Die Logik und Praxis der „Interplanetarier“

Dermaßen gnadenlos und unverantwortlich verhalten wir uns in der so genannten „Ersten Welt“ nicht nur gegenüber den Tieren, sondern gegenüber der gesamten natürlichen Mitwelt. Gleichzeitig unverantwortlich gegenüber der so genannten „Dritten Welt“ und unserer Nachwelt.

Diese dreifache Verantwortungslosigkeit schreibt der Naturphilosoph Meyer-Abich uns Menschen in den Industriationen ins Stammbuch, und er kennzeichnet eben dieses Verhalten als das Verhalten von „interplanetarischen Eroberern“: Wir gehen mit diesem Planeten um, als kämen wir von einem anderen Stern, als seien wir mit nichts und niemandem auf diesem blauen Planeten verwandt und könnten ihn als pure Ressource ausnutzen und ausbeuten.

Doch, so Meyer-Abich, in uns schlummert noch ein Traum, eine Erinnerung an ein Leben, das anders gekennzeichnet ist, nämlich durch den Charakter der Beheimatung. Nein wir sind keine Interplanetarier, sondern Erdensöhne und Erdentöchter. Verwandt mit allem was lebt, mit dem eigenen Platz im Gesamt des Lebendigen. Dieser Traum ist in alten Bildern, Geschichten

und Mythen aufgeschrieben und gehört ebenso in den Grundbestand unseres Lebens wie die vorherrschende Ausgestaltung des Lebens als Interplanetarier.

Das Institut für Theologische Zoologie

„Mit zunehmender Erkenntnis werden die Tiere den Menschen immer näher sein. Wenn Sie dann wieder so nahe sind, wie in den ältesten Mythen, wird es kaum mehr Tiere geben“ – schreibt der Literaturnobelpreisträger Elias Cannetti und gibt damit das Programm einer theologischen Würdigung der Tiere, wie es das Institut versucht, vor:

Die Erkenntnisse der modernen Verhaltens- und Evolutionsbiologie zu sichten, diese in einen Dialog mit biblisch-theologischen Denkfiguren zu bringen, um Impulse für einen Bewusstseinswandel innerhalb der Gesellschaft und Kirche zu setzen: Dass wir nicht Herren und Herrinnen der Schöpfung sind, sondern Mit-Geschöpfe. Und dass es an uns liegt, diesen wunderbaren Planeten mit seiner atemberaubenden Artenvielfalt zu bewahren. ■

Dr. Rainer Hagencord,

geboren 1961 in

Ahlen (Westfalen), hat

von 1980 bis

1985 Theologie

studiert,

wurde 1987 zum

Priester geweiht



und hat nach vierjähriger seelsorglicher Arbeit Biologie und Philosophie in Münster studiert und mit dem Staatsexamen abgeschlossen. Dr. Hagencord ist Mitglied des neu gegründeten Netzwerks „Ernährungsethik“ der Schweisfurth-Stiftung. Zu den Mitgliedern des Netzwerkes gehören Stiftungen, wissenschaftliche Einrichtungen sowie Privatpersonen.

Kontakt:

www.theologische-zoologie.de

HINWEIS

Zukünftig werden wir auf ÖDP-Parteiveranstaltungen nur noch vegetarisches Essen anbieten. Das ist ein Beitrag zu mehr Tier- und Klimaschutz.

Geplante Atommüll-Endlager in Südostbayern

Bayerischer ÖDP-Chef Mrasek präsentiert Alternativ-Konzept

Die ÖDP Bayern präsentierte Ende Oktober in Weiden und Passau ihr Alternativkonzept zu einem eventuell drohenden Endlager für Atommüll in der nördlichen Oberpfalz und im Granitgesteinsmassiv des Bayerischen Waldes. Für diese Regionen gilt nach Ansicht der ÖDP aus verschiedenen Gründen Alarmstufe Rot.

von Urban Mangold

Mitte der 90er Jahre hat die Bundesanstalt für Geowissenschaften Voruntersuchungen möglicher Atommüll-Endlagerstandorte erstellt. Seither sind die Standorte im Saldenburger

bisher diskutierten Standorten, zum viel zu späten Atomausstieg 2022 und die Alternative zu den völlig ungesicherten derzeitigen Zwischenlagern stellten Klaus Mrasek (Landesvorsitzender der

sicher dicht bleibt. Der Ärmelkanal hat sich beispielsweise erst vor rund 8.300 Jahren geöffnet. Bei Salzstöcken besteht zudem die Gefahr des Wassereintritts. Bei Granitgestein kann die Ab-

lich wieder ein – mit allen fatalen Folgen. Die ÖDP Bayern favorisiert und fordert deshalb den Bau von sabotagesicheren Zwischenlagern mit höchstem Sicherheitsstandard an den AKW-Standorten, gegen Terrorangriffe und Flugzeugabstürze geschützt. Künftige Generationen hätten dann den Zugriff auf den Atommüll und könnten sichere Schutzmaßnahmen gegen den hochgiftigen Müll anwenden, falls neue Technologie dies ermöglichen.

Erhebliche Verbesserung!

Die derzeitigen ungesicherten Zwischenlager an den drei bayerischen Atomkraftstandorten (Gundremmingen, Grafenrheinfeld und Ohu) müssen unverzüglich rückgebaut und durch die neuen Hochsicherheitszwischenlager ersetzt werden. Diese Standorte wären auch für die Bevölkerung an den Atomkraftwerksstandorten eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustand. Die neuen Hochsicherheitslager ersparen zudem gefährliche Atomtransporte quer durch das Land.

Atomrisiko
2013 beenden!

Solange es in Deutschland keinen kurzfristigen Atomausstieg gibt, kämpft die ÖDP gegen jeden „Endlagerstandort“, da ein Atommülllager mit der entsprechenden Kapazität die Voraussetzung für die jahrzehntelange Fortführung des Atomrisikos schafft. Die ÖDP Bayern fordert daher auch für die Hochsicherheitszwischenlager an den AKW-Standorten eine Größenbegrenzung. Sie dürfen nur so konzipiert sein, dass ihre Kapazität auf den Atommüll beschränkt ist, der unvermeidbar noch bis zum frühestmöglichen Atomausstieg im Jahr 2013 anfällt. Es ist unverantwortlich, noch bis zum Jahr 2022 zusätzlichen Atommüll zu produzieren.

Die derzeit praktizierte, unnötig lange Lagerung der extrem strahlenden Spaltelemente in den Abklingbecken der Atomkraftwerke muss auf die notwendige Abklingzeit beschränkt werden. Fukushima hat gezeigt, dass auch von dieser Lagerung eine große Gefahr ausgeht. Deshalb müssen Spaltelemente so bald wie möglich in Castoren umgepackt und



Bei der Pressekonferenz zur Atommülllagerung (von links): ÖDP-Landesschatzmeister Gerhard Mai, Landesvorsitzender Klaus Mrasek, Kreisrätin Dr. Barbara Kindl und Landesgeschäftsführer Urban Mangold.

Granitmassiv des Bayerischen Waldes, in der nördlichen Oberpfalz und im Fichtelgebirge im Gespräch. Inzwischen rückt das Land Niedersachsen von Gorleben als Endlagerstandort ab und Ministerpräsident Seehofer kündigte an, dass auch in Bayern nach einem Endlager gesucht werden müsse.

Die ÖDP Bayern stellt sich auf einen intensiven Widerstand ein. Die Alternativen zu den

ÖDP Bayern) und weitere Mitglieder des Landesvorstandes in zwei Pressekonferenzen vor.

Die Position der ÖDP Bayern:

Die ÖDP Bayern hält alle erwogenen Endlager-Standorte für ungeeignet. Es gibt keine geologische Formation (weder Salzstöcke noch Granitgestein), die für 100.000 bis 1 Million Jahre

wärme der Spaltelemente bereits in einem Zeitraum von 200 Jahren zu Rissen im Gestein führen. Die hohen Anforderungen an eine Endlagerstätte können weltweit nicht erfüllt werden.

Aus den Augen
aus dem Sinn!

Alles, was vergraben wird, verschwindet aus dem menschlichen Bewusstsein, holt aber zukünftige Generationen unausweich-

in die neuen Hochsicherheitszwischenlager verbracht werden.

Atom-müll-Export ist unmoralisch!

Auch wenn wir in einem dicht besiedelten Land leben, müssen wir für den in deutschen Atomkraftwerken entstandenen Atom-müll selbst die Verantwortung übernehmen und Lösungen finden. Eine „Verschiebung“ des Atom-mülls gegen Milliarden-

zahlungen – wohin auch immer – lehnt die ÖDP ab.

Energiewende und neuer Lebensstil!

Neben Energieeffizienz und Erneuerbare Energien brauchen wir als dritte Säule für eine nachhaltige Energiewende eine neue Bewertung der Begriffe „Wachstum“ und „Wohlstand“ und in der Folge einen neuen Lebensstil, getragen von sozialer und ökologischer Verantwortung. ■

Kontakt: bayern@oedp.de



ÖkologiePolitik

Spender gesucht!

Wir danken allen Leserinnen und Lesern für ihre Spendenzusagen. Um das ÖDP-Magazin ÖkologiePolitik für die Zukunft finanziell absichern zu können, bitten wir jedoch dringend weiterhin um Ihre tatkräftige Unterstützung. Herzlichen Dank für Ihre Spende!

Ja, ich unterstütze ÖkologiePolitik mit einer regelmäßigen Spende von monatlich

5,- Euro 10,- Euro 20,- Euro anderer Betrag:
Bitte buchen Sie den Betrag von meinem Konto ab:

Kto.-Nr.:

BLZ:

Bankinstitut:

Meine Adresse lautet:

Name, Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Tel., Fax

Ort/Datum, Unterschrift

Ihre Spende ist absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich erhalten Sie 50 % des Betrages vom Finanzamt zurückerstattet.

ÖDP unterstützt Popularklage gegen Studiengebühren

Aufgedeckter Missbrauch von Gebührengeldern wohl nur „Spitze des Eisbergs“ – weitere sachdienliche Hinweise werden gerne entgegengenommen

Die ÖDP unterstützt eine Popularklage gegen die Studiengebühren in Bayern, die kürzlich beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eingereicht wurde. Zu den Klägern gehören auch der Nürnberger ÖDP-Stadtrat Thomas Schrollinger und die stellvertretende Landesvorsitzende Agnes Becker.

„Wir mussten feststellen, dass ein Großteil der Gebühren von den Studenten zwar eingezogen, dann aber gehortet und nicht für die Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt wird. Ende 2009 – letzte offizielle Zahl des Ministeriums – waren dies 106 Millionen Euro“, sagt ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek.

„Flächendeckend scheint auch der Missbrauch zu sein, der mit den eingezogenen Geldern getrieben wird. Der schlimmste uns bekannte Fall

stammt von der Universität Passau. Hier wurde der Bibliothekskat geplündert, fast 700.000 Euro

entnommen und zur Sanierung einer Tiefgarage verwendet. Um den Zusammenbruch des Bibli-

otheksbetriebs zu verhindern, hat die Universität das entstandene ‚Loch‘ mit Studiengebühren aufgefüllt. Nachdem Vorgänge wie dieser unter dem Siegel der Vertraulichkeit abgehandelt werden, ist es nicht leicht, solche Missbräuche aufzudecken. Wir sind daher für weitere Hinweise jederzeit dankbar“, so Mrasek.



V. l. n. r.: ÖDP-Stadtrat Thomas Schrollinger, stellv. Landesvorsitzende Agnes Becker, Landesvorsitzender Klaus Mrasek, Landesvorstandsmitglied Manuela Forster, Rechtsanwalt Kilian Becker



Interview mit Klaus Mrasek

„Wir wollen dem Parlament seine Würde zurückgeben!“

Der Landeshauptausschuss der bayerischen ÖDP beschloss am 22. Oktober 2011 in Regensburg nach ausführlicher Diskussion mit großer Mehrheit, ein Volksbegehren zur Direktwahl des Ministerpräsidenten zu starten. ÖP-Chefredakteur Günther Hartmann befragte dazu den bayerischen ÖDP-Landesvorsitzenden Klaus Mrasek.

Ökologie Politik: Herr Mrasek, die bayerische ÖDP hat beschlossen, ein Volksbegehren für die Direktwahl des Ministerpräsidenten zu starten. Warum?

Klaus Mrasek: Die Stärkung der Demokratie ist schon lange ein Kernanliegen der ÖDP. Die Direktwahl des Ministerpräsidenten ist eine logische Konsequenz daraus. Die ÖDP übernimmt damit eine Führungsrolle in der immer stärker werdenden Mehr-Demokratie-Bewegung. Diese Bewegung wird immer größer, weil die etablierten Parteien die Macht immer mehr an sich gerissen und missbraucht haben. Das widerspricht dem Geist des Grundgesetzes und den Interessen des Volkes. Wir wollen die falsch gestellten Weichen korrigieren und deshalb das Wahlrecht ändern.

Der Machtmissbrauch der Parteien ist unübersehbar. Aber was hat das mit der Wahl des Ministerpräsidenten zu tun? Der gehört ja auch einer der etablierten Parteien an, egal ob er vom Volk oder vom Landtag gewählt wird.

Seit vielen Jahren ist eine „unehrliche“ Personalisierung der bayerischen Landtagswahlen zu beobachten: Es werden „Spit-

zenkandidaten“ präsentiert und es wird den Wählern suggeriert, dass ein „Ministerpräsident“ zu wählen sei, obwohl dem nicht so ist. In Bayern regiert nun schon zum zweiten Mal in Folge ein Ministerpräsident, der bei der jeweiligen Landtagswahl als Kandidat gar nicht absehbar war: Beckstein durch den Stoiber-

„Es geht nicht um einen ‚Starken Mann‘, sondern um eine stärkere Trennung von Regierung und Parlament.“

Sturz. Und Seehofer, der aus dem Bundestag herbeigerufen wurde.

Die Forderung nach einer Direktwahl des Ministerpräsidenten hört sich wie die Sehnsucht nach einem „Starken Mann“ an der Spitze an. Ist das nicht das Gegenteil von mehr Demokratie?

Nein, es geht hier nicht um einen „Starken Mann“, sondern um eine stärkere Trennung von Regierung und Parlament. Es geht um mehr Eigenständigkeit der beiden Institutionen. Das hätte drei wesentliche Konsequenzen. Erstens: Wenn der Ministerpräsident direkt vom Volk

gewählt wird, fühlt er sich auch mehr dem Volk verpflichtet. Zweitens: Das Parlament erhält ein neues Selbstverständnis als Kontrollorgan der Regierung. Drittens: Der Wähler kann bei der Wahl der Abgeordneten ganz anders abstimmen. Momentan muss er, wenn er einen bestimmten Ministerpräsidenten haben

will, dessen lokal kandidierenden Parteisolddaten wählen, auch wenn er den für eher unfähig hält. Damit wäre dann Schluss. Wird der Ministerpräsident direkt gewählt, kann er bei der Abgeordnetenwahl seine Stimme ganz anderen Kandidaten geben. Unabhängig und kritisch denkende Persönlichkeiten mit eigenen Überzeugungen und eigenen Ideen hätten dann eine viel größere Chance, ins Parlament einzuziehen. Das würde für frischen Wind sorgen und unserem Parlament und unserer Demokratie gut tun.

Schwächt aber die Direktwahl des Ministerpräsidenten nicht automatisch das Parlament?

Nein, im Gegenteil: Die Direktwahl des Ministerpräsidenten stärkt das Parlament! Zwar verliert es die Kompetenz, den Ministerpräsidenten zu wählen, aber es gewinnt dadurch an Freiheit gegenüber der Regierung und ein neues Selbstbewusstsein. Heute wählt zwar die Parlamentsmehrheit den Ministerpräsidenten, doch dann muss sie die Regierung auch stützen. Der Fraktionszwang entmündigt die Abgeordneten. Aus dem Recht zur Kontrolle der Regierung wird in der Praxis eine Pflicht zur Verteidigung der Regierung. Sie müssen für die Gesetzentwürfe der Regierung stimmen – oft ohne sie richtig zu finden, oft ohne sie verstanden zu haben, oft ohne sie gelesen haben. Das frustriert natürlich fähige und fleißige Abgeordnete. Und das ist wahrscheinlich einer der Gründe, warum viele das Parlament nur noch als Sprungbrett für eine Karriere in der Wirtschaft



Klaus Mrasek, Jahrgang 1964, ist Diplom-Verwaltungswirt (FH) und Polizeihauptkommissar. In die ÖDP trat er 1986 ein – vor allem wegen der geplanten WAA in Wackersdorf. 1996, 2002 und 2008 errang er mit dem Kreisverband Amberg-Sulzbach kommunale Mandate und war maßgeblich daran beteiligt, dass die ÖDP 2008 mit 7,4 Prozent die drittstärkste Partei im Amberger Stadtrat wurde. Seit 1998 ist Mrasek Bezirksvorsitzender der ÖDP Oberpfalz. Im Vorstand der ÖDP Bayern wurde er 2004 Beisitzer und 2009 Stellvertretender Landesvorsitzender. Seit 2011 ist er bayerischer Landesvorsitzender. Kontakt: oedpkvas@asamnet.de

betrachten. Dadurch verliert das Parlament immer mehr seine Würde. Wir wollen ihm seine Würde zurückgeben.

Macht eine Direktwahl des Ministerpräsidenten nicht auch die Bildung von Koalitionen überflüssig?

Ja, richtig. Koalitionen verzerren den Wählerwillen, denn welche Parteien letztlich koalieren, entscheiden die Parteispitzen – nach der Wahl. So kommen Regierungen zustande, die der Wähler gar nicht wollte. Wird der Ministerpräsident direkt vom Volk gewählt, braucht es im Parlament keine Koalitionen. Jeder Abgeordnete hat die Aufgabe, die vom Ministerpräsidenten einberufene Regierung zu kontrollieren. Die Abgeordneten der Partei des Ministerpräsidenten werden vielleicht noch aus einer gewissen Übereinstimmung von Grundüberzeugungen oder aus einer gewissen Loyalität die Gesetzentwürfe ihres Ministerpräsidenten unterstützen, aber alle anderen Parteien werden diese einer kritischen Überprüfung unterziehen. Das heute übliche machtpolitische Konfrontationsdenken würde von einem stark sachorientierten Diskussionsstil verdrängt. Vorbild sind die Kommunen und Landkreise, wo Bürgermeister und Landräte ebenfalls direkt vom Volk gewählt werden und Gemeinde-, Stadträte und Kreistage auch mit wechselnden Mehrheiten um die besten Beschlüsse ringen.

Wechselnde Mehrheiten statt straff organisierter politischer Lager?

Genau, das ist das Ziel. Die Regierung wird gezwungen sein, Mehrheiten durch Überzeugungsarbeit immer wieder neu zu gewinnen. Dadurch muss sie aber Probleme gründlich analysieren und vernünftige Lösungskonzepte entwickeln. Hohle Floskeln wie das Merkelsche „alternativlos“ sind dann wohl kaum mehr möglich.

Welche Auswirkungen würden Direktwahlen der Ministerpräsidenten auf die Bundespolitik haben?

Da sich ein direkt vom Volk gewählter Ministerpräsident diesem mehr verpflichtet fühlen wird als den Parteien, wird sich auch im Bundesrat ein sachlicheres Arbeitsklima entwickeln. Die rein machtpolitisch motivierten

Blockadestrategien verschwinden. Die Parteizugehörigkeit verliert an Bedeutung zugunsten eines allgemeinwohlorientierten Verantwortungsbewusstseins. Außerdem stärkt die Direktwahl die demokratische Legitimation der Landesregierung für die Mitwirkung am Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene.

Warum fordert die bayerische ÖDP nicht auch gleich eine Abschaffung der 5-Prozent-Hürde auf Landesebene?

Das fordert die bayerische ÖDP schon lange, aber wir können nicht alles auf einmal in ein Volksbegehren packen, sondern müssen da Prioritäten setzen. Und oberste Priorität hat nun zunächst die Direktwahl des Ministerpräsidenten. Daneben gibt es aber natürlich noch eine ganze Reihe weiterer ÖDP-Forderungen zur Stärkung der Demokratie.

spürbar – in der Bevölkerung und auch in den Medien. Die ÖDP Bayern hat ja bereits erfolgreich einen Volksentscheid über ein Verfassungsorgan herbeigeführt. Wir haben 1998 den Bayerischen Senat abgeschafft. Auch damals haben wir der Bevölkerung ein demokratietheoretisches Projekt erklären und um Zustimmung werben müssen. Unsere Argumente haben sich letztlich durchgesetzt. Die CSU-internen Machenschaften zum Sturz von Stoiber und Beckstein bzw. die Inthronisation von Seehofer haben viele Wähler abgestoßen. Ich bin mir sicher, dass die Menschen den Ministerpräsidenten lieber direkt wählen wollen.

Welche Kräfte sind für die Wahlrechtsreform? Welche dagegen?

Unter den Staatsrechtlern stoßen wir auf große Sympathie.

„Das Parlament erhält ein neues Selbstverständnis und Selbstbewusstsein als Kontrollorgan der Regierung.“

Dazu gehören: faire Bedingungen für Volksbegehren durch Absenkung der Zustimmungquote auf 5 Prozent, die Verlängerung der Eintragungszeit auf 4 Wochen, die Anwendung der Anti-Korruptions-Regeln für Beamte und Richter auch auf Abgeordnete, das Verbot des direkten Wechsels von Berufspolitikern in bezahlte Funktionen von Unternehmen – aktueller Fall: Ex-Finanzminister Fahrenschon – und das Verbot von Konzernspenden an Parteien. Die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur 5-Prozent-Hürde bei der Europawahl zeigt, dass im Fall eines erfolgreichen Volksbegehrens zur Direktwahl des Ministerpräsidenten die verfassungsrechtliche Begründung dieser Hürde – die Bildung stabiler Regierungen – entfiele. Die Abschaffung der Hürde wäre dann eine zwangsläufige Folge.

Glauben Sie, dass Sie es schaffen, die Menschen für das Thema „Direktwahl des Ministerpräsidenten“ zu interessieren und zu motivieren?

Oh ja, das glaube ich. Der Wunsch nach einer Begrenzung der Parteienmacht und einer Stärkung des Volkswillens ist deutlich

Professor Hans Herbert von Arnim hat uns schon seine Unterstützung zugesagt. Und übrigens hat sich auch Bundespräsident Christian Wulff vor noch nicht allzu langer Zeit – es war Mitte 2009 – für eine Direktwahl der Ministerpräsidenten ausgesprochen. Gegen eine Wahlrechtsreform sind natürlich die Apparatschiks der etablierten Parteien, denn denen droht ein massiver Machtverlust. Deshalb ist eine solche Wahlrechtsreform auch niemals mit, sondern immer nur gegen die etablierten Parteien durchsetzbar – mittels Volksbegehren und Volksentscheid. Das gilt übrigens für alle Strukturformen im politischen System.

Wie geht es jetzt konkret weiter?

Nachdem der ÖDP-Bundesvorstand seine finanzielle und personelle Unterstützung zugesagt hat, steht der Umsetzung organisatorisch nichts mehr im Weg. Wenn der genaue Wortlaut des Volksbegehrens mit Staatsrechtsexperten abgeklärt ist, wollen wir Anfang 2012 mit dem Sammeln von Zulassungsunterschriften beginnen und das dann bis zum Jahresende laufen lassen. Einreichen wollen wir sie so, dass

— BUCHTIPPS —

Jan L. Backmann
Direktwahl der Ministerpräsidenten
Als Kern einer Reform der Landesverfassungen
Duncker & Humblot, 2006
461 Seiten, 89,80 Euro
978-3-428-12032-1

Hans Herbert von Arnim
Volksparteien ohne Volk
Das Versagen der Politik
C. Bertelsmann, 2009
400 Seiten, 19,95 Euro
978-3-570-10011-0



die zweite Phase – die zweiwöchige Eintragungsfrist in den Rathäusern – im zweiten Quartal 2013 liegt. In diesem Jahr stehen wir ohnehin im Landtagswahlkampf, da bietet sich das Projekt „mehr Demokratie durch Direktwahl des Ministerpräsidenten“ als Topthema für interessierte Bürgerinnen und Bürger geradezu an. Wenn sich 940.000 wahlberechtigte bayerische Bürger eintragen, dann kommt es zum Volksentscheid. Und es wäre aus Kostengründen sinnvoll, ihn gleich zusammen mit der Landtagswahl stattfinden zu lassen.

Was können die bayerischen Parteimitglieder tun, um das Volksbegehren zu unterstützen?

Wie bei unseren bisherigen direktdemokratischen Projekten werden wir auch bei diesem Volksbegehren unsere Mitglieder über die Ziele und die Argumente für eine Direktwahl informieren. Wie beim Volksbegehren „Schlanker Staat ohne Senat!“ wird es nötig sein, sich intensiv mit der Materie zu beschäftigen. Die Auswirkungen unseres Volksbegehrens sind enorm, Bayern würde eine Vorreiterrolle übernehmen und die anderen Bundesländer müssten sich ebenfalls mit dem Thema beschäftigen. Unsere Mitglieder sind die Basis für den Erfolg. Sie sind die Multiplikatoren für das Thema. Sobald die Listen mit dem Gesetzestext vorliegen, beginnt die Sammlung der 25.000 Unterschriften für die Zulassung des Volksbegehrens. Dafür brauchen wir unsere Mitglieder, die vor Ort für unsere Aktion um Unterstützung werben.

Herr Mrasek, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. Und viel Erfolg! ■

Verfassungsbeschwerde

Bürger fordern gleiches und faires Wahlrecht

Unter dem Motto „Wählen ohne Überhang – Die Bürgerklage“ haben Mehr Demokratie und Wahlrecht.de eine Verfassungsbeschwerde gegen das am 3. Dezember 2011 in Kraft getretene Bundeswahlrecht eingereicht. Hauptkritikpunkte sind, dass Überhangmandate weiterhin zulässig sind, und dass das „negative Stimmgewicht“, welches dazu führt, dass man einer Partei schaden kann, indem man sie wählt, bestehen bleibt.

von Lina Brink

Das Bundesverfassungsgericht hatte 2008 das zuvor bestehende Wahlrecht als verfassungswidrig erklärt. Anlass war das Auftreten des negativen Stimmgewichts. Das negative Stimmgewicht beschreibt den paradoxen Umstand, dass es einer Partei schaden kann, wenn sie mehr Stimmen bekommt, bzw. andersherum nützt, wenn sie weniger erhält. Dieser Mechanismus verletzt nach Ansicht der Richter die Gleichheit der Wahl und hat zur Folge, dass für den Wählenden die Wirkung seiner Stimmabgabe nicht eindeutig vorhersehbar ist. Das Gericht setzte dem Bundestag eine Frist bis zum 30. Juni 2011, um das Bundeswahlgesetz verfassungskonform umzugestalten.

Diese Frist ignorierte der Gesetzgeber. Erst am 29. September 2011 verabschiedete der Deutsche Bundestag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen ein neues Wahlgesetz. Doch schon der Weg zu diesem neuen Gesetz

war aus demokratischer Sicht wenig erfreulich. Bisher war es guter demokratischer Brauch, für ein neues Wahlgesetz eine breite, fraktionsübergreifende Mehrheit zu finden. Diese sinnvolle Tradition wurde im letzten Jahr gebrochen: Jede Fraktion legte im Bundestag einen eigenen Entwurf vor. Nicht überraschend ist, dass letztendlich der Entwurf der Regierungskoalition das Rennen machte. Das Gesetz trat am 3. Dezember 2011 in Kraft. Damit besteht die Möglichkeit, dass bei der nächsten Bundestagswahl nach diesem neuen Wahlrecht gewählt wird.

Konsequenzen des novellierten Wahlrechts

Für die Wählerinnen und Wähler wäre das wenig erfreulich, denn sie könnten sich nicht sicher sein, ob ihre Stimme auch wirklich die gewünschte Wirkung erzielt. Zum einen tritt auch nach dem neuen Wahlgesetz noch immer das Phänomen des negativen Stimmgewichts auf. Zum anderen werden die Wahlergebnisse weiterhin durch Überhangmandate verzerrt. Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate erhält als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis dort Mandate zustehen. Die durch „überschüssige“ Erststimmen gewonnenen Mandate kommen zu den eigentlich im Bundestag vorhandenen Sitzen hinzu – Überhangmandate vergrößern den Bundestag. Vor allem aber führen sie dazu, dass die einzelnen Parteien unterschiedlich viele Wählerstimmen benötigen, um einen Sitz zu bekommen. Das verletzt das Prinzip der Gleichheit jeder Stimme: Auf einen Sitz kommen

bei einer Partei mit vielen Überhangmandaten weniger Stimmen als bei Parteien mit wenigen oder ohne Überhangmandate.

Die Verzerrung des Wahlergebnisses durch Überhangmandate wurde beispielsweise 1994

Bundesverfassungsgericht bereits 1997 auseinandergesetzt. Ob Überhangmandate verfassungswidrig sind, war bei der damaligen Entscheidung umstritten gewesen, es gab ein Patt mit vier zu vier Stimmen. Seitdem hat sich jedoch nicht nur beim Verfassungsgericht, sondern auch in der politischen Landschaft einiges geändert. Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts war 1997 hervorgegangen, dass Überhangmandate nur dann akzeptabel seien, wenn sie nicht regelmäßig auftreten. Doch das ist mittlerweile der Fall. Seit dem Urteil kamen nach jeder Bundestagswahl Überhangmandate zustande. Im aktuellen Bundestag gibt es 24 dieser zusätzlichen Mandate, was vier Prozent aller Sitze ausmacht. Überhangmandate können damit nicht als unregelmäßig auftretende Aus-

Laut Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1997 sind Überhangmandate nur dann akzeptabel, wenn sie nicht regelmäßig auftreten. Doch das ist mittlerweile der Fall.

deutlich. CDU/CSU und FDP hatten nach ihrem Zweitstimmen-Ergebnis im Bundestag nur eine hauchdünne Mehrheit: 329 zu 327 Sitze von SPD, PDS und Grüne. Die CDU holte bei der Wahl aber auch 12 Überhangmandate, die SPD nur vier von insgesamt 16. Schwarz-Gelb konnte mit diesen Überhangmandaten die knappe Mehrheit auf komfortable 341 Sitze aufstocken.

Mit dem Problem der Überhangmandate hatte sich das

nahmeerscheinungen betrachtet werden. Sie sind zu einem festen und wachsenden Bestandteil des Deutschen Bundestages geworden.

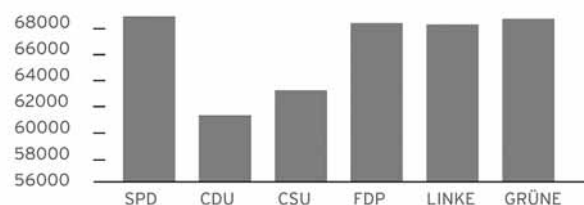
Prognosen zufolge wird sich dieses Phänomen bei der nächsten Bundestagswahl sogar noch verstärken. Dr. Stephan Klecha, Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Politische Wissenschaft der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, berechnete im November 2011 auf Basis der ak-

Unterstützen auch Sie die Bürgerklage!

Ein Formular zur Unterzeichnung der Bürgerklage liegt diesem Heft bei. Einfach ausfüllen, unterschreiben und abschicken! Formulare können außerdem unter www.mehr-demokratie.de/wahlrecht-klage.html heruntergeladen oder im Berliner Büro von Mehr Demokratie angefordert werden: Mehr Demokratie e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel: (030) 42 08 23-70, Fax: (030) 42 08 23-80, info@mehr-demokratie.de

Überhangmandate verzerren den Wählerwillen

■ Stimmen pro Sitz



Überhangmandate führen dazu, dass die einzelnen Parteien unterschiedlich viele Wählerstimmen benötigen, um einen Sitz zu bekommen. Das verletzt das Prinzip der Gleichheit jeder Stimme, denn auf einen Sitz kommen bei einer Partei mit vielen Überhangmandaten weniger Stimmen als bei Parteien mit wenigen.

tuellen Sonntagsfrage zur Bundestagswahl die wahrscheinliche Anzahl an Überhangmandaten. Demnach hätte die CDU/CSU zu diesem Zeitpunkt 21 Überhangmandate erhalten, auf die Sozialdemokraten wären acht entfallen. Sechs weitere Überhangmandate, vier für die SPD und zwei für die CDU, hätten mit knapp gewonnenen Wahlkreisen entstehen können. Zusammengenommen wären nach diesen Berechnungen bis zu 35 Überhangmandate angefallen – damit hätten die Überhangmandate die 5-Prozent-Hürde geschafft. Im Extremfall könnten Überhangmandate sogar zu einer Regierung führen, die keine Legitimation durch die Mehrheit der Stimmen von Wählerinnen und Wählern erhalten hat.

Bürgerklage zur Wahrung der Verfassung

Am 1. Dezember 2011 erklärten SPD und Grüne, beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen das novellierte Wahlrecht einzureichen. „Dieses Wahlrecht ist aus unserer Sicht verfassungswidrig“, sagte Thomas Oppermann, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion. Auch sein Kollege von den Grünen, Volker Beck, kritisierte, dass sowohl das negative Stimmgewicht als auch Überhangmandate mit dem neuen Gesetz weiterhin auftreten könnten: „Die CDU will von Überhangmandaten profitieren“, sagte Oppermann. Doch auch SPD und Grüne hatten die Überhangmandate nicht abgeschafft, als die Möglichkeit dazu gegeben war.

Daher ist Mehr Demokratie der Meinung, dass das bisherige Verfahren eindeutig zeigt: Die Bürgerinnen und Bürger dürfen

die Ausformung ihres elementaren demokratischen Rechts nicht den Parteien allein überlassen. In Kooperation mit Wahlrecht.de hat der Verein deswegen die „Bürgerklage“ gegen das neue Wahlgesetz ins Leben gerufen und Anfang Dezember Verfassungsbeschwerden erhoben.

Wahlsystems besonders offenkundig geworden.

Prof. Dr. Matthias Rossi, Prozessbevollmächtigter für die von Mehr Demokratie und Wahlrecht.de initiierten Beschwerde, deutet die Bürgerklage als ein wichtiges Zeichen dafür, „dass die Bürgerinnen und Bürger un-

rechnung der Länderkontingente nach den abgegebenen Stimmen. Denn Stimmen für eine Partei, die weniger als 5 Prozent erhält und deshalb bei der nachfolgenden Verteilung nicht berücksichtigt wird, kommen nun anderen Parteien zu Gute. Sie verfälschen insofern den Wählerwillen und machen die Wahlentscheidung unvorhersehbar.

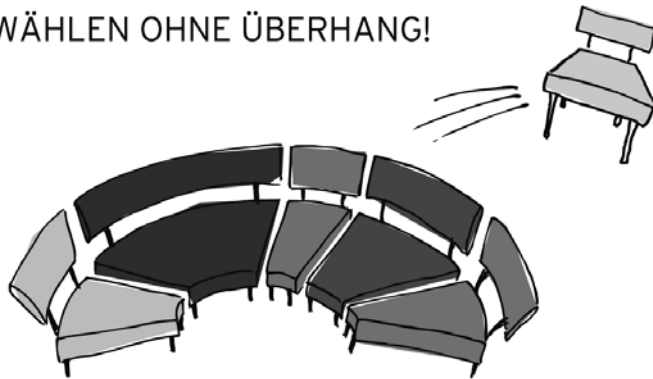
Auch die Grundsätze der Widerspruchsfreiheit und Folgerichtigkeit werden verletzt. Das novellierte Wahlrecht ist in sich systemwidrig, da es einerseits von einer grundsätzlichen Trennung der Landeslisten der Parteien ausgeht, andererseits aber doch an die bundesweit bestimmte Zahl der für einen Sitz erforderlichen Zweistimmen anknüpft. Weiterhin wird durch die Überhangmandate die Gleichheit und

Chancengleichheit der politischen Parteien verletzt.

Das novellierte Wahlrecht verletzt schließlich auch das rechtsstaatliche Prinzip, die Berechnung der Sitzzuteilung auf eine normenklare und verständliche Grundlage zu stellen. Für den Wähler ist auf der Grundlage des novellierten Wahlrechts nicht erkennbar, wie sich seine Stimmabgabe auf die Sitzverteilung im Bundestage auswirkt.

Um dem Verstoß gegen Wahlrechtsgrundsätze Einhalt zu gebieten rufen Mehr Demokratie und Wahlrecht.de alle Bürgerinnen und Bürger auf, die Beschwerde gegen das novellierte Wahlrecht zu unterzeichnen. Bis Ende Januar 2012 können weitere Formulare zur Unterstützung der Bürgerklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht werden.

WÄHLEN OHNE ÜBERHANG!



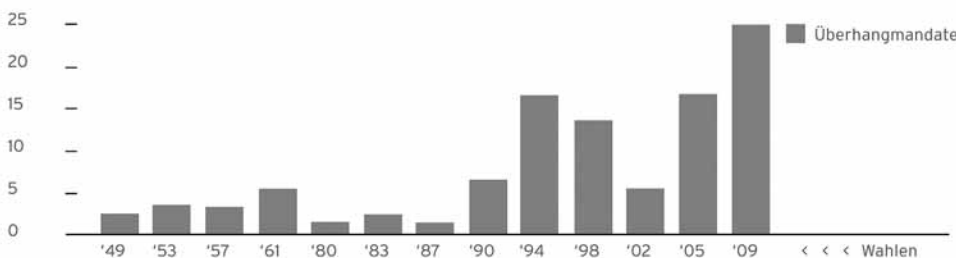
WIR KLAGEN!

Mehr Demokratie ist ein überparteilicher, gemeinnütziger Verein, der sich 1988 mit dem Ziel gründete, die Möglichkeiten direkter Mitbestimmung für Bürgerinnen und Bürger zu fördern und auszubauen. 6.000 Mitglieder unterstützen dieses Vorhaben. Wahlrecht.de ist ein unabhängiges, überparteiliches und nicht-kommerzielles Internet-Angebot rund um die Themen Wahlen, Wahlrecht, Wahlverfahren und Wahlprognosen. Wilko Zicht, Initiator von Wahlrecht.de, hatte gemeinsam mit anderen schon 2008 das Urteil gegen das negative Stimmgewicht erwirkt. Damals waren bei der Nachwahl in Dresden 2005 die Schwächen des bestehenden

abhängig eines parteipolitischen Kalküls auf die Wahrung der verfassungsrechtlichen Vorgaben des Wahlrechts pochen, das bis zur Einführung direkt-demokratischer Elemente auf Bundesebene der einzige und maßgebliche Akt bleibt, mit dem das Volk seine Souveränität über den Bundestag auf sämtliche Staatsorgane überträgt.“ Die beschlossenen Änderungen weisen eine Reihe von Verstößen gegen verfassungsrechtliche Wahlrechtsgrundsätze auf.

Durch die weiter bestehende Möglichkeit des negativen Stimmgewichts werden die Wahlrechtsgrundsätze der Gleichheit und der Unmittelbarkeit verletzt. Gleiches geschieht durch die Be-

Überhangmandate nehmen zu



Die Zahl der Überhangmandate nahm in der Geschichte des Deutschen Bundestags immer mehr zu. Im aktuellen Bundestag gibt es 24, was 4 Prozent aller Sitze bedeutet. Sie sind damit keine unregelmäßig auftretende und unbedeutende Ausnahmerecheinungen, sondern eine regelmäßige Verzerrung des Wählerwillens.

Lina Brink ist Mitarbeiterin von Mehr Demokratie e.V. und im Berliner Bundesbüro als Redakteurin für die Zeitschrift „md magazin“ zuständig.



Kontakt: www.mehr-demokratie.de

Sebastian Frankenbergers Buch

Volk, entscheide! Visionen eines christlichen Polit-Rebells

Zum Jahreswechsel 2010/11 nahm sich der ÖDP-Vorsitzende Sebastian Frankenger eine Auszeit und zog sich für eine Woche ins Turmzimmer des Linzer Doms zurück. Seine dort gereiften Gedanken für eine bessere Demokratie und eine gerechte Gesellschaft veröffentlichte er im August 2011 im Kösel-Verlag. Im Folgenden das Vorwort von Heiner Geißler und ein Auszug aus dem Buch.

Vorwort
von Heiner Geißler

Unsere Republik verändert sich. Überall werden Entscheidungen von Verwaltungen, Regierungen, Parlamenten, Stadt- und Gemeinderäten in Frage gestellt. Ein Protest jagt den anderen. Noch nie ist das im Grundgesetz geschützte Demonstrationsrecht so intensiv wahrgenommen worden wie in der heutigen Zeit. Es gibt regelrechte Bürgeraufstände, auch wieder Sitzblockaden und Widerstand gegen die Polizei, die wiederum Recht und Ordnung durchsetzen muss, manchmal auch exzessiv mit Gummiknüppeln und Wasserwerfern.

Aber der in manchen Kommentaren meist abfällig geäußerte Satz „Die Leute gehen nicht mehr wählen, sondern auf die Straße!“ kehrt sich ins Gegenteil um, wenn die Menschen die Chance haben, sich direkt an Entscheidungen zu beteiligen und mitzubestimmen. Das beweist die starke Zunahme der Bürgerbegehren. Seit wenigen Jahren gibt es im Schnitt 350 Bürgerentscheide pro Jahr mit steigender Tendenz seit 1990. Zwischen 1946 und 1989 gab es 28 Verfahren im Rahmen von Volksbegehren auf der Landesebene. Seit 1990 ist die Zahl dramatisch gewachsen auf 240 im Jahre 2010.

Die Leute wollen offenbar ihre Angelegenheiten selber in die Hand nehmen und sind auch bereit, demokratisch gefasste Beschlüsse der Parlamente wieder zu ändern – wie z.B. bei der Schulreform in Hamburg oder dem Bahnhof in Stuttgart. Das Paradebeispiel aber ist der Volksentscheid über das Rauchverbot in Bayern. Landesregierung und die Mehrheit des Bayerischen Landtages wollten ein Gesetz

über das Rauchverbot erlassen; aber es war ein löcheriges Gesetz mit einem zwar grundsätzlichen Verbot, aber mit einer Fülle von Ausnahmen und ohne scharfe Kontrollen.

Da erschien ein junger Mann auf der politischen Bühne, Se-

überzeugenden Idee Vertrauen in die Demokratie zurückgewinnen können. Unsere Demokratie hat in der Zukunft nur eine Chance, wenn die Arbeit unserer Parlamente ergänzt wird durch aktive unmittelbare Bürgerbeteiligung und junge Menschen wie Se-

„Macht Euch auf zu einer radikalen Umkehr, auf einen Weg des sozialen Miteinanders, auf einen Weg der Menschlichkeit, bei dem im Vordergrund steht, den Menschen umfassend zu begreifen!“

bastian Frankenger, und begeisterte die Menschen mit Visionen für eine bessere Welt. Der „christliche Polit-Rebell“ will keine Kompromisse und eine radikale Entscheidung, ein totales Rauchverbot. Er wird tätlich angegriffen, im Bierzelt ausgebuht und auch von den Behörden allerlei Schikanen ausgesetzt. Dieses Buch schildert wie Sebastian Frankenger sich mit dem von ihm initiierten Bürgerbegehren gegen das so genannte Establishment von Politik und Wirtschaft durchsetzte. Das Bürgerbegehren fand in Bayern eine klare Mehrheit.

Sebastian Frankenger hat mit seiner gesundheitspolitischen Idee und der Macht seiner Sprache die Lebensbedingungen der Menschen verändert und wahrscheinlich auch verbessert. Er ist zum Vorbild geworden in einer politisch resignierenden Generation für die in der Politik so seltenen Tugenden wie Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit. Das Buch zeichnet überzeugend nach, dass auch junge Menschen mit der richtigen Sprache und einer

bastian Frankenger den Mut haben, die Politik aktiv mitzugestalten.

Buchauszug:
Naturgesetze und
Naturerfahrungen

Am Aufgang zum Domturm finde ich meinen gepackten, duftenden, blauen Essensrucksack. In meiner Eremitenstube packe ich, nach meiner Ausguckrunde, alles aus. Es gibt viel mehr Obst als bisher. Ich habe nämlich gestern einen Zettel geschrieben, dass ich mir etwas mehr Obst wünsche, sonst aber alles wunderbar passt. Ich bin ein »Obstliebhaber«. Im Sommer ernähre ich mich fast ausschließlich von Salat und Obst, natürlich Bioprodukten aus regionalem Anbau. Ich achte vor allem auf die Regionalität. Lieber habe ich dann mal keinen biologischen Apfel, dafür aber einen aus Deutschland. Solch ein Apfel ist zwar preislich nicht so günstig, aber das ist es mir wert. Essen ist wichtig. Und als Mensch im Einklang mit der Natur zu leben, ist mit biologischer Nahrung besser möglich.

Wir dürfen nicht auf grenzenloses Wachstum setzen. Die Natur kann nicht grenzenlos wachsen. Wir Menschen versuchen zwar durch Manipulation alles immer schneller, immer größer hinzubekommen, aber das hat seine Grenzen. Daher kommt jetzt die Gentechnik ins Spiel. Unbegreiflich, dass Banken nur noch Kredite an Bauern vergeben, die pro Jahr mindestens drei, wenn nicht sogar acht Prozent Wachstum vorweisen können. Das muss man sich einmal vorstellen! In der Milchwirtschaft acht Prozent Wachstum! Ein Bauer, der 1930 mit 50 Kühen angefangen hat, müsste jetzt 25.000 Kühe und in 20 Jahren 120.000 Kühe haben. Oder Turbokühe mit entsprechend gesteigerter Milchleistung. Wollen wir das? Weniger ist hier mehr. Dem entspricht die ÖDP-Philosophie: nicht grenzenlos mehr, sondern bewusst leben. Im Einklang leben. Im Einklang mit sich selbst und mit der Natur.

Nach dem Mittagessen nehme ich gespannt das Buch von Luise Schottroff zur Hand. Ich bin schnell fasziniert. Die Autorin bietet eine sozialgeschichtliche Analyse an. Sie nimmt die Lebenswirklichkeit der damaligen Zeit ernst: In welchem Kontext hat Jesus gesprochen? Wie waren die damaligen Lebens- und Arbeitsbedingungen und wie die Besitzverhältnisse? Wie sind die Gleichnisse vor diesem historischen Hintergrund zu verstehen? Welche Parallelen gibt es zum jüdischen Gedankengut, zu Erzählungen und Geschichten aus jener Zeit? Was wird sonst noch aus dieser Zeit berichtet?

Schottroff interpretiert den Gleichnistext also nicht sofort im übertragenen Sinn, deutet zum Beispiel nicht den König im Text als Gott. Sie bleibt im Umfeld der damaligen Geschichte: Vor wem spricht Jesus? Über wen spricht Jesus?

Erst danach folgen eine eschatologische und dann eine ekklesiologische Deutung. Ich bin verduzt. Was bedeutet „eschatologisch“? Ich bin nicht mehr so vertraut mit Biblexegese wie während des Studiums. Im Lexikon „Die Bibel von A bis Z“, das auf meinem Regal steht, wird „Eschatologie“ so erklärt: Es ist die Lehre von der Hoffnung auf Vollendung der Einzelnen und der gesamten Schöpfung am Ende

der Zeit. Und „Ekklesiologie“ ist die Reflexion über die Bedeutung und Aufgabe der Kirche.

Ich beginne meine Lektüre mit der Deutung des Gleichnisses vom anvertrauten Geld (Lukas 19,11–27).

Üblicherweise wird dieses Gleichnis so gedeutet, dass wir aus unseren „Talenten“ etwas machen sollen, andernfalls nimmt Gott uns auch das noch weg, was wir haben. Warum wird Gott allegorisierend, im übertragenen Sinn mit dem straffenden König identifiziert? Diese Deutung kollidiert mit meinem Gottesbild eines liebenden, gnadenvollen Gottes. Und mit Luise Schottroffs sozialgeschichtlicher Analyse. Das römische Imperium ist gnadenlos auf Geld und Gewalt aufgebaut. Wer in diesem Imperium aufbegehrt, wird umgebracht. Von dieser realen Situation erzählt Jesus im Gleichnis.

Der vornehme Mann gibt drei Sklaven eine unterschiedliche Anzahl von Talenten. Zwei Sklaven verdoppeln die ihnen überreichte Summe. Der dritte Sklave weigert sich. Luise Schottroff interpretiert den dritten Sklaven, der das Geld bloß aufbewahrt hat, so, dass er es ist, der sich dem König entgegenstellt, er es ist,

der so handelt, wie es Jesus von uns in der Bergpredigt fordert. Dieser Sklave weigert sich, als Handlanger einer ungerechten Geldwirtschaft zu funktionieren. Denn so war es damals: Viele kleine Bauern waren durch immer größere Verschuldung in Abhängigkeit vom Großgrundbesitzer, in die Sklaverei geraten. Dieser dritte Sklave weigert sich, bei der Ausbeutung und Enteignung der Menschen mitzumachen. Dort, wo nicht gesät und doch geerntet wird, dort geht es um Gewinnmaximierung. So ist vielleicht zu verstehen, wenn es heißt: „Wer hat, dem wird gegeben werden, wer aber nicht hat, dem wird auch noch weggenommen, was er hat.“ Es geht also im Gleichnis nicht um einen Menschen, der seine eigenen Talente brachliegen lässt oder der Gottes Wort ablehnt. Genau das Gegenteil ist der Fall, wenn man dieses Gleichnis mit Bezug zur damaligen sozialen Situation liest.

Diese Lesart wird verstärkt, wenn man den Zusatz aus dem Matthäusevangelium liest. Auch Matthäus überliefert nämlich das Gleichnis (Mt 25,14–46). In seinen nachfolgenden Versen 31–46 über das endzeitliche Gericht kommt die Grundhaltung

Sebastian Frankengerger
Volk, entscheide!

Visionen eines christlichen Polit-Rebells
Kösel, August 2011
176 Seiten, 14,99 Euro
978-3-466-37025-2

„Eigentlich hatte ich überhaupt nicht vor, ein Buch zu schreiben. Nachdem aber diverse Ghostwriter und auch der Verlagsleiter des Kösel-Verlages auf mich zukamen, beschloss ich, meine Eremiten-Gedanken selbst zu Papier zu bringen. In Anlehnung an den Bestseller von Hape Kerkeling ‚Ich bin dann mal weg‘ wollte ich das Buch gerne mit dem Titel ‚Ich bin dann mal im Kirchturm‘ versehen. Der Verlag überredete mich dann aber zu einem anderen Titel, der den Inhalt aus meiner Sicht leider nicht so ganz trifft. Aber bitte überzeugen Sie sich selbst!“

Sebastian Frankengerger



des Matthäusevangeliums zur Sprache: Ausnahmslos alle Völker, Juden wie „Heiden“, sind eingeladen, durch ihre Taten der Gerechtigkeit ins Himmelreich zu gelangen. Es entscheidet nicht die Herkunft. Gott wird dann ein gerechter Richter sein.

Ich mache mir einige Notizen und schweife in den Gedanken ab, was die Botschaft für die heutige Zeit wäre. Leben nicht auch wir unter imperialistischer Unterdrückung? Nicht durch Rom, sondern durch die großen Banken und Aktienunternehmen, die nur auf Erweite-

Aber wie können wir aus diesem System ausbrechen? Ich glaube fest, dass wir uns von diesem System lösen können. Denn die Bevölkerung will damals wie heute etwas ganz anderes.

Für mich als Politiker kann das nur bedeuten: Macht nicht mit bei der Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt, bei der Ausbeutung des Planeten, bei der Ausbeutung der zukünftigen Generationen, indem ihr ihnen Schulden hinterlasst. Sagt Nein zu diesem immer weiter fordernden Wachstumskapitalismus. Macht Euch auf zu einer

Warum lohnt es sich das Buch zu lesen?

von Felix Staratschek

1. Man kann am Beispiel des Nichtraucherschutzes erfahren, wie man einen Volksentscheid führt, was alles auf einen zukommt und dass man sich nicht von Schwierigkeiten entmutigen lassen darf. Und man lernt den Ausspruch von Konrad Adenauer zu beherzigen: „Man muss die Menschen nehmen, wie sie sind, es gibt keine anderen!“ Auch wenn es mal schwierig ist, den Ameisenhaufen von diversen Unterstützern zu koordinieren und wenn manche unnötig Probleme machen, da muss man eben durch und immer versuchen die positiven Potentiale zu wecken.

2. Das Buch ist ein Plädoyer für die direkte Demokratie, damit das Volk die Chance bekommt, Gutes anzuregen oder Schlechtes zu verhindern. So sollen alleine durch Lobbyismus verursachte parteipolitische Entscheidungen korrigiert werden können oder notwendige Entscheidungen, die die Parteien nicht herbeiführen, möglich werden.

3. Das Buch ist ein Plädoyer, den christlichen Glauben nicht nur liturgisch in der Kirche zu praktizieren, sondern auch als gelebte Caritas in der weltlichen und politischen Arbeit.

4. Das Buch stellt Grundlagen des politischen Handelns vor, die jeder Politiker beherzigen sollte, egal in welcher Partei er ist. Dass vieles davon einzig im Programm der ÖDP verbindlich formuliert ist, spricht ja nicht dagegen, dass dies eigentlich universelle Forderungen für alle Politiker und Parteien sind.

Die vier Punkte sind ein kurzer Auszug aus einer umfangreichen Buchbesprechung. Diese finden Interessierte unter: <http://viertuerme.blogspot.com/2011/10/buchbesprechung-volk-entscheide.html>

**„Ich glaube fest, dass wir uns
von diesem System lösen können.
Denn die Bevölkerung
will etwas ganz anderes.“**

rung ihrer Geldmacht aus sind, durch Aktionäre, die möglichst hohe Dividenden erzielen wollen. Gibt es nicht auch bei uns „Könige“, denen „Sklaven“ nachstreben und letztendlich wieder nur genauso wie ihre Peiniger handeln? Haben nicht auch wir immer wieder große Mahner? Ich denke an Horst Köhler, der aus der Finanzwelt gekommen ist, aber in seinen Reden immer wieder ein Umdenken gefordert hat. Für eine globale ökologische Welt. Der meiner Meinung nach zurückgetreten ist, weil er die Machtspielchen einer Regierung, die an diesem System festhält, nicht mehr mittragen konnte.

radikalen Umkehr, auf einen Weg des sozialen Miteinanders, des fairen Umgangs, bei dem die Armen, Kranken und Schwachen berücksichtigt werden, auf einen Weg der Menschlichkeit, bei dem im Vordergrund steht, den Menschen umfassend zu begreifen.

Die Turmuhr hat schon Viertel nach Vier geschlagen. Höchste Zeit, um mich fertig zu machen für meine Gesprächsstunde. ■

Sebastian Frankengerger kommt gerne in ÖDP-Kreisverbände, um dort aus seinem Buch zu lesen. Interessiert? Kontaktieren Sie Martin Eichler von der Bundesgeschäftsstelle und vereinbaren Sie einen Termin: martin.eichler@oedp.de

Globalisierung

Finanzmärkte, Euro und Umwelt in der Krise

Die Globalisierung hat die Wirtschaft unübersichtlicher gemacht. Der Freie Welthandel soll angeblich überall den Wohlstand steigern, tatsächlich führt er aber immer öfter zur Störung von Marktmechanismen sowie zur Senkung von sozialen und ökologischen Standards. Dem muss die Politik durch klare Regeln und entschlossenes Handeln entgegensteuern.

von Ulrich Brehme

Die Arbeitsteilung findet zunehmend global statt. Dies funktioniert aber nur unter der Voraussetzung, dass der Marktmechanismus ungehindert funktioniert und durch rechtliche Institutionen wie der Welthandelsorganisation WTO, dem IWF und den internationalen Patentverträgen TRIPS abgesichert ist. Diese Organisationen entfalten jedoch ein Eigenleben mit dem sog. „Monetarismus“ als Ideologie. Über diese Organisationen werden weltweit geltende Verträge geschlossen. Die Staaten verlieren an Souveränität. Die Gesetzgebung wird umgangen und entfernt sich immer weiter von den Bürgern und ihrer Willensbildung.

Hinzu kommen eine zunehmende Privatisierung staatlicher Aufgaben und eine globale Organisation von Unternehmen, die nicht mehr an bestimmte Standorte gebunden sind. Das zwingt die Staaten – vor allem die mit hohem sozialen Standard – in einen Deregulierungswettbewerb. Die Investoren greifen hohe Subventionen ab und verschwinden dann oft schnell wieder.

Wirtschaftstheorie

Der Freihandel sollte nach der ursprünglichen Vision von Adam Smith den Wohlstand der Völker heben und nach David Ricardos „Theorien der komperativen Kostenvorteile“ den Einsatz der Inputfaktoren der Produktion optimieren. Die optimale Verteilung der Ressourcen allein durch den Wettbewerb funktioniert auf globaler Ebene aber nicht. Obwohl die Theorie falsch ist, dient sie bis heute zur Rechtfertigung der Globalisierung.

Ricardo rechtfertigte damit die Ausplünderung Portugals durch

England. Ziel seiner Argumentation war, die portugiesischen Zölle abzubauen, damit England mehr Industriegüter exportieren konnte und die Abhängigkeit Portugals erhalten blieb. Allgemeines Ziel dieser Theorie ist

Die Währungs Krise in Irland zeigt, wohin niedrige Kapitalertragssteuern, Deregulierung und neolibérale Globalisierung führen. Sie locken die Finanzspekulanten an und begünstigen spekulative Blasen an den Fi-

Eine sich an Ricardos unreguliertem Freihandel orientierende Globalisierungspolitik beraubt die Menschen ihrer politischen Freiheit.

also die Verarmung und Zerstörung gewachsener Wirtschaftsstrukturen. Eine sich an Ricardos unreguliertem Freihandel orientierende Globalisierungspolitik beraubt letztlich die Menschen ihrer politischen Freiheit.

Die Voraussetzung für die Funktion des Wettbewerbs sind Regulierung, Vertrauen in den Marktmechanismus, Chancengleichheit, keine Machtkonzentration auf den Märkten und Transparenz – sonst entstehen Fehlbewertungen. Ein weltweiter unregulierter Wettbewerb führt zu Sozial- und Umweltdumping statt zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. Der Niedriglohnssektor hat zum Lohndruck gegenüber niedrigqualifizierten Beschäftigten geführt.

Finanzmärkte

Dem globalen Import und Export von Waren, Dienstleistungen und Kapital werden keine Barrieren entgegengestellt. Die fast grenzenlose Kapitalverkehrsfreiheit wird missbraucht, denn der Kapitalverkehr besteht fast vollständig aus spekulativen Finanzgeschäften wie z.B. Derivaten. Diese wurden von der Politik zugelassen.

Spekulation auf den Immobilienmärkten klare Grenzen zu setzen und die Verschiebung der faulen Hypotheken auf den Finanzmärkten zu verhindern.

In einer Finanzblase wird ein Wertwachstum vorgespielt, das nicht den wirtschaftlichen Tatsachen entspricht. Die wirtschaftlich nicht gedeckten Werte verzinsen sich wie jedes andere Kapital auch – und wachsen und wachsen bis die Blase schließlich platzt. Das vernichtet große Vermögen. Es ist im volkswirtschaftlichen Interesse, diese Blasen möglichst frühzeitig zum Platzen zu bringen, denn die Gefahr einer Destabilisierung der gesamten Wirtschaft ist sehr groß. Die Notenbank kann z.B. kurzfristig die Zinsen erhöhen, um dieses Spiel zu beenden.

Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Prof. Robert Shiller hat spekulative Blasen erforscht und schon im Jahr 2000 die sog. „Finanzkrise“ vorhergesagt. Er wies auch nach, dass Blasen im Aktienhandel bereits frühzeitig erkennbar sind. Die Gewinne von Unternehmen orientieren sich nämlich immer relativ nah an den realwirtschaftlichen Fakten. Bei Blasen aber steigen die Aktienkurse immer weiter an, auch wenn die Gewinne niedrig bleiben. Aktienkurse und Gewinne geraten immer mehr in ein irrationales Missverhältnis. Da das aber erkennbar ist, lässt sich auf Fehlbewertungen rechtzeitig hinweisen. Das ist wichtig, denn Störungen des Gewinnwachstums durch Klimaveränderungen und Naturkatastrophen werden zunehmen und damit auch die Häufigkeit von Finanzkrisen.

Die momentane Praxis sieht aber anders aus: Über entsprechende Nachrichten wird zunächst Absatzförderung betrieben und dann in der Krise die Panik angeheizt – früher über Zeitungen und Radios, heute über das Fernsehen und Internet. Die Bewertung durch Analysten entwickelte sich immer mehr zum Verkaufsargument. Aktien verhiessen eine Chance auf schnellen Reichtum. Die Gier der Anleger wird immer größer.

Der Crash in den USA traf zunächst die Computerbranche, danach den Immobiliensektor, und bis heute plagt sie den Bankensektor. Bereits vor dem Jahr 2000

nzmärkten enorm. Es ist eine unglaubliche Frechheit, dass Irland trotz der EU-Finanzhilfen bis heute weiter an seiner Niedrigsteuerpolitik festhält – und festhalten darf.

Derivate, mit denen gegen Staaten Wetten abgeschlossen werden können, sollten ganz verboten werden. Der Euroraum braucht eine einheitliche und wesentlich höhere Kapitalbesteuerung. Besonders kurzfristige Anlageformen sollten einer höheren Besteuerung unterliegen, damit die schädlichen externen Effekte, die sie erzeugen, internalisiert werden können.

Bei der Betrachtung der aktuellen Krise muss man zwei verschiedene Krisen unterscheiden: (1) die Immobilienspekulation in den USA und Spanien und die darauf folgenden Bankenpleiten sowie (2) die hohe Staatsverschuldung und die sich daraus entwickelnde Währungsspekulation gegen den Euro.

Immobilienkrise in den USA

Letztlich ist das Eigentumsrecht national verfasst und der Sozialstaatlichkeit verpflichtet. Aber die Politik hat es versäumt der

gab es eine große Immobilienkrise in Asien und später in Spanien. Schon die US-Finanzkrise von 1929 war von betrügerischen Immobilienfonds stark beeinflusst worden. Von 1982 bis 1998 stieg in den USA die Zahl der Sparer in Immobilienfonds von 6,2 auf 120 Mio. Menschen an.

In den USA hatten die Republikaner schon unter Ronald Reagan den Spitzensteuersatz der Kapitalertragssteuern von 28% auf 20% gesenkt, was dazu führte, dass in der Folge weltweit auch in anderen Staaten die Kapitalertragssteuern sanken und damit kurzfristige Kredite und Kapitalflucht zunahmen.

Die zunehmende Privatisierung staatlicher Aufgaben verstärkte die Altersvorsorge in Aktien und Immobilienfonds. Damit treten verstärkt betrügerische Anbieter auf. Aber auch institutionelle Anleger gewinnen immer mehr Einfluss. Bei Krisensymptomen müssen sie sich aufgrund ihrer Satzungen schnell zurückziehen, was die Ausbreitung von Finanzkrisen über die Kontinente hinweg verstärkt.

Vertrauen hat in einer Marktwirtschaft eine sehr wichtige Bedeutung. Regulierung ist eine notwendige Voraussetzung dafür. Die Märkte brauchen klare Regeln. Dazu gehört auch eine möglichst geringe Staatsverschuldung. Wirtschaftliche Macht hat immer den Trend zur Machtkon-

waltung durchgesetzt wird. Jetzt müssen Banken für die von ihnen gekauften Staatsanleihen Eigenkapital vorweisen. Und wieder fallen Großbanken überall in der EU in ein tiefes Schuldenloch.

Im Euroraum gibt es große Produktivitätsunterschiede. In Ländern mit niedriger Produktivität liegen die Lohnstückkosten



(Lohnkosten pro Einheit) wesentlich höher. Daher liegen die Erzeugerpreise dort höher und es wird mehr importiert. Deshalb müssen in der EU die Mindestlöhne an die Produktivität gekoppelt und regional gestaffelt werden, um die Ungleichgewichte zu verringern. Eigentlich müssten die Durchschnittslöhne an die Produktivität gekoppelt sein, aber das ist nicht durchsetzbar, da in einer freien Marktwirtschaft auch der Arbeitsmarkt

on auf den Finanzmärkten hoch besteuert werden.

Die in letzter Zeit immer wieder diskutierten „Eurobonds“ sind kein sinnvoller Weg, die Eurokrise zu bewältigen. Sie würden zwar die Kreditkosten der Problemmitglieder senken, ebnet aber die Unterschiede zwischen Kapitalgebern und Kreditneh-

mern ein. Die Kapitalgeber müssen ihre Forderungen auf Einhaltung der Kreditverträge auch durchsetzen. Insofern haben Kapitalgeber immer eine Führungsfunktion zu erfüllen. Die Bundesregierung muss damit in der Eurozone eine Führungsfunktion übernehmen und sich gegen eine Schuldenunion wehren. Deutschland würde für Eurobonds die hohen Zinsen mitzahlen und die Anreize einer weiteren Verschuldung der hoch verschuldeten Eurostaaten blieben bestehen. Ebenso ist eine Banklizenz für den „Rettungsfonds“ unverantwortlich, da dann immer neue Staatsschuldenscheine in Umlauf kommen können.

Banken müssen für Fehlspekulationen haften

Das Hauptziel muss sein, den marktwirtschaftlichen Preismechanismus funktionsfähig zu halten. Jede Wirtschaftsform, der dies nicht gelingt, ist zum Scheitern verurteilt. Es gilt, den Wettbewerb zu erhalten und dem Trend zu wirtschaftlicher Machtkonzentration entschieden entgegenzusteuern. Das gilt vor allem auch für Banken. Da deren Größe keiner Begrenzung unterliegt, können sie das ganze Finanzsystem gefährden. Deshalb müssen sie in ihrer Größe begrenzt und gegebenenfalls in Einzelbanken aufgeteilt werden, damit die Politik im Krisenfall echte Hand-

lungsspielräume besitzt. Banken, die pleite sind, sollten geschlossen werden. Die Bankenkontrolle muss in der EU massiv und wirksam ausgeweitet werden.

Insbesondere das Haftungsprinzip für die von Banken verursachten Fehlspekulationen muss bis in die Eigentümerstrukturen der Banken vollständig durchgesetzt werden. Banken wollen nämlich bisher nicht die Verantwortung für faule Kredite übernehmen und reichen ihr Problem an die Regierungen weiter. Der Steuerzahler soll die Kosten tragen. Das ist nicht akzeptabel.

Umweltschäden müssen im Preis abgebildet sein

Globale Ansätze im Umweltrecht sind bisher immer wieder gescheitert. Über einen funktionierenden Emissionshandel und der Verhinderung von Umweltdumping lassen sich externe Umweltschäden, die nicht vom Marktmechanismus berücksichtigt werden, einbeziehen (internalisieren). Das sorgt für die Einhaltung ökologischer Grenzen und vermeidet umweltschädliches Verhalten weitgehend.

Es müssen marktkonforme Steuerungsmechanismen und ökologische Maßstäbe entwickelt werden, die zu einer sozial gerechten Verteilungsordnung führen. Der weltweite Handel erschwert die Internalisierung von Umweltkosten. Er verstärkt die Mobilität und den Drang, weltweit über die Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit hinauszuwachsen. Die ÖDP fordert die Einführung weltweiter sozialer und ökologischer Mindeststandards. ■

Grafik: Gerd Altmann / www.pixelio.de

Der Euroraum braucht eine einheitliche und wesentlich höhere Kapitalbesteuerung.

zentration. Die muss der Staat verhindern bzw. auflösen – besonders im Bankensektor.

Regulierungslücken in der Eurokrise

Die Ursache der europäischen Währungskrise liegt in der hohen Verschuldung vieler Staaten. Mit der Diskussion über die Überschuldung in Griechenland verschwand das Vertrauen in Staatsanleihen. Zu einem Schuldenschnitt gibt es aber keine vernünftige Alternative. Es liegt nahe, dieses Instrument weiter auszubauen. Es ist ein erster Erfolg, wenn die Begrenzung der Staatsverschuldung im gesamten Euroraum durch die EU-Ver-

frei ist. Arbeitnehmer und Arbeitgeber handeln die Löhne untereinander aus. Gesetzlich vorschreiben kann der Staat nur die Mindestlöhne.

Darüber hinaus sind in den südlichen Euro-Ländern große Investitionen notwendig, um deren Produktivität fördern. Überschuldete Staaten sollten erst nach einer Entschuldung neue Kredite erhalten.

Die Währungsspekulation gegen den Euro kann man nicht verhindern. Aber diejenigen, die an den Währungskrisen verdienen, sollten an den Kosten beteiligt werden. Devisenspekulationen sollten mit der Tobinsteuer in Abhängigkeit von der Situati-

Ulrich Brehme



Jahrgang 1966, studierte Wirtschaft und Elektrotechnik. In die ÖDP trat er 1993 ein und hatte seither schon zahlreiche

Funktionen inne. Zurzeit ist er Kreisvorsitzender in Osnabrück und Mitglied in den Bundesarbeitskreisen „Landwirtschaft, Tierschutz und Gentechnik“ sowie „Wirtschaft und Finanzen“.

Kontakt: ulrich.brehme@gmx.de

Interview mit Prof. Dr. Niko Paech

„Wir haben einen Überschuss an politischen Forderungen“

Der letzte ÖDP-Bundesparteitag in Veitshöchheim beschloss zu überprüfen, welche Konzeptpunkte der Postwachstumsökonomie ins wirtschaftspolitische Programm der ÖDP einfließen könnten. Der ÖDP-Bundesarbeitskreis Wirtschaft und die ÖkologiePolitik befassen sich mit dieser Thematik und stellten Prof. Dr. Niko Paech einige kritische Fragen.



ÖkologiePolitik: Herr Prof. Paech, fangen wir mit dem Thema „Selbstversorgung“ an. Führt sie nicht zur weiteren Entpolitisierung unserer Gesellschaft? Dreht man sich dadurch nicht zunehmend um die eigene Ich-Achse und um den eigenen Nahbereich, statt sich für eine bessere Politik einzusetzen?



jeder beides tun kann: Nachhaltigkeit praktizieren und die damit harmonisierenden politischen Forderungen stellen. Dies würde endlich jene Verbindlichkeit und Glaubwürdigkeit bedeuten, deren momentanes Fehlen Veränderungen blockiert.

Thema „Subventionsabbau“: Der wäre ja notwendig, um bei

also ihre Halbierung. Lohnen sich dann überhaupt teure Ausbildungen noch? Der Aufwand für ein Hochschulstudium sollte sich ja irgendwann amortisieren.

Tatsächlich kann ich nicht ausschließen, dass ein Teil der globalen Bildungsfabrikation obsolet wird, was hohe ökologische Entlastungen erwarten lässt.



Niko Paech, Jahrgang 1960, studierte Volkswirtschaftslehre, promovierte und machte anschließend vor allem eine akademische Karriere in Forschung und Lehre. Seit 2010 ist er außerplanmäßiger Professor am Lehrstuhl für Produktion und Umwelt der Universität Oldenburg. Seine Schwerpunkte liegen dabei im Bereich der Umweltökonomik und Nachhaltigkeit. Neben seiner Forschungs- und Lehrtätigkeit ist er unter anderem auch Mitbegründer des Oldenburg Center for Sustainability Economics and Management (CENTOS), Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac. Kontakt: www.postwachstumsoekonomie.org

Prof. Dr. Niko Paech: Vierzig Jahre an sich selbst überschlagender Politisierung im Bereich Umweltschutz haben leider absolut nichts bewirkt. Im Gegenteil: Die Politisierung ist zu einem Ersatz für die materielle Umsetzung von Nachhaltigkeit geworden. Die Verlagerung eigener Verantwortung auf die Politik oder „das System“ befördert Lähmung, Heuchelei und vor allem eine Stabilisierung des Widerspruchs zwischen elegant vorgebrachten politischen Einsichten und eigenen Handlungsweisen, die im genauen Gegensatz dazu stehen. Wir haben einen Überschuss an wohlfeilen politischen Forderungen und ein Defizit an Lebenspraktiken, die kompatibel mit genau der Situation wären, die im Falle einer tatsächlichen Umsetzung der politischen Forderungen einträte. Es ist genau diese Doppelbödigkeit, die die Welt zu dem macht, was wir vor uns sehen. Im Übrigen will mir nicht einleuchten, warum nicht

stark sinkendem Bruttoinlandsprodukt und damit stark sinkenden Steuereinnahmen die bestehenden Staatsschulden samt Zinsen zurückzahlen zu können. Am meisten subventioniert wird die Landwirtschaft. Die trifft das dann natürlich besonders hart. Was soll aus den vielen Höfen werden?

Wir werden für eine Übergangszeit – hier sehe ich reizvolle Aufgaben für Forschung, Planung, Bauwirtschaft und Landschaftspflege – Konzepte zum Ab- und Rückbau agrarindustrieller Anlagen brauchen. Einen Teil werden wir renaturieren, einen anderen Teil werden wir sanften Nachnutzungen anheim stellen und einen weiteren Teil werden wir dergestalt stückeln, dass eine ökologische, kleinbäuerliche Landwirtschaft möglich wird. Auch Community-Supported-Agriculture-Projekte können hier Platz greifen.

Thema „Arbeitszeit“: Sie fordern eine 20-Stunden-Woche,

Denn wenn 16-jährige anstelle des Auslandspraktikums in Nicaragua oder Südafrika endlich mit Sesshaftigkeit, insbesondere einer Aufwertung handwerklicher Tätigkeiten vor der eigenen Haustür in Berührung kommen, ergeben sich viele Nachhaltigkeitseffekte. Das momentane

„Das momentane Bildungssystem bezweckt eine praktisch-handwerkliche Beunfähigkeit junger Menschen.“

Bildungssystem bezweckt eine praktisch-handwerkliche Beunfähigkeit junger Menschen. Die an Fortschrittsgläubigkeit nicht zu überbietende pädagogische Mobilmachung kennt nur ein Ziel: möglichst jeden Menschen mit einem Hochschulabschluss zu versehen, um ihn an der abstrakten Arbeitsteilung und einem komfortablen, mühelosen Leben teilhaben zu lassen. Und die Drecksarbeit, ohne die kein iPho-

ne produziert werden kann, sollen dann Maschinen oder Menschen in Asien verrichten. Die „teure Ausbildung“, von der Sie sprechen, befähigt hauptsächlich zu hyperventilierender globaler Mobilität und reiner Symbolproduktion. Zukünftig könnten wir eine Gewichtsverlagerung brauchen. Mehr Handwerk und tendenziell weniger Hochschul-Hype. Die weiterhin wichtigen Hochschulen würden auf einem zukunftsfähigen Niveau stabilisiert, somit insgesamt weniger Geld verschlingen. Außerdem wären sie nicht an Amortisation, sondern eher dem humboldtschen Bildungsideal orientiert.

Thema „CO₂-Budgetierung“: Soll das eine Art „Grundeinkommen“ für jeden Bürger sein?

Hier geht es um einen ökologischen Rahmen, der die globale Übertragbarkeit von Lebensstilen sichert. Denn nicht einzelne Produkte, sondern nur Lebensstile, also die Summe aller Konsum- und Mobilitätsaktivitäten eines Menschen gibt Aufschluss über Nachhaltigkeit. Wenn jeder Mensch ab 1. Januar 2012 genau 2,7 Tonnen CO₂ zur Verfü-

gung hat, die für ein Jahr reichen müssen, können wir bei 7 Mrd. Erdbewohner/innen das 2-Grad-Klimaschutzziel vielleicht gerade noch erreichen. Von einem Grundeinkommen unterscheidet sich dieses Budget, denn um Konsumgüter kaufen zu können, benötige ich zusätzlich weiterhin das „normale“ Geld.

Herr Prof. Paech, herzlichen Dank für die interessanten Antworten. ■

BUCHTIPP

Niko Paech
Vom grünen Wachstumsmythos zur Postwachstumsökonomie
 in: Harald Welzer,
 Klaus Wiegandt (Hrsg.)
Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung
 Fischer Taschenbuch, 2011
 352 Seiten, 12,99 Euro
 978-3-596-18794-2



Interview mit Prof. Dr. Claudia Kemfert

„Ein CO₂-Preis von 60 Euro pro Tonne ist nötig!“

Um den Klimawandel entscheidend zu bremsen, muss der CO₂-Ausstoß drastisch sinken. Dazu muss die Politik schlüssige Konzepte entwickeln – und umsetzen. Aber welches Konzept ist eigentlich am sinnvollsten? ÖP-Chefredakteur Günther Hartmann befragte dazu Prof. Dr. Claudia Kemfert.

ÖkologiePolitik: Frau Prof. Kemfert, was ist der sinnvollste Weg zum Klimaschutz?

Prof. Dr. Claudia Kemfert: Ökonomisch effizient kann die Steuerlösung oder auch der Emissionshandel sein, doch nur unter idealen Voraussetzungen. In der Realität gibt es die jedoch nicht, sodass eine Kombination durchaus sinnvoll und wirkungsvoll sein kann – wenn auch nicht die ökonomisch effektivste Lösung. Die Förderung erneuerbarer Energien insbesondere durch einen Einspeisetarif hat in Deutschland zu einem massiven Zubau erneuerbarer Energien geführt. Ihr Anteil liegt heute schon bei 20 Prozent. Auch die Verteuerung fossiler Energien durch die Mineralölsteuer und auch Ökosteuer ist sinnvoll, zumal es kaum Instrumente zur Förderung von nachhaltigen Verkehrskonzepten und -technologien gibt. Der Emissionsrechtehandel kann Anreize geben, auf CO₂-intensive Energieerzeugungstechnologien zu verzichten. Dazu müssten die CO₂-Obergrenzen dynamisch angepasst werden. Sinnvoll können alle diese Instrumente sein – sie sollten aber gut aufeinander abgestimmt sein.

Warum funktioniert der CO₂-Emissionsrechtehandel noch nicht richtig? Und wie sollte er gestaltet werden?

Damit der Emissionsrechtehandel wirklich optimal funktioniert, müssten möglichst viele Sektoren einbezogen sein, zudem alle Treibhausgase und alle Staaten. Das ist heute nicht der Fall: Der Emissionsrechtehandel ist nur in Europa eingeführt und bezieht nur den Energie- und Industriesektor ein. Bisher wurden die Emissionsrechte frei zugeteilt, mit der Konsequenz, dass es sog. „Windfall Profits“ gab: Unternehmen haben für die Emissionsrechte nicht bezahlt,

aber dennoch eingepreist. Zudem wurden aufgrund unvollständiger Informationen zu viele Emissionsrechte verteilt. Außerdem hat man bisher langfristige Emissionsziele festgeschrieben, weshalb dynamische Entwicklungen un-

„Damit der Emissionsrechtehandel optimal funktioniert, müssten möglichst viele Sektoren einbezogen sein, zudem alle Treibhausgase und alle Staaten.“

berücksichtigt bleiben. Wenn z. B. durch eine Wirtschaftskrise oder durch gezielte Einsparungen die Emissionen sinken, sinkt auch der Preis, was die Emissionen wieder wachsen lässt. Durch eine dynamische Anpassung der Emissionsobergrenzen kann man diesen Effekt vermindern. Dennoch wäre ein CO₂-Preis von mindestens 60 Euro pro Tonne nötig, um ausreichend finanzielle Anreize in den Ausbau erneuerbarer Energien zu geben. Das ist politisch schwer durchzusetzen. In den USA diskutiert man über einen CO₂-Preis von 5 Dollar pro Tonne ...

Halten Sie eine individuelle CO₂-Budgetierung für sinnvoll?

In der Theorie schon, in der Praxis wird eine individuelle Budgetierung nur sehr schwer umsetzbar sein. Es gibt z. B. in England sog. „CO₂-Karten“, die man wie eine Handykarte je nach individuellem Verbrauch be- und entladen kann. Der Vorteil ist die Sensibilisierung und Information über die Auswirkungen der Konsumgewohnheiten – der Nachteil ein sehr hoher administrativer Aufwand. Die Akzeptanz solcher Karten würde aber sofort schwinden, wenn sich die Bürger beobachtet und gemäßregelt fühlen. Wichtig ist daher, dass man allgemein die Transparenz

und Information über das Thema erhöht und schon früh im Bildungsbereich mit der Aufklärung beginnt. In Schulen, die gezielt mit Schülern an diesen Themen arbeiten und viel Information bereitstellen, sieht man

eine deutlich höhere Bereitschaft zu aktiven Handeln. Es wird „cool“, sich für den Klimaschutz zu engagieren.

Sind denn CO₂-Emissionen nicht eigentlich völlig vermeidbar?



Prof. Dr. Claudia Kemfert Jahrgang 1968, studierte Wirtschaftswissenschaften und ist heute Leiterin der Abteilung „Energie, Verkehr, Umwelt“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sowie Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance – beide in Berlin. Neben zahlreichen Fachartikeln veröffentlichte sie die Bücher „Die andere Klimazukunft“ und „Jetzt die Krise nutzen“.

Kontakt: www.claudiakemfert.de

BUCHTIPP

Claudia Kemfert
Jetzt die Krise nutzen
Murrmann-Verlag, 2009
128 Seiten, 12,00 Euro
978-3-86774-076-0



Claudia Kemfert
Die andere Klimazukunft
Innovation statt Depression
Murrmann-Verlag, 2008
264 Seiten, 19,90 Euro
978-3-86774-047-0



Langfristig schon, aber dies wird über ein Jahrhundert dauern. Wichtig ist, dass man heute versucht, den Anstieg der Treibhausgase zu vermeiden, und dies funktioniert nur mit einer Obergrenze. Da man sich jedoch in naher Zukunft international kaum auf verbindliche Obergrenzen geschweige denn Minderungsziele wird einigen können, sind nationale und multinationale Anstrengungen wichtig. Man sollte Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien, der Verbesserung der Energieeffizienz und gemeinsame Investitionen in grüne Märkte definieren. Europa sollte Vorreiter sein und deutlich machen, dass die wirtschaftlichen Chancen größer als die Risiken sind. Denn gerade aus der Finanzkrise heraus muss es darum gehen, zukünftige Wachstumsmärkte zu identifizieren und gemeinsam Innovationen und Lösungen zum Umbau des Energiesystems und die Umsetzung einer nachhaltigen Mobilität zu forcieren.

Macht es überhaupt Sinn, mit CO₂-Emissionen zu handeln, wenn sie völlig vermeidbar sind?

Da man in den kommenden Jahrzehnten eher von steigenden als senkenden Treibhausgasemissionen ausgehen kann, ist es durchaus sinnvoll eine Obergrenze für CO₂-Emissionen zu vereinbaren und zu handeln. Auch wenn die Emissionen sinken sollten, kann man weiter handeln, bei Anpassung der Obergrenzen. Somit ist nicht die Knappheit entscheidend, sondern die Entwicklung der Emissionen und die Definition der Obergrenzen.

Frau Prof. Claudia Kemfert, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

Foto: Maec Darchlinger

Praktische Schulreform

Eine „zweite Kraft“ für jede Grundschulklasse!

Die meisten sog. „Schulreformen“ gehen am eigentlichen Problem vorbei: an der personelle Unterbesetzung und der damit verbundenen Überforderung unserer Lehrkräfte. Die bayerische ÖDP plädiert deshalb für eine „zweite Kraft“ in jeder Klasse – zunächst in der 1. Grundschulklasse, dann schrittweise in höheren Jahrgangsstufen.

von Bernhard Suttner

Schon zum zweiten Mal hat das Bundesverfassungsgericht seine Wertschätzung gegenüber kleinen Parteien ausgedrückt: Wie schon 2004 beim Urteil über die Parteienfinanzierung so auch jüngst bei der 5%-Entscheidung weisen die Richter auf die kreative Bereicherung der demokratischen Diskussion durch Beiträge außerparlamentarischer Parteien hin. Auch der Vorschlag der bayerischen ÖDP für eine „praktische Schulreform“ gehört in diese Kategorie.

Zwar wird momentan viel über die Vor- und Nachteile einer zwei- oder dreigliedrigen Schulstruktur diskutiert, aber kaum über die Lebensqualität von Schülern, Eltern und Lehrkräften. Die Umsetzung des Konzepts „praktische Schulreform durch Zweitkräfte“ – zumindest in der Grundschule – ist aber wohl weit wichtiger und wirksamer als die Fortsetzung des jahrzehntelangen Streits um die „ideale“ Schulform.

Ist die „zweite Kraft“ eine reine Utopie?

Fast überall in Skandinavien, aber auch in einigen deutschsprachigen Schulen der Provinz Südtirol und in vielen modernen Reformschulen – nicht nur in allen Montessorischulen, sondern z.B. auch in einer Reihe von privaten bzw. kirchlichen Grund- und Hauptschulen – gehört die „zweite Kraft“ zum Schulkonzept. Im Kindergarten ist sie gar gesetzlich vorgeschrieben. Das Konzept ist also in einigen pädagogischen Landschaften eine Selbstverständlichkeit, doch hat man sich seit Generationen an das Bild gewöhnt: eine Schulklasse, eine Lehrkraft. So war das immer, und so wird es immer bleiben ...

Luxus oder Voraussetzung für gutes Lernen?

Die „zweite Kraft“ soll vor allem einen konzentrierten und abwechslungsreichen täglichen Unterricht mit wirklicher individueller Förderung aller Kinder ermöglichen. Sie ist deshalb kein pädagogischer Luxus sondern Voraussetzung für echten pädagogischen Fortschritt. Denn selbst auf alltägliche Situationen

renzierung wesentlich einfacher und wohl auch besser schaffen. Neben den eben beschriebenen Standardsituationen gibt es aber auch noch weitere Gründe für eine „zweite Kraft“:

- Beim Lernen in Gruppen und in Projekten stößt die Einzellehrkraft an ihre Grenzen. Der Wechsel von frontalen Lernphasen mit alternativen Phasen ist das A und O moderner Schulpädagogik. Der Methodenwechsel wird

Norwegen wendet 6,6 % seines Bruttoinlandsproduktes für Bildung auf, Deutschland 4,4 %.

kann die Einzellehrkraft nicht immer adäquat reagieren:

- Kinder mit schnellem Lernverhalten und hoher Auffassungs- und Transfermöglichkeit brauchen zusätzliche Herausforderungen.

- Kinder mit aktuellen Defiziten brauchen dagegen nicht nur einen zweiten, sondern oft einen dritten und vierten Anlauf, um ein Problem und seine Lösung zu verstehen.

- Kinder mit aktuellen persönlichen Problemen oder Erziehungsdefiziten, die den Unterricht stören, müssen außerhalb der Klasse betreut werden, bis die Störung beendet ist.

Assistenzkräfte könnten in diesen drei Standardsituationen des Schulalltags eine wirksame Hilfe sein. Wenn „ein Programm für alle“ nicht passend ist, muss eben ein „zweites, differenziertes Programm“ realisiert werden. Einer Einzellehrkraft wird das aber auf Dauer nur gelingen, wenn sie genießhaft leistungsfähig ist. Zwei Erwachsene in der Klasse können diese unverzichtbare Diffe-

renzierung wesentlich einfacher und wohl auch besser schaffen. Neben den eben beschriebenen Standardsituationen gibt es aber auch noch weitere Gründe für eine „zweite Kraft“:

- Beim Lernen in Gruppen und in Projekten stößt die Einzellehrkraft an ihre Grenzen. Der Wechsel von frontalen Lernphasen mit alternativen Phasen ist das A und O moderner Schulpädagogik. Der Methodenwechsel wird

- Die Inklusion von Kindern mit Behinderung ist nur mög-

Wir sollten den „Soli“ zum „Solidaritätsbeitrag für Bildung, Betreuung und Pflege“ umgestalten.

lich, wenn für diese Anforderungen weitere Fachkräfte zur Verfügung stehen. Ähnliches gilt für die Integration von Migranten-Kindern mit einem hohen Sprach-Förderbedarf. Die „zweite Kraft“ wäre ein Türöffner für Integration und Inklusion. (Für die Sicherung des Rechts behinderter Kinder auf die freie Wahl zwischen einer speziell auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Schule oder der Teilnahme am Unterricht in einer sog. „Re-

gelschule“ gemäß der geltenden „UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung“ sind jedoch zusätzliche und von Fall zu Fall spezielle Leistungen von zweiten und dritten Fachkräften erforderlich.)

- Der Start ins Schulleben muss gelingen: Es ist traurig, wenn aus begeisterten Schulanfängern oft schon nach wenigen Wochen enttäuschte Kinder werden, die merken, dass sie mit den rascher begreifenden Schulkollegen nicht mithalten können. Hier entsteht und verfestigt sich ein Vermeidungsverhalten: „Was mir Mühe macht, lehne ich ab!“ Deshalb ist die „zweite Kraft“ als Starthilfe zumindest in der 1. Klasse der Grundschule unverzichtbar.

Weitere positive Wirkungen

Die „zweite Kraft“ würde das Problem des Lehrkraftausfalls und der Vertretung bei Krankheit oder Fortbildung lösen oder zumindest entschärfen. Die Betreuung der Klasse wäre im Normalfall bruchlos gesichert. Mobile Reserven durch „eingeflogene“ Lehrkräfte mit energieraubenden Anpassungsnotwendigkeiten wären nicht mehr in dem bisherigen Umfang nötig.

Wenn Störungen und Notfälle die uneingeschränkte Zuwendung der Lehrkraft zu einem einzelnen Kind oder zu einer Teilgruppe erfordern, würde die „zweite Kraft“ die Aufsichtspflicht sichern. Die Klasse wäre nicht ohne Beobachtung durch eine verantwortliche erwachsene Person. Dies gilt auch für die Pausenordnung. Durch den besseren

Personalschlüssel könnten auch die Lehrkräfte Pause machen.

Eine fundamentale Neuerung wäre, dass das „Arbeiten im Team“ auch unter Lehrkräften etwas Selbstverständliches wird. Darauf verzichtet die Schule sensiblerweise weitgehend – im Gegensatz zum Kindergarten, zur Jugendhilfe, zur Kranken- und Altenpflege sowie zur Projektarbeit in modernen Unternehmen. Wahrscheinlich liegt es an der Angst vor Konflikten. Um die

konstruktiv lösen zu können, sollten Teamarbeit und richtige Kommunikation in der Lehrerausbildung und -fortbildung eine größere Bedeutung erhalten.

Konflikte gibt es aber eher zwischen den Schülern. Und die würden bei einer „zweiten Kraft“ von zwei verantwortlichen Per-

sonen verbessert werden. Wir brauchen überall gute „Startbahnen“ für die Bildungsreise unserer Kinder – dringender als so manche Betonpiste für überflüssige Spaßreisen...

Im Jahre 2009 erbrachte der „Soli“ als Aufschlag von bis zu 5,5 % auf die Einkommensteuer

Es gibt kaum eine bessere Investition als die Verbesserung der Bildung.

sonen wahrgenommen und bewertet. Das 4-Augen-Prinzip wäre der Normalfall. Die Befürchtung vieler Eltern, dass eine bestimmte Lehrkraft ihr Kind „einfach nicht leiden“ kann, würde dadurch entschärft.

Wer kann „zweite Kraft“ sein?

Gerade das skandinavische Beispiel zeigt, dass die „zweite Kraft“ nicht die gleiche akademische Ausbildung als Lehrkraft haben muss wie die Hauptlehrkraft. Deutsche Studierende im europaweiten Austausch sind z.B. in Finnland als Mitarbeitende im Schulalltag willkommen. Erzieher oder Sozialpädagogen sind als „zweite Kräfte“ denkbar, ebenso Lehramtsstudierende in einem dringend einzuführenden Langzeitpraktikum, das 1 Jahr dauern und möglichst in der ersten Studienphase absolviert werden sollte. Wichtig ist dabei: Die zusätzlichen Kräfte dürfen und können niemals die verantwortlich-leitende, akademisch ausgebildete Lehrkraft ersetzen.

Woher soll das Geld kommen?

Obwohl in Sonntagsreden stets vom Vorrang für Bildung gesprochen wird, hinkt Deutschland bei den Ausgaben für Schule und Bildung hinter vielen Industrienationen her: Norwegen z.B. wendet 6,6% seines Bruttoinlandsproduktes für Bildung auf, Deutschland nur 4,4%. Wir sollten deshalb den „Soli“ endlich reformieren und zum „Solidaritätsbeitrag für Bildung, Betreuung und Pflege“ umgestalten. Nicht mehr die sog. „Infrastruktur“ in den Beitrittsländern, sondern Sozialstrukturen in allen Teilen der Bundesrepublik sollten mit dieser Abgabe auf die Einkom-

mensteuer verbessert werden. Wir brauchen überall gute „Startbahnen“ für die Bildungsreise unserer Kinder – dringender als so manche Betonpiste für überflüssige Spaßreisen... Im Jahre 2009 erbrachte der „Soli“ als Aufschlag von bis zu 5,5 % auf die Einkommensteuer und auf die Körperschaftsteuer (ab einer Steuersumme von 972 Euro für Alleinstehende und 1944 Euro für Verheiratete) insgesamt knapp 12 Mrd. Euro. Diese Einnahmen fließen bisher ausschließlich dem Bund zu. Sie sollten künftig einem Sondervermögen des Bundes, der Länder und der Kommunen zufließen, um die Bildungs-, Betreuungs- und Pflegesituation zu verbessern.

Wir brauchen einen Bewusstseinswandel, was die Geldströme aus öffentlichen Kassen betrifft: Während heute noch viel Verständnis für Investitionen in „hardware“ wie z.B. Verkehrswege, Raumfahrtprogramme und angebliche „Strukturhilfen“ herrscht und solche Ausgaben als „investiv“ begrüßt werden, gilt nach wie vor die Investition in „software“ als „konsumtiv“. Diese Einstufung ist völlig falsch: Es gibt kaum eine bessere Investition als die Verbesserung der Bildung und der personalen und sozialen Stabilisierung junger Menschen!

Für die Finanzierung ist außerdem noch Folgendes zu bedenken: Wegen der Geburtenrückgänge fällt seit vielen Jahren eine ständige Einsparung von Kindergeld und Kinderfreibetragswirkung bei der Einkommensteuer an. Steuerexperten sprechen hier von einer „demographischen Dividende“ für den Finanzminister. Diese heimliche Einsparung bei Familienleistungen sollten wir ebenfalls zur Verbesserung der Bildungs- und Betreuungssituation verwenden.

Zudem würde die „zweite Kraft“ langfristig auch noch manche Kosten reduzieren:

- Eine bessere Bildung aller Kinder reduziert später die Kosten für die Sozialhaushalte und

Landtagspetition der ÖDP Bayern

Die bayerische ÖDP veranstaltet am Samstag, den 28. April 2012, in Nürnberg eine Fachtagung zu diesem Thema. Anschließend reicht sie eine Petition in den Bayerischen Landtag ein. Anderen Landesverbänden der ÖDP oder auch Einzelpersonen steht es frei, ähnliche Petitionen an ihre jeweiligen Landesparlamente einzureichen, um in Deutschland eine breite Diskussion über die „zweite Kraft“ zu eröffnen. Hier der Petitionstext:

Individuelle Förderung für jedes Kind – „zweite Kraft“ in jeder Grundschulklasse

Zur besseren individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler wird an den Bayerischen Schulen Schritt für Schritt das Konzept „Zweite Kraft in jeder Klasse“ verwirklicht. Zunächst wird in den ersten Klassen der Grundschulen der regulären Lehrkraft eine „zweite Kraft“ als Assistenz beigelegt, um den Beginn der Schulzeit für möglichst jedes Kind zu einer Erfolgsgeschichte werden zu lassen. In weiteren Ausbauphasen wird die „zweite Kraft“ in den Jahrgangsstufen 4 und 5 installiert, um die Schullaufbahnentscheidung zu optimieren.

Die „zweite Kraft“ soll keine weitere Lehrkraft mit einer akademischen Lehrerausbildung sein. Erzieherinnen und Erzieher, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen können ebenso als Assistenzkräfte beschäftigt werden wie Studierende des Lehramtes in Phasen des – obligatorisch abzuleistenden und ausreichend honorierten – studienbegleitenden Langzeitpraktikums.

Die „zweite Kraft“ soll sicherstellen, dass die individuelle Förderung eines jeden Kindes in der Schule gelingt. Sie begleitet Kleingruppen, in denen entweder besonders leistungsfähigen Kindern zusätzliche Anregungen und Herausforderungen vermittelt oder aber Kindern mit Lernproblemen Hilfen vermittelt werden. Auch zur Behebung von Erziehungs- und Sozialisationsdefiziten sowie zur Qualifizierung des Schullebens kann und soll die „zweite Kraft“ beitragen.

bei der Nachschulung von Menschen mit defizitären Bildungsverläufen.

- Die zunehmende Gefahr von Burnout- und anderen stressbedingten Erkrankungen bei Lehrkräften würde sich durch die Entlastung der Schule reduzieren.

- Bei Kindern würde das Aufmerksamkeitsdefizit/Hyperaktivitäts-Syndrom (ADHS) und andere Gesundheitsstörungen positiv beeinflusst.

- Das Sitzenbleiben würde durch die bessere Förderung reduziert, was das Schulsystem entlastet. Auch der Nachhilfeunterricht ließe sich verringern.

Ausblick

Ich bin mir bewusst, dass die Forderung nach einer „praktischen Schulreform durch Zweite Kräfte wenigstens in der Grundschule“ trotz der vorgebrachten Argumente auf Vorbehalte stoßen wird. Ich bin mir aber auch sicher, dass dieser Vorschlag es

wert ist, in die schulpolitische Debatte aktiv eingebracht zu werden. Kinder, Eltern und Lehrkräfte hätten einen klaren Gewinn an Lebensqualität zu erwarten und unsere Gesellschaft würde einen Schritt in die Richtung qualifizierter Zukunftssicherung gehen.

Bernhard Suttner



Jahrgang 1949, studierte Politikwissenschaft, Pädagogik sowie Christliche Gesellschaftswissenschaften und ist seither als

freiberuflicher Referent in der Erwachsenenbildung tätig. Von 1991 bis 2011 war er Landesvorsitzender der ÖDP Bayern. 2007 veröffentlichte er sein Buch „Die 10 Gebote – Eine Ethik für den Alltag im 21. Jahrhundert“.

Kontakt: BuESuttner@aol.com

Generationenvertrag

Elterngeldgesetz verachtet Erziehungsarbeit

Adenauers Rentenreform verkehrte den Begriff „Generationenvertrag“ ins Gegenteil seiner ursprünglichen Bedeutung. Sie verschaffte Kein-Kind- und Ein-Kind-Paaren große Vorteile gegenüber Mehr-Kind-Familien. Diese Ungerechtigkeit wurde bis heute nicht korrigiert. Im Gegenteil: Das 2007 eingeführte Elterngeldgesetz wertete die Erziehungsleistung von Eltern nochmals deutlich ab.

von Dr. Johannes Resch

Der Begriff „Generationenvertrag“ geht auf den Sozialrechtler Wilfrid Schreiber zurück. Seine Vision war es, den seit Menschen Gedenken bestehenden familiären Vertrag der gegenseitigen Unterhaltsverpflichtung zwischen Eltern und Kindern auf eine gesellschaftliche Ebene zu heben.

■ **Familiärer Generationenvertrag:** Eltern versorgen ihre Kinder und erwerben damit das Recht, im Alter wieder von ihnen versorgt zu werden.

■ **Gesellschaftlicher Generationenvertrag:** Alle arbeitsfähigen Erwachsenen sorgen für den Unterhalt der Kinder und erwerben damit ein Anrecht, im Alter von den erwachsen gewordenen Kindern eine Rente zu erhalten.

Die Zielvorstellung Schreibers war es, die individuellen wirtschaftlichen Risiken des Kindes- und Rentenalters, wie z.B. bei vorzeitigem Tod oder Krankheit von Eltern oder Kindern durch ein solidarisches System abzufangen. Außerdem sollten Kinderlose, die bisher ihr Alter mit vergleichbar hohen Risiken durch Ansparen von Kapital sichern mussten, in die gesellschaftliche Solidarität der Generationen einbezogen werden. Nach den Vorstellungen Schreibers sollte seine Vision die Blaupause für ein Sozialsystem mit dynamischer Kindheits- und Jugendrente einerseits und dynamischer Altersrente andererseits sein.

Adenauers Rentenreform negiert Schreibers Idee

Bei der Rentenreform 1957 wurde von Konrad Adenauer ein System geschaffen, das ziemlich genau das Gegenteil von dem war, was Schreiber vorgeschlagen

hatte: Die Arbeitsfähigen wurden lediglich gesetzlich verpflichtet, den Unterhalt der Alten durch eine Rente zu sichern, während eine entsprechende Gegenleistung für Kinder unterblieb. Die Kinderkosten blieben also nahezu allein bei den Eltern.

Mehr noch: Die Rentenansprüche wurden sogar fast ausschließlich an Erwerbsarbeit gebunden, obwohl die Renten der Erwerbstätigen allein durch deren Kinder bezahlt werden müssen. So ergab sich die geradezu absurde Situation, dass kinderreiche Eltern, die am meisten für Kinder getan haben, deshalb meist weniger erwerbstätig sein konnten, aber höhere Kosten tragen mussten, gegenüber der Kindergeneration die geringsten Ansprüche haben. Wer dagegen keine Kinder hatte und deshalb unterbrechungslos erwerbstätig sein und Karriere machen konnte, dem werden die größten Ansprüche gegenüber der Kindergeneration zugestanden.

Der Gegensatz zwischen „Schreiber-Plan“ und Rentenreform 1957 wird in den unterschiedlichen Definitionen deutlich. Der Generationenvertrag nach Schreiber: „Aus der Gesamtheit der Arbeitseinkommen wird sowohl dem Kinde und Jugendlichen (vor Erreichung des 20. Lebensjahrs) wie dem Alten (nach Vollendung des 65. Lebensjahrs) ein maßgerechter Anteil zugesichert.“ (S.24) „In der vorindustriellen Gesellschaft ließ sich ein solcher ‚Solidarvertrag‘ ohne Mühe im kleinsten Sozialgebilde, in der Familie, verwirklichen. Die Eltern zogen die Kinder groß und erwarben dadurch den selbstverständlichen Anspruch, in ihrem Alter von den Kindern unterhal-

ten zu werden.“ (S.33, Nachdruck des „Schreiber-Plans“ durch den Bund Katholischer Unternehmer, 2004)

Die verfälschende Definition der Bundesregierung: „Mit Generationenvertrag wird der unausgesprochene ‚Vertrag‘ zwischen der beitragszahlenden und der rentenbeziehenden Generation bezeichnet. Die monatlich von Arbeitnehmern und Arbeitgebern vorgenommenen Einzahlungen in die staatliche Rentenkasse sollen zur Finanzierung der laufenden Rentenzahlungen dienen. Die ar-

Die Umdeutung des Begriffs „Generationenvertrag“ ist ein Meisterstück der Irreführung einer ganzen Gesellschaft.

beitende und somit zahlende Generation erwartet ihrerseits, dass auch ihre Rente durch die Beitragszahlungen der nachfolgenden Generation gedeckt ist. Tatsächlich ist der Generationenvertrag als Grundlage des deutschen Rentensystems eine staatlich organisierte Unterhaltspflicht gegenüber den älteren der Gesellschaft.“ (www.bundesfinanzministerium.de – Internetseite des Bundesfinanzministeriums)

Generationenvertrag ist ins Gegenteil verkehrt

Bis heute ist es kaum ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungen, dass spätestens durch die Rentenreform 1957 der familiäre Generationenvertrag, in dem die Altersversorgung der natürliche Lohn der Kindererziehung war, ins Gegenteil verkehrt wurde. Trotzdem wurde der Begriff „Generationenvertrag“ in schön-

färbischer Weise bis heute für dieses familienfeindliche System verwendet. Die Umdeutung des Begriffs von einem soliden Konzept sozialer Sicherung zu einer Frondienstverpflichtung der Eltern mit Kettenbriefcharakter zu Lasten der jeweils jungen Generation ist ein Meisterstück der Irreführung einer ganzen Gesellschaft.

Es ist heute müßig darüber zu streiten, ob Adenauer, der seine Rentenreform gegen erhebliche sachliche Bedenken, nicht zuletzt von Schreiber, durchsetzte, die Aushöhlung der Familie bewusst in Kauf nahm, um seine damals von ihm als höherwertig erscheinenden außenpolitischen Ziele verfolgen zu können, oder ob er einfach das Wesen des Generationenvertrags nicht begriffen hatte.

Es wäre zu erwarten gewesen, dass spätestens mit dem Einsetzen des Geburtenrückgangs in den 1970er-Jahren ein Prozess des Umdenkens einsetzt, um Konsequenzen aus den Fehlern von 1957 zu ziehen. Hier hat nicht nur die CDU/CSU versagt, sondern alle Parteien, die seitdem Regierungsverantwortung getra-

gen haben. Aber auch die Medien haben versagt, weil sie sich mit einer Art Hofberichterstattung zufrieden gegeben haben, wenn es um die sozialen Rechte der Eltern und der nachfolgenden Generation ging. Sowohl die politisch Verantwortlichen als auch die Medien haben sich bis heute gegenüber den vielen kritischen Stimmen von Juristen, Soziologen und anderen Experten meist taub gestellt.

„Die Alterslast wurde kollektiviert, die Kinderlast blieb Privatsache. Mit dieser Konstruktion bestraft das geltende Rentenrecht die Familie und innerhalb der Familie ganz besonders die nicht oder nicht voll berufstätige Mutter.“ (Eva Marie von Münch, Handbuch des Verfassungsrechts, 1994, S.321)

„Indem Eltern die zukünftigen Arbeitskräfte aufziehen, welche die Renten auch der Kinderlosen

durch ihre Beiträge werden finanzieren müssen, finanzieren sie über ihren Beitrag zur Humankapitalbildung indirekt die Renten der Kinderlosen mit, die zudem im Durchschnitt vergleichsweise höhere Rentenanwartschaften erwerben können. Die so genannte ‚Transferausbeutung der Familien‘ lässt sich in weniger krasser Form auch in den übrigen Transfersystemen nachweisen.“ (Franz-Xaver Kaufmann, Stellv. Vorsitzender der Sachverständigenkommission für den 5. Familienbericht,

Scheinausweg Nr. 2:
„Krippenoffensive“

Da nach dem bestehenden System die gesamte Altersvorsorge für die eigene Generation allein den Eltern aufgebürdet wurde, während sich Kinderlose nur an der Versorgung ihrer Eltern beteiligen brauchen, musste es zwangsläufig zu zunehmender Verarmung von Eltern und Kindern kommen. Das soll nun durch volle Erwerbstätigkeit bei der Eltern ausgeglichen werden,

**Die Alterslast wurde kollektiviert,
die Kinderlast blieb Privatsache.**

in „Herausforderungen des Sozialstaats“, 1997, S.170)

Es ist zu fragen, welchen Wert ein Grundgesetz hat, das die Familie „unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“ stellt, aber gleichzeitig nicht verhindern konnte, dass eben diese staatliche Ordnung per Gesetzgebung den Familien die wirtschaftliche und damit letztlich auch die ideelle Grundlage entzogen hat.

Inzwischen ist in Politik und Medien zumindest deutlich geworden, dass unser Sozialsystem in der vorliegenden Form keinen Bestand haben kann. Aber statt über die Zerstörung der Grundlagen nachzudenken und daran etwas zu korrigieren, werden Scheinauswege verfolgt, die nur noch weiter in die Sackgasse führen.

Scheinausweg Nr. 1:
Nachhaltigkeitsfaktor

Um die Überforderung der nachfolgenden Generation aufgrund der Versorgung eines wachsenden Heeres kinderloser Rentner zu mindern, wurde die Rentenformel so verändert, dass die Renten seit 2005 immer weiter zurückbleiben. Damit wurde zwar die Grundlage für künftige Altersarmut gelegt. Aber die Ursache für die Fehlentwicklung, die schließlich in der Abwertung der Erziehungsleistung liegt, blieb unberührt. Selbst die Renten der Eltern, die z.B. durch Erziehung von vier Kindern einen weit überdurchschnittlichen Beitrag im Generationenvertrag geleistet haben und trotzdem die geringsten Renten erhalten, werden ebenfalls gekürzt.

Scheinausweg Nr. 3:
Elterngeldgesetz

Oben wurde beschrieben, dass die Rentenreform 1957 den „Gewinn“ durch Kinder vergesellschaftet, aber die Kosten der Kinder bei den Eltern belassen hat. Das wird durch die Behauptung vertuscht, es gebe durch Kindergeld, Elterngeld und andere Leistungen einen angemessenen Familienlastenausgleich. Tatsäch-

lich beträgt dieser „Ausgleich“ aber nur etwa ein Viertel des Betrages, der den Eltern durch das Umlageverfahren bei Rentenrecht, Krankenversicherung der Rentner und Pflegeversicherung entzogen wird. Immerhin konnte das bis Ende 2006 gewährte Erziehungsgeld als geringe Gegenleistung für die Erziehungsarbeit angesehen werden, wenn es auch bei höheren Einkommen gemindert wurde oder entfiel.

Das seit 2007 geltende Elterngeldgesetz hat dagegen eine neue Runde in der Abwertung der Erziehungsleistung eingeleitet und steht so ganz in der Tradition der von Adenauer eingeleiteten familienfeindlichen Sozialpolitik. Eine gut verdienende Mutter erhält bei einem ersten Kind 1.800 Euro Elterngeld monatlich. Eine Mutter, die vier kleine Kinder betreut, erhält nach Geburt eines fünften Kindes nur 300 Euro. Obwohl die letztere Mutter vor der Geburt fast die doppelte Anzahl von Arbeitsstunden geleistet haben mag als die erstere und ihre ganze Arbeitskraft in die Funktionsfähigkeit unseres Sozialsystems investiert hat, wird sie mit einem Sechstel des Elterngeldes abgespeist.

Das Schlagwort „Einkommensersatzfunktion des Elterngeldes“ dient zum Vertuschen, dass die aufgrund unseres Sozialsystems erzwungene Verarmung der Eltern nun auch noch als Rechtfertigung für eine neue Benachteiligung missbraucht wird.

Sozialpolitik
wertet Erziehungsarbeit
immer mehr ab

Damit besteht ein roter Faden von der Sozialpolitik Adenauers bis heute, der in einer zunehmenden Missachtung der Erziehungsarbeit besteht. Die Auswirkungen in Form verminderter Erziehungsqualität, verstärkter Neigung der Kinder und Jugendlichen zu Leistungsverweigerung und Suchtverhalten, der zunehmende Zerfall von Familien sowie der langsame Verfall unseres Sozialsystems werden zwar als Fakten weitgehend erkannt, aber nicht in Zusammenhang mit den sozialhistorischen Hintergründen gebracht.

Vor allem das Elterngeldgesetz hat gezeigt, dass hier eine gut organisierte Lobby als Teil der gesellschaftlichen Oberschicht am



Die 76-seitige Publikation „Grundwahrheiten des Schreiber-Plans – Bedingungen für eine ehrliche Sozialpolitik“ gibt es auf der Website des Bunds Katholischer Unternehmer: www.bku.de → Publikationen → Diskussionsbeiträge

Werk ist, deren Vorstellungshorizont meist nur bis zur Ein-Kind-Familie reicht, aber den Anspruch erhebt, im Alter von den Kindern des Rests der Bevölkerung versorgt zu werden. Dieser Teil der Gesellschaft hat heute die meisten Schlüsselpositionen in Politik, Verwaltung, Medien, Wirtschaft und auch der Justiz besetzt.

Schon die Politik Adenauers verschaffte Kein-Kind- und Ein-Kind-Paaren gewaltige Vorteile gegenüber Mehr-Kind-Familien. Das Elterngeldgesetz zeigt nun sogar, dass unser Sozialsystem auf dem Weg zu einem Selbstbedienungsladen für eine ohnehin schon privilegierte Gruppierung ist.

Eine Kammer des Bundesverfassungsgericht (BVerfG) verkündete in einer Mitteilung vom 24.11.2011 zur von der ÖDP unterstützten Klage gegen das Bundeselterngeldgesetz, es habe die Verfassungsbeschwerde „nicht zur Entscheidung angenommen“. Die hierzu angegebenen Begründungen stehen in klarem Gegensatz zur bisherigen Rechtsprechung des BVerfG. Darauf wird in der nächsten Ausgabe der Ökologie Politik ausführlich eingegangen.

Dr. Johannes Resch



Jahrgang 1940, studierte Medizin und arbeitete 20 Jahre als Leitender Arzt eines Versorgungsamts. Seit 1998 ist er Mitglied der

ÖDP-Bundesprogrammkommission und war von 2008 bis 2010 ihr Sprecher. Zurzeit ist er Sprecher des Bundesarbeitskreises „Familie Soziales Gesundheit“.

Kontakt:
johannes.resch@t-online.de

UNO-Charta contra Militäreinsätze

Verratenes Völkerrecht

Dieser Abhandlung liegt positives Recht zugrunde. Sie bezieht sich auf völkervertragliche Vereinbarungen, die für die Vertragsschließenden nach wie vor verbindlich sind. Sie legt den Sinn der völkervertraglichen Vereinbarungen zum Zeitpunkt des Abschlusses der Verträge, insbesondere der NATO-Charta, zugrunde und soll und will keine Abrechnung mit gemachten Fehlern sein.

von Hermann Striedl

Die UNO wurde von Völkern aller Couleurs ins Leben gerufen, von kapitalistisch orientierten Nationen ebenso wie von sozialistischen oder kommunistischen, von Demokratien eben so wie von Monarchien oder Diktaturen. Grund dieses Zusammenschlusses war die Erkenntnis, dass der Krieg das größte Übel der Menschheit ist. Alle Menschen, gleich welcher Kultur, gleich welcher Religion oder Weltanschauung, sollten in Zukunft vor der Geißel des Krieges bewahrt werden.

Um dies zu verwirklichen, schlossen die Völker der Welt – es sind inzwischen 193, darunter alle bedeutenden – einen völkerrechtlichen Vertrag: die UNO-Charta. Sie verpflichten sich, auf Gewalt in internationalen Beziehungen zu verzichten. Sie waren sich einig, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf. Sie schlossen sich zusammen, um Kriege zu verhindern und Konflikte mit friedlichen Mitteln zu lösen. Vor allem schlossen sie sich zusammen, um der UNO die Aufgabe der Friedenssicherung zu übertragen. Nicht mehr ein einzelner Staat, sondern allein die UNO soll dafür zuständig sein.

Und heute, 65 Jahre später? Die UNO-Charta gilt auf dem Papier immer noch. Tatsächlich wird sie jedoch nicht mehr beachtet. Kriege sind inzwischen wieder ein Mittel der Politik. Angriffskriege finden wieder statt. Mächtige Staaten und Staatenbündnisse setzen alles daran, die UNO unter ihren Einfluss zu bringen. Sie versuchen, feststehende Begriffe wie „Friedenssicherung“, „internationale Sicherheit“ oder „Angriffskriege“ im Interesse ihrer nationalen Machtinteressen neu zu interpretieren. Wie kann dies sein?

UNO-Charta verbietet Krieg als Mittel der Politik

Die auf Frieden zwischen den Völkern bezogenen völkerrechtlichen Vereinbarungen sind nach

1945 auf deren Entscheidungen Einfluss zu nehmen und nationale Interessen durchzusetzen. Trotzdem wurden die Grundsätze der UNO-Charta und deren Verbindlichkeit die ersten Jahrzehnte nicht in Frage gestellt.

1991 forderte der US-Präsident George Bush eine neue Weltordnung in der die USA die monopolare Führung in der UNO innehaben.

wie vor für alle in der UNO vereinten Völker verbindlich. Dies bedeutet grundsätzlich:

Die Völker verzichten unbeschränkt auf Krieg, auf militärische Auseinandersetzung, als Mittel der Politik. Angriffskriege sind Verbrechen gegen die Menschheit. Angriffskrieg ist jeder Angriff der bewaffneten Macht eines Staates gegen das Gebiet eines anderen Staates. Die Aufgabe der Friedenswahrung und der Beilegung von Konflikten zwischen den Völkern wird allein der Völkergemeinschaft übertragen.

Die UNO ist verpflichtet, internationale Konflikte ohne Gewaltanwendung zu schlichten. *Nur als letztes Mittel ist die Völkergemeinschaft berechtigt, Luft-, See- oder Bodenstreitkräfte zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit einzusetzen. Die Mitglieder der Vereinten Nationen sind verpflichtet, den Vereinten Nationen Streitkräfte zur Verfügung zu stellen.*

Für Deutschland ist weiter verpflichtend: *Streitkräfte dürfen nur zur Verteidigung eingesetzt werden.*

Obwohl die USA einer der Gründerstaaten der UNO waren, versuchten sie schon bald nach Vertragsabschluss im Jahre

Das änderte sich erst mit Ende der Sowjetunion und des von ihr geführten Warschauer Paktes.

Vorstellungen der USA widersprechen UNO-Charta

1991 forderte der damalige US-Präsident George Bush eine andere Weltordnung. Die Weltordnung, die der UNO-Charta zu Grunde liegt, geht von der Gleichwertigkeit aller Staaten aus. In der neuen Weltordnung sollen die USA als der einzig verbliebene Weltmacht die monopolare Führung in der UNO innehaben. Die Funktion der UNO soll nur noch darin bestehen, den USA bei der Umsetzung der von ihr propagierten neuen Weltordnung die Legitimation zu erteilen.

Die politischen Vorstellungen der USA widersprechen den Grundsätzen der UNO-Charta. Sie ändern jedoch nichts an der Verbindlichkeit der UNO-Charta für alle in der UNO vereinten Völker. Bedenklich ist, wenn einzelne Staaten der Völkergemeinschaft – so auch Deutschland – in ihrem Handeln agieren, als seien infolge der politischen Entwicklung die Grundsätze der UNO-Charta aufgehoben.

Dabei gilt aber nach wie vor:

Angriffskriege dürfen nicht geführt werden. Deutsche Streitkräfte dürfen nur zur Landesverteidigung eingesetzt werden. Sollte der Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährdet sein, so ist es alleine Aufgabe der UNO, Maßnahmen zu beschließen und durchzuführen, um die Gefährdung zu beseitigen.

Über Militäreinsätze darf nur die UNO entscheiden

Mit Kritik an der UNO versuchen die Regierungen einzelner UNO-Mitglieder – so auch die deutsche – zu rechtfertigen, nationale Machtansprüche oder Bündnisinteressen mit Gewalt durchzusetzen. Jedoch: Eine irgendwie geartete Rechtfertigung für Staaten, die in der UNO vereint sind, die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates mit Gewalt zu verletzen oder zu bedrohen, ist ausgeschlossen – Art. 2 Z. 4 UNO-Charta.

Wie sehr die Öffentlichkeit manipuliert wird, zeigt sich in der Diskussion über „Schutzverantwortung“ oder „humanitäre Intervention“. Es wird der Einsatz militärischer Gewalt gefordert, da es gelte, Menschen vor schweren Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Die UNO könne dies nicht gewährleisten, da die UNO-Charta in Art. 2 Z. 4 die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates gebiete. Deshalb sei jeder Staat aus dem Gesichtspunkt der Nächstenhilfe verpflichtet, gegebenenfalls auch ohne UNO-Mandat, einzugreifen.

Es ist nichts Neues, dass einzelne Staaten gegen ihre Bürger in menschenrechtsverletzender Art vorgehen. Es ist selbstverständlich, dass die UNO das aus humanitären Gründen verurteilt. Das rechtfertigt aber nicht, dass Einzelstaaten gegen die menschenrechtsverletzenden Staaten oder Regierungen mit Gewalt vorgehen. Aus guten Gründen ist ihnen dies durch die UNO-Charta untersagt. Andererseits widerspricht es der Grundidee der UNO-Charta nicht, wenn die UNO, die sich ja auch die Wahrung der Menschenrechte zur Aufgabe gemacht hat, mit ihren Mitteln für die Einhaltung der Menschenrechte sorgt.

Das völkerrechtliche Verbot, sich in die inneren Zustän-

digkeit eines Staates gehörenden Angelegenheiten einzumischen, kann nicht bedeuten, dass ein Staat ungehindert Verbrechen begehen kann. Die staatliche Souveränität der Nationalstaaten ist jedoch eine Grundvoraussetzung der zwischenstaatlichen Beziehungen und als solche völkerrechtlich anerkannt. Souveränität garantiert einem Staat das Recht, höchste politische Autorität nach innen und außen zu haben.

Staatliche Souveränität bedeutet aber nicht, dass ein Staat mit seinen Bürgern machen kann, was er will. Insbesondere bedeutet es nicht, dass Regierungen Menschenrechte in größtmöglicher Weise verletzen dürfen. Im Sinne der UNO-Charta unter Berücksichtigung der von ihr postulierten Menschenrechte kann staatliche Souveränität nur so interpretiert werden, dass eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates verboten ist, solange er nicht ganz erheblich gegen die in den Menschenrechtskonventionen niedergelegten Grundsätze verstößt.

Diese Einengung des Souveränitätsbegriffs ändert jedoch nichts an den Grundsätzen des Völkerrechts und an der Intention, die der UNO-Charta als völkerrechtlich verbindlichen Vertrag zu Grunde liegen: Krieg als

Nationale Interessen beeinflussen UNO-Sicherheitsrat

Immer wieder gibt es Kritik an der Praxis des politischen Handelns der UNO – teilweise berechtigt. Wenn mächtige Staaten das tun, geschieht es meist aus nationalen Interessen. Praxis ist, dass durch das Veto eines der fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates häufig Sanktionen gegen sich selbst oder gegen befreundete Staaten abgewandt werden.

Wenn das dazu führt, dass der UNO-Sicherheitsrat – unter Ausschluss von Waffengewalt – keine Maßnahmen anordnet, ist das bedauerlich, da ein gemeinsames Handeln der UNO wirksamer ist als das Handeln einzelner Staaten oder von Staatenbündnissen. Andererseits schließt die UNO-Charta nicht aus, dass einzelne Staaten oder mehrere Staaten gewaltfreie Sanktionen wie die Einstellung von Wirtschaftsbeziehungen, die Schließung von Botschaften, Demonstrationen usw. durchführen. Nur die Androhung oder die Anwendung von Gewalt ist ihnen nach der UNO-Charta untersagt.

Soweit durch das Veto eines ständigen Sicherheitsratsmitgliedes der Einsatz von Streitkräften durch die UNO verhindert

wurden, nicht mit den Grundsätzen der UNO-Charta vereinbar seien. Tatsächlich ist dies ein Manko. Der UNO-Sicherheitsrat ist ein politisches Gremium, das in seinen Entscheidungen nicht unbeeinflusst von nationalen Interessen ist. Zu Recht wird in der Literatur gefordert, ein unabhängiges Gericht zu installieren, das die Entscheidungen des UNO-Sicherheitsrats auf Übereinstimmung mit der UNO-Charta überprüft. Nach der UNO-Char-

sätze der UNO-Charta handeln. Die Mitglieder der UNO sind verpflichtet, keine Angriffskriege zu führen. Es ist ihnen untersagt, Gewalt als Mittel der Politik zu gebrauchen. Sie haben die Aufgabe der Friedenswahrung bedingungslos der Weltgemeinschaft übertragen.

Falls einzelne Nationen glauben, sie könnten sich nicht an die Grundsätze der UNO-Charta halten, dann können sie nicht mehr Mitglieder der UNO sein.



Foto: O. Fischer / pixelio.de

Skulptur des schwedischen Künstlers Carl Fredrik Reuterswärd vor dem UNO-Hauptquartier in New York City

Die politischen Vorstellungen der USA widersprechen den Grundsätzen der UNO-Charta, ändern jedoch nichts an ihrer Verbindlichkeit.

Mittel der Auseinandersetzung ist von den vertragsschließenden Völkern ausgeschlossen. Als Ausnahmen zugelassen sind militärische Einsätze – abgesehen vom Recht eines Landes auf Selbstverteidigung – nur für die UNO und nur als letztes Mittel unter den strengen Voraussetzungen des Kapitel VII der UNO-Charta. Allein die UNO und nicht irgendein Mitglied der UNO ist zuständig.

Streitigkeiten sind grundsätzlich immer mit friedlichen Mitteln zu beseitigen. Nur wenn das nicht gelingt, dann darf die UNO nach Vorgabe der Vorschriften des Kapitels VII UNO-Charta reagieren.

wird, ist das im Sinne der UNO-Charta. Wie die Praxis zeigt, sind es sehr oft in erster Linie politische oder wirtschaftliche Interessen eines oder mehrerer mächtiger Staaten, die sie nach dem Einsatz militärischer Mittel rufen lassen. Sollte tatsächlich der Weltfriede oder die internationale Sicherheit objektiv gefährdet sein, kann erwartet werden, dass ein Veto nicht erfolgt, dass friedliche Maßnahmen beschlossen und durchgesetzt werden und dass als letztes Mittel auch militärische Maßnahmen angewendet werden.

Bedenklicher ist die Beschwerde von Staaten, dass Maßnahmen, die gegen sie verhängt

ta könnten dies zwei Drittel der Mitglieder der Generalversammlung beschließen.

Zu Recht wird auch die Praxis des UNO-Sicherheitsrats kritisiert, einzelne Staaten oder Staatenbündnisse wie die NATO oder die EU mit der Durchführung der nach Art.42 für erforderlich gehaltenen militärischen Maßnahmen zu mandatieren. Die UNO-Charta verlangt in Art.42, dass die erforderlichen Maßnahmen von der UNO angeordnet und von ihr durchgeführt und kontrolliert werden. Die Mitglieder der UNO haben sich in Art.43 verpflichtet, dass sie dem UNO-Sicherheitsrat Streitkräfte zur Verfügung stellen. Bis heute, also über 65 Jahre nach Eingang dieser Verpflichtung, wurden entsprechende Abkommen jedoch nicht geschlossen.

UNO-Mitgliedschaft heißt: die UNO-Charta anerkennen

Es ist Verpflichtung aller in der UNO zusammengeschlossenen Völker, dass die UNO und ihre Organe in Übereinstimmung mit der UNO-Charta handeln. Es ist umgekehrt Aufgabe der UNO, dafür zu sorgen, dass ihre Mitglieder entsprechend der Grund-

Dann wäre es offenkundig, dass sie aus nationalen politischen Interessen aus einem Bündnis, dessen wichtigste und hervorragende Aufgabe die Friedenswahrung und die Vermeidung von Kriegen ist, ausgestiegen sind. Die UNO kann dann hieraus ihre Konsequenzen ziehen. Mit Sicherheit werden sich auch die mächtigen Staaten hüten, aus der Staatengemeinschaft ausgeschlossen zu sein. ■

Hermann Striedl

Jahrgang 1938, Jurist, war von 1967 bis 1969 Staatsanwalt und von 1969 bis 2003 Richter am Landgericht Regensburg.



2003 trat er der ÖDP bei, war von 2008 bis 2010 deren Stellvertretender Bundesvorsitzender und ist seit 2010 Mitglied der Bundesprogrammkommission sowie Vorsitzender des Bundesarbeitskreises „Demokratie, Außen- und Europapolitik“. Außerdem ist er Mitglied bei Mehr Demokratie und Pax Christi.

Kontakt: h.striedl@gmx.de

Religion und Aufklärung

Christliche Werte in der Politik

Auch im 21. Jahrhundert zeigt sich in vielen politisch-religiösen Konflikten, dass religiöse Wertvorstellungen oft nicht mit denen unserer „aufgeklärten“ Gesellschaft übereinstimmen. Wie sollen wir damit umgehen? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir zuerst das Verhältnis von Religion und Ethik – also auch das von Glaube und Vernunft – klären.

von Johannes Grössl

Angela Merkel sagte im vergangenen Jahr bei einer Rede: „Wir fühlen uns dem christlichen Menschenbild verbunden, das ist das, was uns ausmacht.“ Außerdem meinte sie, wer das nicht akzeptiere, „der ist bei uns fehl am Platz“. Doch gibt es überhaupt eine einheitliche Vorstellung von diesem Menschenbild? Wodurch unterscheidet es sich vom Menschenbild der Aufklärung, vom Humanismus? Ist die Rede von christlich-abendländischen Wertvorstellungen, vom christlichen Menschenbild und von der religiösen Prägung unserer Kultur nur eine politische Floskel um Wählerstimmen einzufangen?

Merkels Rede wurde von Laiisten, Religionskritikern und Atheisten äußerst negativ bewertet. Gegen den Angriff, sie würde die Trennung von Staat und Kirche aufheben, muss man die Bundeskanzlerin aber verteidigen: Sie sprach ja nicht vom christlichen Glauben, sondern vom christlichen Menschenbild. Doch trifft ihre These wirklich zu? Selbst, wenn man von den negativen Seiten der christlichen Geschichte absieht und die Zehn Gebote oder die Lehren Jesu in den Vordergrund stellt, erkennt man einige Differenzen zwischen den als Menschenrechte verkündeten Normen und manch christlichen Lehren.

Dabei haben die Menschenrechte, auch wenn diese später teilweise gegen die Macht der Kirche durchgesetzt werden mussten, eindeutig christliche Wurzeln und sind schon im mittelalterlichen Naturrechtsgedanken angelegt. Naturrechte sind rein durch die Vernunft erkennbare Rechte und unabhängig von Religionszugehörigkeit oder göttlicher Offenbarung einsichtig

und verpflichtend. Diese naturrechtliche Tradition hatte auch politische Konsequenzen, denkt man nur an die päpstliche Bulle *Sublimis Deus* aus dem Jahr 1537, die die Versklavung der indianischen Ureinwohner von Amerika und prinzipiell aller Menschen verbot. Dabei verteidigte Papst Paul III auch das Recht aller Menschen auf Freiheit und Eigentum. Der Dominikanermönch Bartolomé de Las Casas

verwendete zu dieser Zeit den Begriff *Menschenrechte* in seinem Einsatz für die Rechte der Indios in Peru. Die auch die in der Kirche oft gebilligte Unterdrückung und Sklaverei schrieb Las Casas dem Einfluss der griechischen Philosophie zu: „Wenn Aristoteles behauptet hatte, es gebe Sklaven von Natur aus, umso schlimmer für die Philosophie dieses Heiden!“ Jeder Mensch habe das Recht, den christlichen Glauben kennenzulernen und sich frei dafür zu entscheiden; daraus folgen, so argumentierte Las Casas, grundlegende Menschenrechte.

Obwohl diese Rechte heute als selbstverständlich gelten, waren sie damals revolutionär und nur schwer gegen die politische Elite durchsetzbar, die ja von der Sklaverei und Kolonialisierung enorm profitierte. Insgesamt jedoch, so der Politikwissenschaftler Henning Ottmann, kann man Las Casas als einen „Vordenker der Rechte der Menschen und der Völker“ bezeichnen.

Die Begründung von Normen

Wie begründet man aber nun ethische Normen? Ein Verweis auf ein bestimmtes Menschenbild ist dafür sicher nicht ausreichend. Denn dann stellt sich die Frage, wie denn ein bestimmtes Menschenbild begründet ist. Worin sind Werte und daraus abgeleitete Normen letztlich begründet? Vereinfacht dargestellt

lungen zwischen den Kulturen, die evolutionären Vorteile von altruistischen Handlungen innerhalb einer abgegrenzten Gesellschaft. Dagegen spricht aber die Bedeutung des Wortes „Norm“. Angenommen, ein Mensch oder eine Gesellschaft kann sich seine bzw. ihre Regeln selbst setzen und beliebig verändern, so muss sich niemand gegen den eigenen Willen einer Norm unterwerfen. Ein Mensch kann vernünftig einsehen, dass es für die Gesellschaft am besten wäre, wenn er die Norm einhielte; aber diese Einsicht würde ihn nicht automatisch dazu verleiten auch das zu tun, was am besten für die Gesellschaft wäre, vor allem dann, wenn er persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen hätte.

Würde eine solche subjektive Ethik demnach nicht völlig ausreichen? In einem demokratischen Staat mit guten Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten verhalten sich doch die meisten Menschen gesellschaftstauglich, auch wenn sie nicht an objektive Werte oder sogar an Gott glauben. Doch dabei gibt es ein Problem: Fallen diese Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten weg, bricht Chaos aus. Man denke nur an Bürgerkriege oder auch an die bürgerkriegsähnlichen Zustände, die wir die letzten Jahre in Paris und London erlebt haben. Dort haben sich in manchen Stadtteilen Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem gebildet und Polizisten trauen sich zeitweise kaum mehr hinein. Rechte existieren in einer subjektivistischen Ethik nur so lange, wie jemand da ist, der das Recht anerkennt.

gibt es auf diese Frage drei mögliche Antworten.

- Möglichkeit 1: Gott hat die Normen erschaffen und kann sie beliebig ändern.
- Möglichkeit 2: Sie sind vernünftig und, weil die Vernunft objektiv ist, universell gültig und

... weshalb man auch für eine Pflicht zum ethischen Konsum und sozialen Engagement argumentieren kann.

für jeden Menschen einsichtig.

- Möglichkeit 3: Wir geben uns unsere Normen selbst bzw. sie haben sich durch die Evolution entwickelt.

Die letztgenannte Möglichkeit ist – vor allem im naturwissenschaftlichen Diskurs – heute die am meisten verbreitete Auffassung. Vieles spricht dafür: Die Veränderung der Wertvorstellungen und gesellschaftlicher Normen im Verlauf der Zeit, die Verschiedenheit der Wertvorstel-

Wenn ich z.B. im Iran lebe und im Einklang mit der Gesetzgebung gefoltert werde, gäbe es kein Recht, auf das ich mich beziehen könnte, wenn ich den Folterer anschreie: „Du darfst das nicht!“

Die Menschenrechte sind also ohne Bezug auf objektive – nicht vom Menschen konstruierte – Normen nicht begründbar. Sie sind ein „Affront gegen die Faktizität“. Wir glauben daran, dass es Rechte gibt, die so universell sind, dass es keinen Menschen

braucht, um das Recht anzuerkennen, damit es gültig ist. Wir glauben auch daran, dass diese Rechte vernünftig begründet werden können.

Wer objektive Menschenrechte ablehnt, kann sich nicht gegen das Recht des Stärkeren aussprechen. Ein solches führt aber letztlich zu einer Ideologie, die sich an Nietzsches Lehren und mit dem Nationalsozialismus verwandt ist. Hitler hat sie konsequent durchgehalten: Als sich die Niederlage Deutschlands abzeichnete, sprach er den Deutschen das Recht auf Leben ab, weil sie sich nicht als die Stärkeren erwiesen hatten.

Wenn wir die Menschenrechte aber akzeptieren, dann müssen wir auf eine der vorher genannten Möglichkeiten 1 oder 2 ausweichen: Die Normen sind universell gültig, entweder weil sie von Gott erschaffen wurden, oder weil sie vernünftig sind und die Vernunft selbst objektiv ist.

Gott, Vernunft und Moral

Wie das Verhältnis von Gott und Moral ist, wurde schon vor der Entstehung des Christentums diskutiert. Platon fragte, ob Gott etwas will, weil es gut ist, oder ob etwas gut ist, weil Gott es will. Wenn Gott durch seinen Willen allein festlegen kann, was gut ist, dann muss er uns seinen Willen auch mitteilen; durch bloßes Nachdenken kann dieser nicht ergründet werden. Gott muss daher – entweder durch Propheten, in einer Inkarnation oder durch das individuelle Gewissen – zu jedem Menschen sprechen.

Doch alle diese Ansichten wurden von der Religionskritik zur Zeit der Aufklärung stark angegriffen. Wie kann man Offenbarung von Lügengeschichten oder Halluzinationen unterscheiden? Wie kann man das göttliche Gewissen vom Freudschen Über-Ich unterscheiden? Warum sollte man Wunderberichten glauben, wenn diese zur Bekräftigung einander widersprechender Offenbarungsansprüche in verschiedenen Traditionen geltend gemacht werden?

Die Vorstellung von einem Gott, der den unwissenden Menschen mitteilt, was gut und was böse ist, ist trotzdem noch weit verbreitet. Viele Menschen verschiedener Religionen glauben,

eine bestimmte Botschaft sei von Gott diktiert und der Mensch müsse die enthaltenen Normen – ohne sie hinterfragen zu dürfen – bedingungslos annehmen und umsetzen. Andere haben ein blindes Vertrauen in ihr Gewissen oder Bauchgefühl, ohne die Folgen ihrer Handlungen wirklich zu durchdenken und abzuwägen.

sondern ist Teil des göttlichen Wesens: Gott ist die Vernunft. Gottes Allmacht geht daher nur soweit, dass Gott nichts logisch Widersprüchliches oder seinem Wesen Widersprechendes tun kann. Er kann – um ein berühmtes Bild zu verwenden – weder einen Stein erschaffen, der so schwer ist, dass er ihn selbst nicht heben kann, noch kann er durch

Jesus sagt nicht, ob wir Bankenspekulation, Abtreibung oder Präimplantationsdiagnostik zulassen sollten. Das müssen wir durch vernünftige Abwägung klären.

In der christlichen Tradition wurde viel über die Rolle der Vernunft im Glauben und in der Ethik gestritten. Die franziskanische Schule vertrat im 13./14. Jahrhundert, das Gute sei vollständig von Gottes Willen abhängig. Durchgesetzt haben sich aber die Anhänger des Dominikaners Thomas von Aquin, der dafür eintrat, dass Gott das Gute will, eben weil es gut und vernünftig ist. Die Vernunft selbst sei dabei nicht Gottes Willen unterworfen,

seine Willensentscheidung festlegen, dass das Böse zukünftig gut und das Gute zukünftig böse sei.

Mit einem solchen Gottesbild sind wir nicht mehr auf eine Offenbarung angewiesen, um zu wissen, was gut und böse ist. Jeder Mensch kann mithilfe seines Verstandes die Rechte und die Pflichten, die ihm als Mensch von Natur aus zukommen, herausfinden. Dass es solche autonomen Werte gibt, und dass die Menschenwürde zu diesen auto-

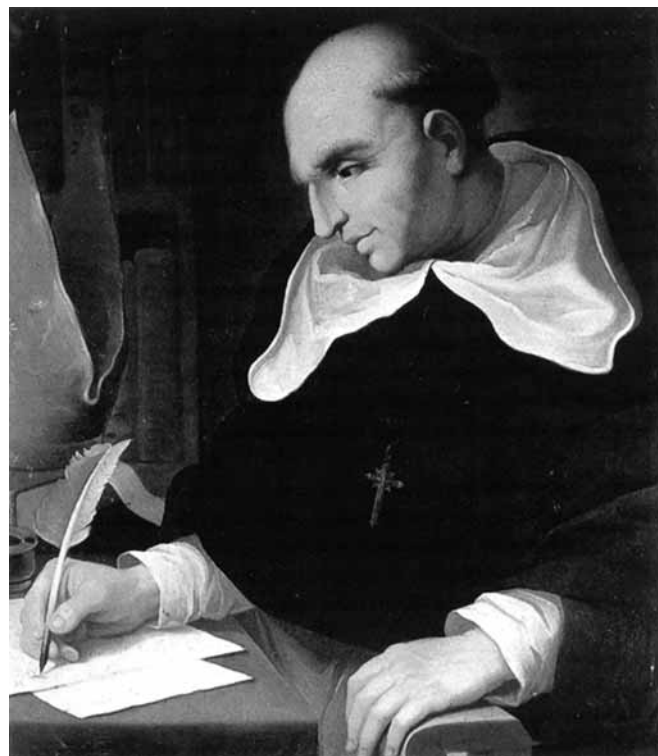
nomen Werten zählt, das akzeptieren mittlerweile auch (bzw. wieder) große Teile der christlichen Kirche. Das Werk „Autonome Moral und christlicher Glaube“ des Tübinger Theologen Alfons Auer gilt heute als Standardwerk der Moraltheologie.

Doch hier sehen wir einen eklatanten Widerspruch zwischen der Gleichsetzung von Menschenwürde mit christlichen Werten einerseits und reflektierten theologischen Auffassungen andererseits. Während die Gleichsetzung häufig von CDU-Politikern vertreten wird, sagt die Theorie der autonomen Moral, dass die Inhalte der Ethik gerade nicht im Glauben begründet werden dürfen. Gründete man die Normen im Glauben, wäre der Ungläubige demnach gar nicht zum rechten Handeln fähig.

Vernünftiges Handeln und gute Taten

Es gibt folglich nicht christliche und nicht-christliche Normen, sondern nur vernünftige Normen. Christliche Werte können darüber hinausgehen, aber diesen niemals widersprechen. Vernünftige Normen sind die Basis, die alle Menschen erkennen können und denen alle Menschen verpflichtet sind. Dazu gehören die Menschenrechte als Abwehrrechte des Einzelnen gegenüber anderen Menschen oder dem Staat und auch das Recht auf Eigentum.

Nicht eindeutig darunter fällt jedoch, was wir heute unter den sozialen Menschenrechten verstehen, manchmal auch als Menschenrechte der 2. Generation beschrieben: Anspruchs- und Teilhaberechte, die dem einzelnen Menschen das Recht auf Nahrung, auf soziale Sicherheit, auf Erholung und Freizeit, das Recht auf Ausbildung und Sicherheit bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Invalidität garantieren, dazu auch das Recht auf politische Mitbestimmung und Teilhabe am kulturellen Leben. Warum sollten wir fremden Menschen helfen? Sind wir dazu verpflichtet, einem Hungernden Nahrung zu geben, wenn wir keine Mitschuld an dessen Armut tragen? Sind wir dazu verpflichtet, uns in Vereinen und Parteien für Mensch, Tier und Umwelt zu engagieren, auch wenn wir dafür



Bartolomé de Las Casas (1484-1566) war Mitglied des Dominikanerordens und Bischof in den spanischen Kolonien Mittelamerikas. Bekannt wurde er durch seinen Einsatz für die Rechte der Indios. Seine Werke beinhalten einige der frühesten Anklagen gegen den Völkermord an den amerikanischen Ureinwohnern durch die Konquistadoren.

Wikipedia

persönliche Nachteile in Kauf nehmen müssen, zum Beispiel unser Privatleben vernachlässigen?

Solch eine Pflicht lässt sich nicht aus den Menschenrechten ableiten. Tatsächlich sind wir durch unseren Lebensstil indirekt für einen großen Teil der Armut in der Welt mitverantwortlich;

Der christliche Glaube liefert die Antwort auf die Frage: „Warum soll ich überhaupt vernünftig handeln?“ und ist deshalb für die Ethik unerlässlich.

deshalb kann man, selbst wenn man nur die Pflicht andere nicht zu verletzen annimmt, für eine Pflicht zum ethischen Konsum und sozialen Engagement argumentieren.

Doch sind wir zur Selbstlosigkeit verpflichtet? Es scheint eher Handlungen zu geben, die gut sind, aber nicht verpflichtend. Diese werden von Thomas von Aquin als supererogatorische Handlungen bezeichnet. Heilige sind nicht dadurch besonders, dass sie ihre Pflichten erfüllt haben, während alle Nicht-Heiligen keine guten Menschen sind, sondern Heilige haben sowohl ihre Pflichten erfüllt als auch viele weitere selbstlose Werke der Liebe vollbracht, viele sind sogar für ihren Glauben oder für ihre Mitmenschen in den Tod gegangen.

Wenn wir also sagen, unser Staatswesen basiere auf dem christlichen Menschenbild, meinen wir, dass es nicht funktionieren würde, wenn der Staat nur die grundlegenden Menschenrechte garantierte und sonst jeder einzelne bzw. jede Familie oder jeder Clan nur seinen eigenen Nutzen verfolgte.

Wir kennen einen solchen Ansatz durchaus vom starken politischen Liberalismus, den viele Republikaner in den Vereinigten Staaten verwirklichen wollen: Der Staat soll nur die Sicherheit der Person und des Eigentums garantieren und wirtschaftliche Monopole verhindern. Der Sozialstaat ist damit aber nicht vereinbar, er ist Folge eines christlichen Menschenbildes, er ist quasi die institutionalisierte Nächstenliebe. Diese Bezeichnung mögen viele für ungerechtfertigt halten, denkt man an die massiven Sozi-

aleinschnitte der Hartz-Reform und die immer noch bestehende Kinder- und Bildungsarmut in Deutschland; aber wir müssen im Auge behalten, dass nicht der Staat die Sozialleistungen zahlt, sondern die gesamte Gesellschaft. In einer Demokratie, die keine sozialen Menschenrechte garantiert, könnten die Sozialleistun-

gen theoretisch immer weiter heruntergefahren werden.

Mit sozialen Institutionen ist die christliche Soziallehre lange nicht erschöpft: Wenn sich in Deutschland niemand engagieren würde, ob in Parteien und Gewerkschaften, in Naturschutzvereinen, Kirchengemeinden, Kultur- und Musikvereinen, im freiwilligen sozialen Jahr oder im Bundesfreiwilligendienst, dann könnte unsere Gesellschaft nicht stabil funktionieren.

Normen sind keine Glaubensinhalte

In der Theologie des 20. Jahrhunderts wurde der Begriff der Offenbarung völlig neu betrachtet. Früher hat man sich vorgestellt, Offenbarung bedeute, dass Gott

Gottes Ebenbild geschaffen ist, gibt die Offenbarung in Jesus Christus also Auskunft über uns selbst, zeigt uns, was das Wesen des Menschen ist.

Die oft gestellte Frage „Was würde Jesus tun?“ ist also sehr relevant in der Frage nach dem christlichen Menschenbild. Und dabei gehen wir nicht davon aus, dass Jesus von Nazareth göttliche Eingebungen hatte, dass der Vater dem Sohn moralische Regeln diktiert; in diesem Fall wäre Jesus nicht, wie das Dogma lautet, ganzer Mensch und ganzer Gott. Um ganz Mensch zu sein, musste Jesus auf natürlichem Wege – und das ist der Weg der Vernunft, des Nachdenkens, des Abwägens und des Schlussfolgerns, vor dem Hintergrund der jüdisch-römischen Kultur, in der er lebte – zu seinen Überzeugungen gelangt sein. Jede übernatürliche Kraft, auch bezüglich seines Wissens, würde dazu führen, dass er nicht mehr zu einhundert Prozent Mensch ist, sondern eine Art Übermensch oder ein auf der Erde wandelnder Gott.

Obwohl immer wieder versucht wird, für jede ethische Frage biblische Unterstützung zu finden, sagt das Vorbild Jesu oder derer, die ihm nachfolgten, nichts darüber aus, ob wir Bankenspekulation, Abtreibung oder Präimplantationsdiagnostik zulassen sollten. Diese Fragen müssen wir durch vernünftige Abwägung

Eine gerechte Weltgesellschaft lässt sich nur dann erreichen, wenn wir in den westlichen Ländern massiv Konsumverzicht üben, was die ÖDP seit langem betont. Dieses Ziel können wir nur umsetzen, wenn wir alle, die wir uns den katastrophalen Folgen unseres übermäßigen Ressourcenverbrauchs, des Klimawandels und des Verletzens von Menschenrechten weltweit bewusst sind, viel Energie und Zeit für das politische Engagement nehmen, um dagegen anzukämpfen.

Fazit: Christlicher Glaube motiviert zur Vernunft

Das christliche Menschenbild vermittelt uns nicht konkrete Werte, die wir – wie die Menschenwürde – ja auch vernünftig erschließen können, sondern ist der Garant für die Objektivität der Vernunft und die existentielle Motivation zur Vernunft. Es ist Antwort auf die Frage „Warum soll ich überhaupt vernünftig handeln?“ und deshalb für die Ethik unerlässlich.

Wer ein christliches Menschenbild vertritt, macht sich bei komplizierten Fragen, ob sie in den Bereich des Lebensschutzes, der Ökologie, der Finanzkrise oder der persönlichen Lebensgestaltung fallen, viele Gedanken, informiert sich über die Folgen für alle auf Erden lebenden Menschen, im Jetzt und in der Zukunft



Johannes Grössl

Jahrgang 1985, studierte Katholische Theologie und Philosophie in München und Harvard. Zurzeit arbeitet er als Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Fundamentaltheologie der LMU München und ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Forschungsprojekt „Analytische Theologie“ der Universität Innsbruck. 2005 trat er in die ÖDP ein und ist seither Vorstandsmitglied im Bezirksverband München. Am 13.09.2011 hielt er in München den Vortrag „Christliches Menschenbild, Aufklärung, Humanismus – Worauf basieren die Werte unserer Gesellschaft?“, der Grundlage dieses Artikels ist.

Kontakt: www.johannes-groessler.de

oder ein von Gott legitimer Engel oder Prophet direkte Anweisungen an die Menschen übergibt, was sie tun und was sie lassen sollen, was gut und was schlecht ist. Heute versteht man – zumindest in der liberalen katholischen und protestantischen Theologie – darunter eher eine Selbstmitteilung Gottes; die Bibel selbst ist menschliches Zeugnis der Offenbarung, die Jesus Christus ist. Da der Mensch nach

selbst klären. Das Vorbild Jesu sagt aber, dass, wenn wir, unter Einbeziehung der Folgen für alle lebenden und zukünftigen Menschen, die vernünftige Antwort gefunden haben, wir diese auch umsetzen und dafür einstehen, selbst wenn es uns persönliche Nachteile bringt. Bei Jesus war dieser persönliche Nachteil der Tod am Kreuz; heute sind die Nachteile zum Glück viel geringer.

und wägt ab. Diese Abwägung macht sie oder er „im Zweifel für die Sicherheit“, das heißt unter Vermeidung von existentiellen Risiken für sich und andere; Wirtschaftliche oder persönliche Nachteile müssen dabei in Kauf genommen werden. Vernünftige Normen sind global und universell, und mir scheint es, dass in der ÖDP fast alle so denken – ob sie sich nun als Christen bezeichnen oder nicht. ■

Eine Bewegung von „unten“

Stadt im Wandel – Transition Town

Billiges Erdöl ermöglicht weltweites Reisen und Transporte, industrielle Landwirtschaft, billige Kleidung, Unterhaltungselektronik, Verpackungs- und Baumaterialien ... und viel Überfluss.

Wie sieht unsere Versorgung in 20 Jahren aus? In welcher Stadt möchte ich in Zukunft leben? Auf der Suche nach Antworten lernte Sieglinde Kersting, Regionalbeauftragte der ÖDP in NRW, Matthias Wanner und die Bewegung „Stadt im Wandel – Transition Town Münster“ kennen.

Sieglinde Kersting: Lieber Matthias, wie bist Du zu der Bewegung gekommen und was hat Dich überzeugt?

Matthias Wanner: Zum ersten Mal habe ich von Transition Town im Sommer 2009 gehört, über eine internationale Mailingliste zur Mobilisierung zum Klimagipfel in Kopenhagen. Schnell wurde mir aber klar, dass Transition Town sehr vielschichtig ist. Zum einen ist Transition ein handfestes globales Netzwerk, das sich den Ausbau der Unabhängigkeit lokaler Gemeinschaften (Dörfer, Städte, Regionen) von weltweiten Ressourcenschlachten auf die Fahnen geschrieben hat. Zum anderen ist Transition ein Konzept, wie man erfolgreich und integrativ aktive Gruppen gründen und aufrechterhalten kann. Und schlussendlich ist Transition viel mehr als „nur“ eine Aktionsform des Öko-Kommunalismus: es ist ein Kulturimpuls. Es werden viele Fragen gestellt, die auch die inneren Bereiche des Menschen betreffen, den inneren Wandel. Wie gehe ich mit mir selbst um, mit meinen Mitmenschen. Gerade dieser persönliche Bezug und die Psychologie des Wandels haben mich fasziniert.

Bist Du nur in Münster für Transition Town tätig?

Ich bin in erster Linie in Münster aktiv. Darüber hinaus habe ich diesen November an einer europaweiten Schulung des Transition Networks teilgenommen. Dieses Netzwerk ist in Südengland nach dem überwältigenden Erfolg in Totnes, der ersten „Transition Town“ entstan-

den und versucht die Ideen des ganzheitlichen Wandels weiterzuentwickeln und die Samen an anderen Orten zu säen. Ich wurde jetzt mit drei anderen Aktiven in den Trainer-Pool des deutschsprachigen Raums aufgenommen

zum inneren Wandel und Alternativenwährungen. Alle Infos mit Kontaktdaten finden sich im Netz unter www.transition-muenster.de. Deutschlandweit hilft die Seite www.transition-initiativen.de bei der Suche nach



Matthias Wanner, Alter: 26, Beruf: Student (Diplom-Psychologie und Politikwissenschaften), Leiter der Projektstelle „Transition Town“ im AStA der Uni Münster

men. Meine Trainingsaktivitäten werde ich 2012 aufnehmen.

Wie viele Städte im „Wandel“ sind schon entstanden?

Offiziell anerkannt sind bislang über 380 Orte, in mehr als 450 Orten gibt es verzeichnete aktive Transition-Gruppen.

Wie kann ich bei der Bewegung mitmachen, was gibt es für Gruppen in Münster? Wo und an wen kann ich mich wenden?

Hier vor Ort gibt es mehrere Möglichkeiten: es gibt den sehr niedrigschwelligen offenen Stammtisch an jedem 3. Freitag im Monat für Neugierige. Dann gibt es verschiedene Mailinglisten, in denen Interessierte Informationen zu Aktionen, neuen Gruppen etc. erhalten können. In Münster haben wir momentan neben einem aktiven Initiativkreis eine Gartengruppe und dazu einige wachsende Projekte sowie befreundete Initiativen

einer Initiative vor Ort kompetent weiter.

Wo gibt es Gartenprojekte in Münster?

In unserem Kreis gibt es bislang zwei Projekte. Das erste ist bzw. war ein Schrebergarten, der von einer aktiven Frau für alle als Gemeinschaftsgarten zur Verfügung gestellt wurde. Dort wurden für viele erste Erfahrungen gesammelt, die nun in ein wesentlich größeres und stadtnäheres Projekt fließen: den ersten mobilen und interkulturellen Gemeinschaftsgarten in Münster. Wir haben auf einer Bauerwartungsfläche in der Autofreien Siedlung einen Zwischennutzungsvertrag erhalten und möchten nach dem Vorbild der Prinzessinnengärten in Berlin oder der Küchengärten Limmer in Hannover einen flexiblen Mitmachgarten errichten.

Wenn eine Gruppe den Garten bestellt, vielleicht Geld und

viel Arbeit investiert hat und sich auf die Ernte freut; Wie sollen diese öffentlichen Flächen vor Dieben geschützt werden?

Eine berechnete Frage. Wir können in Münster leider mit keinen eigenen Erfahrungen aufwarten. Aus anderen Projekten können wir nur ableiten, dass Transparenz und Teilhabe ganz wichtig sind. Wenn der Garten schön gepflegt ist, häufig Ansprechpersonen vor Ort sind und ich überall Informationen bekomme, dass ich z.B. schon mit einer halben Stunde Mitarbeit Anrecht auf einen Teil der Tagesernte habe, dann sinkt natürlich auch die Diebstahlquote. Auch hier greift aber wohl der Kulturimpuls: wir möchten einen positiven Ansatz vermitteln, einen Ansatz, der gangbare Wege zu mehr sozialer und ökologischer Lebensqualität aufzeigt. Zäune, Schlösser und Wachposten sind deshalb gar nicht angedacht. Dennoch werden sich bestimmt auch Begegnungen ergeben, in denen wir das nicht vermitteln können und die uns auf die Probe stellen. Damit müssen wir leben und umgehen lernen.

Es gibt die Energiewende-, Regionalgeld-, Tauschringgruppe usw. Diese gab es ja auch schon bei der Agenda 21-Bewegung. Gibt es Unterschiede?

Ja, diese Gruppen gibt es vielerorts. Die Idee von Transition ist es, mit diesen Gruppen zusammenzuarbeiten. Ein gesellschaftlicher Lebenswandel braucht so viele Hände, Köpfe und Herzen wie möglich. Der Agenda 21-Prozess war und ist jedoch in erster Linie ein Ansatz „von oben“. Im Rio-Abschlussprotokoll unter § 28 wurde hier noch ein kurzer Zusatz eingebaut, dass die örtliche Bevölkerung in die Entscheidungen der Kommune einbezogen werden sollte. Dieser Schritt ist wichtig, Transition setzt aber noch stärker auf Ideen und Engagement „von unten“. Ohne den Einbezug von Politik und Wirtschaft lässt sich eine langfristige Veränderung nicht bewerkstelligen, das ist klar. Oftmals ist aber auf deren Einsicht oder eine grundlegend andere Strategie, z.B. die Abkehr vom Wachstumsparadigma oder der Zinsidee nicht zu warten – hier sind wir als freie Menschen also gefragt, selbst aktiv zu werden. ■

Ein Zeichen setzen

ÖDP will Bürger an Energiewende beteiligen

Dorfen – Einen unerwartet großen Zuspruch hat die ÖDP nach eigenen Angaben zum Start ihrer Kampagne für „Windkraft in Bürgerhand“ in Dorfen erhalten. „Während der Aktion sprachen sich alle Besucher am Infostand für die Energiegewinnung mit Windkraft aus“, berichteten Stefan Treffler und Rainer Forster. Eine Verspargelung der Landschaft hätten die Wenigsten befürchtet. Vielmehr hätten die Infostandbesucher klar gemacht, dass im Zeichen der Energiewende auch im Landkreis ein Zeichen gesetzt werden müsse. „Dort, wo es für die Gesundheit der Menschen un-

schädlich, landschaftsverträglich, umweltschonend und wirtschaftlich vertretbar ist, sollen Windanlagen errichtet werden“, so Forster. Neben dem Ziel, mit Hilfe von Windkraft eine möglichst 100-prozentige Stromversorgung aus erneuerbaren Energien zu erreichen, sei der ÖDP ganz wichtig, auch die Bürger an der Energiewende teilhaben zu lassen. Geht es nach den Ökodemokraten, sollen mögliche Windräder im Landkreis ordentliche Renditen für die Bürger bringen. Eine genossenschaftliche Lösung mit den Bürgern, die das Windrad im Blick haben, solle es sein. ar

Erdinger Anzeiger, 9.11.2011



Der erste Vorstand: Arno Kohlert, Manuel Dekielinski und Vorsitzender Rainer Buchholz. Foto: W. Wynands

ÖDP gründet Kreisverband

Mitgliederwerbung steht zunächst im Vordergrund

Eschweiler/Region. Seit Mitte der Woche ist es „amtlich“: Die Mitglieder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) in der Städteregion Aachen haben im Eschweiler „Culture Café“ den Kreisverband Städteregion Aachen gegründet.

Die anwesenden Mitglieder wählten den 35-jährigen Fahrlehrer und vierfachen Vater Rainer Buchholz aus Simmerath zu ihrem Kreisvorsitzenden. Als stellvertretender Kreisvorsitzender und Schriftführer wurde der Lehramtsstudent an der RWTH Aachen, Manuel Dekielinski (27 Jahre alt) aus Stolberg gewählt. Das Amt des Schatzmeisters

und Pressesprechers übernimmt der 56-jährige Kommunalbeamte Arno Kohlert aus Eschweiler. Zu Delegierten des Landesparteitages wählte die Versammlung Rainer Buchholz und Arno Kohlert und zu Kassensprüferinnen Isabella Mäuser und Roswitha Kohlert aus Eschweiler. In Zukunft werden die Ökodemokraten u.a. Stammtische abhalten. Im Herbst ist ein Familienfest in Aachen-Walheim geplant. Am 8.12. (19 Uhr, Kulturbahnhof Eschweiler) thematisiert der ÖDP-Stammtisch das vorweihnachtliche Thema: Halloween oder St. Martin? Welche Rolle spielt das Christentum noch in unserer Gesellschaft? Welche

Rolle sollte es auch im politischen Alltag spielen? Die Europawahl, aber auch die Landtagswahl in Bayern (wo die ÖDP besonders stark ist, in diversen Kommunalparlamenten sitzt und bei Landtagswahlen seit 1990 stabil bei 2 Prozent der Wählerstimmen liegt) stehen für die Ökodemokraten in nächster Zukunft im Vordergrund. Als erste Etappenziele für die nahe Zukunft nannte Buchholz die Steigerung der Mitgliederzahlen des Kreisverbandes und die Steigerung des Bekanntheitsgrades. Dazu sollen insbesondere auch die Stammtische beitragen, die die ÖDP in der ganzen Städteregion anbieten will. (olga)

Super Sonntag, Region Aachen, 27.11.2011

Nordanbindung

Ökobilanz entzweit Parteien

Die von Umwelt- und Gesundheitsminister Markus Söder präsentierte regionale Ökobilanz der Nordanbindung des Flughafens an die Autobahn ist von der CSU positiv aufgenommen worden. Grüne und ÖDP kritisierten die Ergebnisse heftig.

Söder hatte darauf hingewiesen, dass die Nordspange die Ziegelsteiner erheblich vom Verkehr entlasten würde und sich auch die Luftqualität in diesem Stadtteil erheblich verbessern würde (die NZ berichtete). „Wenn Söder meint, durch einen konstruierten Gegensatz zwischen ‚Hier Baumschutz – dort Menschenschutz in Ziegelstein‘ ein Pro für die Nordspange zu forcieren, beweist er seine Unkenntnis grundlegender ökologischer Zusammenhänge“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen-Fraktion im Stadtrat, Achim Mietzko. Die Metropolregion und auch Ziegelstein bräuchten in erster Linie einen unversehrten Bannwald, der mit dem Fällen von über 30000 Bäumen erheblich beschädigt würde. Die prognostizierte Verringerung des Verkehrs im Ortsteil Ziegelstein im Jahr 2020 sei schön gerechnet. Für Buchenbühl gelte dagegen: „Pech gehabt!“, so Mietzko.

Die CSU hält dem entgegen, dass aus gesundheitlichen Gründen der Nordspange zugestimmt werden könne. Außerdem sei der Bau der Nordspange nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch zu befrworten, das habe die wissenschaftliche Überprüfung ergeben, so der CSU-Fraktionsvorsitzende Sebastian Brehm. Die Erhöhung der Luftqualität und die Lärmreduzierung seien erhebliche Verbesserungen für die Lebensqualität der Anwohner. Für die Ziegelsteiner bedeute das eine enorme Entlastung und für die Buchenbühler keine neue Belastung.

Brehm bekräftigte nochmals, dass die CSU-Stadtratsfraktion eindeutig zum Projekt Nordspange stehe. An der Haltung der SPD, die erst 2013 entscheiden wolle, werde sich aber nichts ändern, so SPD-Fraktionschef Christian Vogel, der sich über die Vorgehensweise Söders wundert, weil weder ÖD Ulrich Maly noch Umweltreferent Peter Pluschke informiert wurden. „Es liegt auch kein formales Gutachten vor“, so Vogel. ÖDP-Stadtrat Thomas Schrollinger wirft Söder vor, „ein destruktives Infrastrukturprojekt“ grün anzustreichen.

André Fischer

Liebe ÖDP-Ierinnen und ÖDP-Ier!

Bitte beachten Sie bei Zusendungen für den Pressespiegel die folgenden Punkte:

1. Am besten sind Originalauschnitte (speziell wenn Bilder enthalten sind).
2. Wenn Sie Ihre Originale nicht schicken möchten, machen Sie bitte gute Kopien auf weißem Papier!
3. Vermerken Sie den vollen Namen und Erscheinungsort der Zeitung, nicht die Abkürzung. Geben Sie außerdem an, ob der Beitrag im Lokal-, Landes- oder im überregionalen Teil stand. Artikel, die wir nicht zuordnen können, werden nicht berücksichtigt.
4. Bitte unterstreichen Sie nicht. Schreiben Sie auch den Namen der Zeitung nicht mitten durch den Text.
5. Keine Artikel faxen, sie werden häufig unleserlich oder zumindest nicht reprofähig.

Vielen Dank!

ÖDP: »Nationalpark – Ja bitte«

Partei ruft zu sachlicher und vorurteilsfreier Diskussion auf

Bad Driburg (WB). Dass die Nationalpark-Gegner »Vorurteile ablegen« – dazu ruft die ÖDP in einer Stellungnahme zu der von CDU, UWG und FDP initiierten Diskussionsrunde (Bericht vom 17. November) auf. Ihre Zustimmung zu dem Projekt bringt die ÖDP Bad Driburg mit der Formel »Nationalpark – Ja bitte« pointiert auf den Punkt.

»Wozu ein Nationalpark?« Mit dieser Frage befasste sich die Bad Driburger ÖDP während ihrer jüngsten Sitzung. Für die Partei steht fest: »Die biologische Vielfalt im Wald soll vergrößert werden und ein Buchenwald sich ohne Eingriff des Menschen entwickeln. Fast 50 Prozent der Tiere und Pflanzen auf der Roten Liste sind durch die Forstwirtschaft bedroht.« Es stehe außer Frage, dass nachhaltige Forstwirtschaft betrieben wird, und das sei lobenswert, aber hinter allem stehe die Wirtschaftlichkeit. »Man lässt leider

nur geringe Anteile an Totholz stehen. Nur rund ein Fünftel der Bäume in deutschen Wäldern sind mehr als 100 Jahre alt, und genau das würde sich im Nationalpark ändern.«

Besonders Tiere und Pflanzen, die von den Verfallsprozessen der Bäume leben, »hätten wieder eine Chance«, argumentiert die ÖDP.

»Beweise hierfür gibt es sehr viele, und kaum jemand wird dies bestreiten. Das wäre die Grundlage für die Verbesserung der Biodiversität in den bundesdeutschen Wäldern und auch der Grund, warum die Bundesregierung in ihrem Waldbericht 2009 das Ziel formuliert hat, fünf Prozent des jetzigen Waldes bis 2020 sich selbst zu überlassen. Mit einem Nationalpark käme man dem Ziel ein ganz kleines Stück näher.«

Leider seien diese Gründe, wie bei allen Nationalpark-Diskussionen vorher, bei der Veranstaltung von CDU, UWG und FDP fast nicht zur Sprache gekommen, »und

wenn, wurden sie durch schallendes Gelächter begleitet. So nach dem Motto: was brauchen wir Fledermäuse«. Dieses sei noch von Dr. Andreas Wulf, Bürgermeister von Augustdorf, einem erklärten Gegner des Nationalparks, verstärkt worden, indem er gesagt habe, keines der Tiere, die im jetzigen Wald leben, würde durch die Befeuerung bedroht. »Er müsste es besser wissen«, entgegnet die ÖDP.

Diskutiert worden sei an diesem Abend fast nur die wirtschaftliche Seite. Natürlich sei es wichtig, dass ein Nationalpark nicht ein wirtschaftliches Fiasko werde. Deshalb habe der Kreis Lippe ein Gutachten in Auftrag gegeben. Die Firma Berger habe in ihrem Gutachten dargelegt, dass sich der Nationalpark auch wirtschaftlich rechne. Diesem Gutachten traue man nicht.

»Bei einer Berechnung von Wirtschaftlichkeit in die Zukunft sollte man schon vorsichtig sein. Aber interessant ist es doch, dass von

Seiten der Politik mit zweierlei Maß gemessen wird. Bad Driburger können da ein Lied singen. Dem Thermen-Gutachten haben seinerzeit die meisten bedingungslos geglaubt.« Klar, kein Mensch könne voraussehen, was in der Zukunft passiert. »Man kann nur auf Grund des Wissens von heute eine Prognose in die Zukunft erstellen«, räumt die ÖDP ein. Keiner könne sagen, ob und wie viel zusätzliche Gäste ein Nationalpark für die Region bringe. »Aber eines ist doch sicher: es kommen aufgrund der Einrichtung eines Nationalparks bestimmt nicht weniger.« Ein Nationalpark passe wunderbar zu den Projekten der erlesenen Natur im Kreis Höxter, für den der Kreis eine Menge Geld ausbebe, um den Tourismus zu stärken.

Bernd Bartsch, Ratscherr im Stadtrat Bad Driburg und stellvertretender ÖDP-Kreisvorsitzender: »Die Nationalparkgegner kann man nur auffordern, Vorurteile abzulegen und sachlich zu diskutieren. Vielleicht kommen alle dann doch noch auf einen gemeinsamen Nenner.«

»Vielleicht kommen alle doch noch auf einen gemeinsamen Nenner.«

Bernd Bartsch

Nürnbberger Nachrichten, 01.10.2011

Westfalen-Blatt Nr.281, 03./04.12.2011

Leserbriefe zum Titelthema

Missachtung des
Wahlheimnisses

Von Arnim sagt richtig: „Die Bürger können die Abgeordneten nicht frei und unmittelbar wählen, denn die Parteien geben sie ihnen weitgehend vor.“ Damit findet der wichtigste Teil der Wahlen in den Parteien statt. Wer seine Bürgerrechte voll ausüben will, muss deshalb in eine Partei eintreten. Dann wäre aber erst noch durchzusetzen, dass die Auswahl der Kandidaten für die Parlaments- und Kommunalwahlen demokratisch vor sich geht. Die Abstimmung darüber erfolgt nicht wie im öffentlichen Wahllokal zwingend hinter Wahlblenden – nein, die Stimmzettel werden in allen Parteien unter den Augen der Sitznachbarn offen ausgefüllt. Damit ist sicher gestellt, dass die Vorschläge der Parteiführung 1:1 umgesetzt werden. Eine handvoll Leute bestimmt damit, wer uns regieren darf. Es müsste also in allen Parteien zu einem Masseneintritt der Nachdenklichen kommen, um die Missachtung des Wahlheimnisses zu beenden und im nächsten Schritt eine ganz andere politische Klasse zu bekommen. Auch die Alternativstimme hätte eine Chance. Sucht man allerdings im Internet nach „Alternativstimme“, stellt sich heraus, dass sich bisher nur ganz wenige dafür eingesetzt haben. Sie ist immer noch weitgehend unbekannt. Näheres auf: www.demokratievonunten.blog.de

Alfred Mayer,
81827 München

Schlüsselfrage
Demokratie

ÖP 152 bricht Tabus – mit Beiträgen zu Wahlrecht, verlogener Politik und Verfassungsbruch. Eine Gesamtschau erscheint nötig. „Das Bundeswahlgesetz ist verfassungswidrig“ (Striedl). Doch „die etablierten Parteien haben selbstredend kein Interesse, ein „ehrliches“ Wahlrecht herbeizuführen“ (Benken). Wie sollte „echte (repräsentative) Demokratie“ (Striedl) Wahlverfälschungen beenden, wenn „Wahlen nichts am System verändern“?

Darum sieht das Grundgesetz Volksentscheide vor. Und zwar nicht nur bei Neuordnung der Länder. Denn „nur“ steht nicht im Grundgesetz. Vielmehr „geht alle Staatsgewalt vom Volke aus, ausgeübt in Wahlen und Abstimmungen“ (unabänderbar!). Zudem gebietet das Grundgesetz homogene Demokratie in Bund, Ländern (alle mit Volksentscheid) und Gemeinden (in denen „an die Stelle einer gewählten Körperschaft die Gemeindeversammlung treten kann“). Die Grundgesetz-Verfasser betonten „das demokratisch selbstverständliche Recht zum Volksentscheid“. Fazit: Volksentscheide sind deutlich geboten und vom Bundestag mit einfacher Mehrheit zu verwirklichen – damit das Volk u.a. ein ehrliches Wahlrecht schaffen kann. (...)

Die Scheindemokratie ist entlarvt, wenn nur noch 6% der Deutschen an ihre Mitbestimmung durch Wahlglauben. „Die Haltung der Parteien zur Demokratie verdient es ganz allein – vor allen anderen programmatischen Aussagen –, Wahlentscheidungen zu bestimmen“ (H.-U. Jörges im „Stern“). Diese Erkenntnis wächst. Darum hat eine „Piratenpartei“ aus dem Stand die 5%-Hürde übersprungen. In einer mitregierenden Lobbyisten-Partei begehrt die Basis gegen die „Euro-Rettung“ auf. Und die weltweite Occupy/99%-Bewegung hat im Grunde nur ein Thema: Demokratie. Darüber klärte die ÖDP seit Jahrzehnten auf. Warum wird sie heute überholt?

Dieter Kuhn,
91217 Hersbruck

Zum Beitrag „Der neue deutsche Militarismus und das Recht“

Grundsatzdiskussion
anregen

In seinem Beitrag hat Hermann Striedl unter Nennung von Rechtsgrundlagen dargelegt, dass ein „Auslandseinsatz der Bundeswehr“ gegen das Grundgesetz und gegen das Völkerrecht verstößt, dass sowohl darüber, als auch gegen die „Abschaffung der Wehrpflicht“ vorher keine öffentlichen Diskussionen erfolgt wa-

ren, und „Krieg wieder als Mittel der Politik“ begrüßt wird. Doch die wichtigsten zwei Sätze stehen schon zu Beginn seines Beitrags, nämlich: „Diese Abhandlung ist ein Aufruf an alle, die für Frieden und für die Ablehnung von Krieg als Mittel der Politik eintreten. Deshalb gilt es, in der deutschen Gesellschaft eine Diskussion um den Frieden und um das völker- und verfassungswidrige Verhalten der deutschen Politik in Gang zu bringen.“ Denn es fehlt am nötigen Ernst und Interesse der deutschen Bevölkerung. (...)

Hiermit möchte ich die ÖDP zu einer Grundsatzdiskussion anregen, was wir innerhalb der ÖDP noch zusätzlich tun können, um mehr Aufklärung und Weltfriedensverantwortung innerhalb der Gesellschaft erreichen zu können:

a) Aufklärung über die Gefahren in unserer Demokratie, die das „demokratisch abgestimmte Töten von Menschen“ begünstigen, z.B. durch verfassungsbedrohliche Parlamentsbeschlüsse unter gleichzeitiger Hinnahme durch die Bevölkerung oder durch leichtfertigen Umgang mit dem freien Wahlrecht und der Demokratie. Wir haben die Wahl, wählen Sie Krieg? O ja O nein

b) Wie kann man die aufrichtigen Grundgesetzgedanken zum Weltfrieden auch anderen Staaten gegenüber als Vorbild nahe legen bzw. diese Gedanken konsequent gegenüber seinen Bündnispartnern vertreten?

c) Formulierung und Einreichung einer Klage sowie Forderung der Bestrafung gegen die beteiligten Regierungsparteien und Gerichte, die sich entgegen der Mehrheit der Bevölkerung an verfassungswidrigen Bündnissen beteiligen, oder die entsprechende Richtlinien verfassen, um verfassungswidrige Auslandseinsätze der Bundeswehr am Grundgesetz vorbei zu legitimieren.

d) Diskussion darüber, zur bestehenden Völkergemeinschaft der UN eine internationale Alternative zu gründen, in der es kein Veto gibt, vor allem nicht für Staaten, die selbst Menschenrechtsverletzungen begangen haben und ihnen auferlegte Strafen nicht bezahlen, und in der es wirklich um die Einhaltung der Menschenrechte geht und um die Wahrung des Friedens, und nicht

so sehr um die Vertretung egoistischer nationaler Wirtschaftsinteressen oder gar das Anstreben von Weltherrschaft.

e) Lassen Sie uns nachdenken über die Abschaffung der Armeen. Anstelle benötigt die Völkergemeinschaft eine gestärkte Polizei (gemeint ist kein Polizeistaat!) und entsprechende Abkommen und internationale Gesetzesentwürfe, welche Kriegstreiber, Volksverhetzer, Diktatoren, Wafenhändler und Terroristen schon im Ansatz hinter Gitter bringt bzw. rechtlich entmachtet. Zum Töten von Menschen und für die Kriegsführung fehlt schon immer die Legitimation durch die Mehrheit der Menschheit! Mord wird schließlich in jedem Staat strafrechtlich verfolgt.

Liste der Staaten ohne Militär: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Staaten_ohne_Milit%C3%A4r

Liste der Streitkräfte mit Jahresbudget: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Streitkr%C3%A4fte_der_Welt

Ich möchte mich bei Hermann Striedl für seine Abhandlung bedanken, ihm aber auch gleichzeitig wünschen, dass er für die Zukunft in der ÖDP volle Unterstützung und Rückhalt für seine mutige Friedensarbeit erhält. Meine hat er.

Helmut Jenne,
83727 Schliersee

Zum Beitrag „Geld, Kredit und Zins“

Vorhandenes
besser verteilen

Die bis jetzt geltende Art des westlichen Zins verträgt sich offensichtlich nicht mit einer ökosozialen Marktwirtschaft; er spaltet in Arm und Reich, er sorgt in übersättigten Volkswirtschaften für Arbeitslosigkeit und in dessen Folge zu Überlastung der Staats- und Sozialkassen.

Um nun eine Neugestaltung des westlichen Zins zu ermöglichen kann man fragen: wie „wirtschaftet“ denn die Natur?: alle Mitglieder sind in die Stoff- und Energieströme der Erde so eingebunden, dass sie genügend Lebensraum und Nahrung vorfinden, um als Arten zu überleben, und keine Art kann (ohne menschlichen Einfluss) so stark

werden, dass sie ein ganzes Ökosystem zerstören kann durch Übernutzung.

Besonders sticht hervor: in der Natur gibt es keinen leistungslosen Energiegewinn – genau das aber ist der Zins! Die arabischen Volkswirtschaften kommen ohne den Zins aus; das sollte zu denken geben! Nun ist nicht nur der Zins leistungslose Geldvermehrung, sondern das ganze westliche Wirtschaftssystem, das zum großen Schaden für Erde und Mensch sich über die ganze Welt ausbreitet, wird vom Einbahnsystem Finanzwirtschaft angetrieben – weil aber alle Systeme auf der Erde nun mal Kreislaufsysteme sind, und wir die Grenzen des Wachstums schon weit überschritten haben, wirkt es jetzt so zerstörerisch in aller Welt.

Wie nun das Finanzsystem von Einbahnstraße auf Kreislauf umstellen? Es gilt: die Gewinne, die aus einer Volkswirtschaft gezogen werden, müssen wieder in diese zurückfließen. Genau dieser Geldkreislauf funktioniert nicht mehr in Deutschland und ähnlichen Volkswirtschaften, weil:

Wachstumsgrenzen überschritten sind und das Kapital deshalb ins Ausland flüchtet, die Produktionsrate viel zu hoch ist (50% Export), die Sozial- und Staatskassen völlig überlastet sind und ihre die Marktverwerfungen dämpfende Funktion nicht mehr erfüllen können und deshalb die Kaufkraft zu gering ist. (...)

Deutschland braucht kein BIP-Wachstum mehr, sondern das Vorhandene muss besser verteilt werden: Arbeit, Einkommen und Teilhabe an Kultur und Konsum. Der Zinsrückfluss ermöglicht das.

Also: die Umstellung des Finanzsystems von Einbahn auf Kreislauf wird erst durch diesen Zinsrückfluss möglich. Diesen Vorschlag stelle ich hiermit in der ÖDP zur Debatte!

*Werner Krebs,
88214 Ravensburg*

Wachstumswänge
führen zu Raubbau an
der Natur

Ich bin ausgebildeter Ökonom, war 40 Jahre in der Wirtschaft tätig, die letzten 20 Jahre in geschäftsführender Funktion (ich weiß also ganz gut, wie Wirtschaft funktioniert).

Seit mehr als 15 Jahren bin ich Mitglied der ÖDP, und war davon ein paar Jahre im Vorstand eines Kreisverbandes aktiv.

Vor Allem zu Beginn meiner Mitgliedschaft habe ich durch Vorträge und mündliche bzw. schriftliche Stellungnahmen versucht, Parteikollegen für das Thema „Geldsystem und Zinsproblematik“ zu sensibilisieren. Wer sich unvoreingenommen, qualifiziert und intensiv mit diesem Thema und der entsprechenden Literatur und den dramatischen aktuellen Fehlentwicklungen vor allem der Finanzwirtschaft auseinandersetzt, kann nur zu dem Schluss kommen, dass wir unsere Umweltprobleme und die Probleme sozialer Gerechtigkeit nur auf Basis einer radikalen Neuordnung des fehlerhaften Geld/Zinssystem lösen können. Die systembedingt!! exponentiell wachsenden Zinsansprüche einer relativ kleinen Bevölkerungsgruppe erzeugt Wachstumswänge, die zwangsläufig zum Raubbau an der Natur und zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft führen. Die Auswirkungen sehen wir täglich in den Nachrichten.

Als ich zu Beginn meiner ÖDP-Mitgliedschaft versuchte diese Problematik in der Partei zu thematisieren, hatte ich den Eindruck, mit meinen Einlassungen nicht besonders erfolgreich zu sein. Das Thema wurde in den Parteimedien so gut wie nie behandelt. Erst in letzter Zeit schien sich das zu ändern, in der „ÖkologiePolitik“ wurden Artikel von Helmut Creutz und Günther Moewes veröffentlicht.

Umso mehr hat mich nun der o.g. Artikel von U. Brehme erstaunt. Da Brehme Mitglied des Bundesarbeitskreises „Wirtschaft und Finanzen“ ist, muss ich davon ausgehen, dass seine Meinung mit der Parteiführung abgestimmt ist?! Und dann habe ich ein Problem, weil ich grundsätzlich keine Partei unterstütze, die einer derart wichtigen und weit reichenden Kernfrage die falschen Antworten gibt. (...)

*Franz Peter Feichtinger,
85540 Haar*

Sorgfältig durchgeführte
Ökobilanzen

In Zeiten der Geldmengenaufblähung verliert die Notenbank zusehends ihre Kontrollfunktion

der Steuerung der Geldmenge über den Zinssatz. Die wichtigen Geldverhalten spielen sich woanders ab. An den Börsen werden die staatlich eingepumpten Gelder nach Lust und Laune rauf und runter geschoben. Die Investoren nutzen lediglich die Staatspapiere für ein kurzes Pausenstellchen, um auf die nächsten Gelegenheiten zu warten, die sich an den Börsen bieten. Kreditzinsen schrauben sich in immer höhere Höhen, während sich die Habenzinsen in immer tiefere Gegenden bewegen. Es geht nicht darum, ob der Zins weiter Bestand haben soll. Es geht darum, dass nur noch sozusagen im positiven wirtschaftet wird. Jede Kreditgabe sollte ausgeschlossen werden. Die Habenzinsen werden dann zunächst sehr tief liegen. Mit der Zeit aber werden sie sich langsam in höhere Gefilde vorwagen können, da die Belastungen entfallen und die Betriebe nur noch aus dem Eigenkapital wachsen, bilden sich mit der Zeit höhere Kapitalstöcke.

Auch bei Unternehmensgründungen sind keine Kredite erforderlich, wenn man sich von hochtechnologischen Vorgehensweisen verabschiedet (mittlere Technologie). Somit darf der Zins sein, jedoch nur der positive. Die staatliche Förderung der Absetzung von Krediten muss beendet werden, da hierdurch das Wirtschaftswachstum zusätzlich, wie von Herrn Brehme beschrieben, angeheizt wird. Die von Herrn Brehme angebrachte Sicht, Ressourcen ließen sich, aufgrund ihrer schlecht möglichen Verbrauchszuordnungen nur schwer besteuern, muss ich verneinen. Durch sorgfältig durchgeführte Ökobilanzen lässt sich der Wert einer Ressource für den jeweils aktuellen zeitlichen und örtlichen Stand ziemlich genau berechnen. Man muss sich nur ein wenig Mühe geben. Einzig und allein die Finanzmarktjongleure bringen dieses aus dem Takt und müssen daher durch entsprechende Belastungen, wie beschrieben, eingedämmt werden. (...)

*Marco Schöler,
57234 Wilnsdorf*

Der legale Diebstahl
der Privatbanken

Die Annahme, dass am bestehenden Zinssystem vernünftigerweise nichts geändert werden sollte, ist ein unter Ökonomen weit verbreiteter Irrglaube. Die Begründung ist stets so schlicht wie problematisch. Man sagt, der Kreditgeber müsse für das Risiko entgolten werden, dass ihm sein Kredit möglicherweise nicht mehr zurückgezahlt werde. Diesen an sich wichtigen Hinweis hält man für einen hinreichenden Grund, das bestehende Zinssystem nicht in Frage zu stellen. In Wahrheit kann hiermit lediglich gezeigt werden, dass die private Kreditvergabe abzulehnen ist.

So wie das Straßennetz dem Autoverkehr dienen muss, so sollte auch das Finanzsystem dem wirtschaftlichen Verkehr dienen. So wenig man Straßen privatisieren sollte, so wenig sollte man dies mit der Kreditvergabe tun. Banken und Kreditvergabe gehören zu allererst in staatliche Hand! Danach könnten überschüssige Zinseinnahmen gezielt zur Verbesserung des wirtschaftlichen Verkehrs (also zum Gemeinwohl) eingesetzt werden.

Die Kritik ist damit in erster Linie nicht gegen den Zins als solchen zu richten, sondern gegen den Zins in Privathänden. Ein solcher Privatzins der nicht-staatlichen Banken, der hauptsächlich die Privatgier befriedigt, schadet letztlich dem Gemeinwohl und ist (unter anderem) die Ursache für die zunehmend ungerechte Verteilung des Geldes. Vor allem durch diesen Privatzins ist es möglich, dass man ohne gemeinwohlfördernde Arbeit Geld verdient! Wäre der Zins ausschließlich in den Händen des Staates, so ließen sich sehr viele vermeintlich unlösbare Finanzprobleme mit einem Schlag lösen. Eine freie Marktwirtschaft ist nur durch eine unfreie, staatliche Finanzwirtschaft zu gewährleisten, ebenso wie der freie Straßenverkehr nur durch eine unfreie Straßenwirtschaft zu erhalten ist. Gewährte der Staat Firmen und Privatpersonen die Freiheit, nach eigenem Belieben Autobahnen zu kaufen, käme es im Bereich des Straßenverkehrs zu ähnlichen Abhängigkeiten und Katastrophen, wie wir sie derzeit im Bereich der allgemeinen Wirtschaft erleben. (...)

*Andreas Schäfer,
72202 Nagold*

Ökologie *Politik*

intern

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

beim Bundesparteitag im Mai 2011 in Veitshöchheim ist mir in einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Quo vadis ÖDP?“ bewusst geworden, dass es nach der veränderten politischen Lage mit Fukushima und der Euro-Krise Zeit ist, das ÖDP Grundsatzprogramm zu überarbeiten. Wir haben daraufhin im Bundesvorstand eine kleine Arbeitsgruppe gegründet, um es mit Bedacht zu weiter zu entwickeln, um zu den aktuellen Problemen Lösungen anbieten zu können. Ziel dabei ist es auch, dass unser Profil deutlicher herausgearbeitet wird.

Im Internet (<http://7th.in/940>) haben wir dazu einige Seiten zusammengestellt. Ein Video sagt mehr als 1000 Worte, darum habe ich eine kleine Präsentation aufgenommen, die das Vorhaben bildlich vereinfacht vorstellt.

Das bisherige Grundsatzprogramm

Das Grundsatzprogramm (GP) der ÖDP ist das, was die Partei im Innersten zusammenhält. Viele Mitglieder sind deshalb in die ÖDP eingetreten. Es ist mehr oder weniger die Bibel der ÖDP. Diese schreibt man nicht einfach um. Aber wenn man sich das GP genauer anschaut, so ist es in einer Zeit geschrieben worden, in der es noch keinen gesellschaftlichen Konsens über einen Atomausstieg gab, in der die Welt kein Internet hatte und auch keine Euro-Finanzprobleme. Daher ist es an der Zeit, jetzt das GP an die heutigen Herausforderungen anzupassen. Es gilt, nicht alles neu zu erfinden, aber es muss auch nicht mehr der IST-Zustand der 80er und 90er Jahre erklärt werden. Auch muss die Sprache auf einfache Verständlichkeit hin überprüft werden. Neben dem GP soll auch das Papier „Mut zum Wandel“ einfließen. Um die Diskussion anzustoßen, hat der Bundesvorstand ein Rahmenkonzept entwickelt.

Aufbau des erneuerten Grundsatzprogramms

Das erneuerte Grundsatzprogramm soll uns klar von anderen Parteien abgrenzen, unsere Alleinstellungsmerkmale deutlich herausstellen und klare Themen auf die Agenda bringen! Wir haben ganz bewusst das Bild eines Baumes gewählt, der durch Wurzeln geerdet ist, aus denen alles entspringt. Der einen festen Stamm hat, der sich verzweigt und starke Äste eine Krone tragen, die weiter wachsen kann, dem Himmel entgegenstrebt, Früchte hervorbringt und vielen Lebewesen einen vielfältigen Lebensraum bietet. Sozusagen eine Vision unseres Zusammenlebens.

Erste Überlegungen zu den einzelnen Bereichen

- Wurzel: Ethik und Menschenbild?
- Stamm: Bildung
- 1. Ast: wachstumsloser Wohlstand?
- 2. Ast: soziale Gerechtigkeit?
- 3. Ast: Demokratie?
- Krone: Vision

Im Internet finden Sie bereits genauere Ausführungen zu den einzelnen Bereichen.

Die Namen der Bereiche sind momentan Arbeitstitel. Sie sollen später auf einfache Verständlichkeit überprüft werden. Ideen hierzu sind jederzeit willkommen.



Zeitplan

Wir wollen das neue Grundsatzprogramm nicht überstürzen, es aber auch rechtzeitig vor dem Wahlmarathon 2013/14 fertig haben. Wichtig ist vor allem, dass sich auch die Basis der Mitglieder mit einbringen kann.

Themensammlung

Daher haben wir in einem ersten Schritt gemeinsam eine Themensammlung mit den Bundesarbeitskreisen erstellt: Was kann alles aus dem bisherigen Grundsatzprogramm übernommen werden? Was muss überarbeitet werden? Was soll weggelassen und welche Themen sollen neu aufgenommen werden?

Vier Thementage

Im Februar und März wollen wir zu den einzelnen Säulen (wachstumsloser Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Bildung) einen Thementag mit Vertretern von verschiedenen Verbänden (z.B. Mehr Demokratie e.V., BUND, Greenpeace, Attac, Campact, kirchlichen Verbänden, Lehrerverbänden, usw.) abhalten, um uns inhaltlich besser zu vernetzen und gemeinsam mit interessierten Mitgliedern die Themen zu diskutieren.

1. Entwurf

Auf dem 1. Bundesparteitag 2012 am 21./22. April in Hannoversch Münden soll dann ein erster Entwurf vorgestellt und diskutiert werden. Der daraus entstehende Text soll von externen Lektoren auf einfache Verständlichkeit überprüft werden. Es soll noch keine endgültige Beschlussfassung erfolgen, sondern lediglich Zwischenschritte vom Parteitag festgelegt werden.

Diskussion vor Ort

Der Bundesvorstand wird im Sommer 2012 auf einer Vortragsreise mit Regionalkonferenzen durch die Kreisverbände diesen Abstimmungs-Entwurf mit der Basis der Mitglieder vor Ort diskutieren. Im Internet kann sich auch jeder an der Diskussion beteiligen.

Beschlussfassung

Am 2. Bundesparteitag am 10./11. November 2012 in Erding soll dann das endgültige Grundsatzprogramm beschlossen werden.

Mitarbeit erwünscht

Der Bundesvorstand hat zwar die Initiative zur Überarbeitung des GP ergriffen, er ist aber auf die Mitarbeit der ganzen Partei angewiesen. Jedes Mitglied und jeder Interessierte ist aufgerufen mitzuarbeiten. Im Internet starten wir demnächst ein Forum zur Diskussion und wollen auch Abstimmungsprozesse über Liquid Democracy abwickeln. Auch finden Sie dort alle aktuellen Termine und den Fortschritt der Entwicklung. Wir würden uns freuen, wenn Sie bei diesem spannenden und wichtigen Prozess mit dabei sind und sich rege einbringen.

Für die Arbeitsgruppe des Bundesvorstandes

Sebastian Frankenberger
und Claudius Moseler (Kontakt: claudius.moseler@oedp.de)

„Yes, we can“

Unter diesem Motto erscheint diese neue ÖP-Rubrik. Im Zentrum stehen die „Superwahljahre“ 2013/2014 – und die langfristige Vorbereitung und Motivation. Die bedeutsamsten

Wahlen sind die Landtagswahl in Bayern 2013 und die Europawahl 2014. Hinzu kommen die Bundestagswahl 2013 sowie Kommunalwahlen in 11 Bundesländern 2014. Einzelne Bausteine

der neuen Rubrik sind u.a.: Infos, Veranstaltungen, Aktionsideen, Erfolgsnotizen sowie ein Zeitstrahl mit wichtigen Etappen und Terminen. Verantwortlich: Werner Roleff

Die Stimmen der Anderen (zum 5 %-Urteil des Bundesverfassungsgerichts)

„Nunmehr wurde das Kartell der politischen Klasse an einer empfindlichen Stelle geknackt.“
(Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim)

„... bei der Bundestagswahl sowie bei den Landtagswahlen ... fallen massenhaft Wählerstimmen unter den Tisch ... Die ÖDP sollte darüber nachdenken, nach einer der nächsten Landtagswahlen juristisch gegen die jeweilige 5 %-Hürde vorzugehen.“
(Dr. Michael Efler, Mehr Demokratie e.V.)

„Ich wünsche Ihnen und Ihrer Partei ... für die nächsten Europawahlen in 2014 viel Erfolg.“
(Silvana Koch-Mehrin, MdB, in einem Brief an Sebastian Frankenberger)

Rückblick

24./25.09.11 → Gemeinsame Tagung von Bundesvorstand und Landesvorstand Bayern

15.10.11 → Treffen Bundesvorstand und alle Landesvorstände, Startschuss für erneuertes Grundsatzzprogramm

30.10.11 → Landesparteitag mit Landesvorstands-Wahl in Schleswig-Holstein

09.11.11 → Bundesverfassungsgericht kippt 5 %-Hürde bei Europawahl

Was steht an? Was können wir tun?

Landesverbände

→ Planung/Vorbereitung der Landesparteitage zur Bundestagswahl-Listenaufstellung (auch im Blick auf Kommunalwahlen)

Kreisverbände

→ Planung/Vorbereitung der Mitgliederversammlungen zur Aufstellung von Bundestagswahl-DirektkandidatInnen

Mitglieder/Interessierte

→ Besuch von Bundesparteitag, Landesparteitag, Mitgliederversammlung
→ sich bei Verwandten, Freunden, KollegInnen als ÖDP'ler „outen“

Ausblick

März 2012 → Jubiläumsveranstaltungen in Planung (Gründung der ÖDP am 06./07.03.1982 in Bad Honnef/NRW)

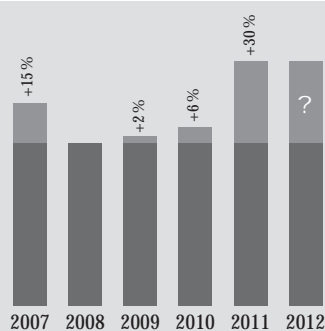
11.03.12 → OB-Wahl in Mainz

17./18.03.12 → LPT Baden Württemberg

21./22.04.2012 → Bundesparteitag in Hann. Münden

05.05.12 → LPT Bayern und Hessen

16. – 20.05.2012 → Katholikentag in Mannheim mit ÖDP-Beteiligung



Spendenentwicklung 2007 – 2011

Die Spendenentwicklung zeigt gemessen am Ergebnis 2008 (= 100 %) eine erfreuliche Tendenz. In 2011 (Stand Nov.) liegt die ÖDP bereits 30 % über den Spendeneinnahmen von 2008. Herzlichen DANK!

Auch in den Jahren 2012 – 2014 würden wir uns über großzügige Spenden freuen, da dies für erfolgreiche Wahlkämpfe von großer Bedeutung ist und auch jeweils für höhere staatliche Mittel sorgt.

Anregungen

Wer hat Ideen, Fragen, Beiträge, konstruktive Kritik zu dieser neuen ÖP-Rubrik? Bitte bis 01.03.2012 melden: florence.bodisco@oedp.de, werner.roleff@oedp.de

Interessante Links

www.wahlrecht.de (Wahltermine, Umfragen, Gesetze, Aktuelles)

Zeitstrahl (Ausgewählte Wahltermine – noch unbestätigt)



Zweiter großer Erfolg für IGHZ

Kreistag beschließt Austritt des Harzkreises aus Verein InnoPlanta e.V.

Die Interessengemeinschaft Gentechnikfreie Landwirtschaft im Harzkreis (IGHZ) setzt sich bereits seit mehreren Jahren für eine „gerechte und nachhaltige Landwirtschaft ohne Gentechnik“ ein. ÖDP-Mitglieder des Landesverbandes Sachsen-Anhalt unterstützen aktiv die Arbeit der Interessengemeinschaft.

von Janett Rehmann, Regionalbeauftragte der ÖDP in Sachsen-Anhalt

Ein erster Erfolg war die Ankündigung des Rückzuges des Bistums Magdeburg der katholischen Kirche im Jahre 2008 aus dem Engagement im Biopark Gatersleben. Gerade auch aufgrund des öffentlichen Druckes hatte sich die katholische Kirche zu einer Umkehr entschlossen. Der zweite große Erfolg für die IGHZ war der Beschluss des Kreistages im Oktober 2011 für den Austritt des Landkreises Harz aus dem Lobbyverein InnoPlanta e.V.

Mit viel Engagement hat die Interessengemeinschaft maßgeblich dazu beigetragen, dass der durch die SPD eingebrachte Antrag im Kreistag Erfolg hatte. So wurden viele Kreisräte persönlich angesprochen, auf Ausschusssitzungen Briefe an die Mitglieder übergeben, alle Kreistagsmitglieder nochmal per Brief angeschrieben, Kontakte zum örtlichen Bauernbund und regionalem Ökohöfeverbund aufgebaut, Presseartikel geschrieben und nicht zuletzt eine kleine Demo vor der Kreistagsitzung organisiert. Vor allem der Landrat des Harzkreises und die CDU- und FDP-Fraktion des Kreistages setzten sich vehement für eine weitere Mitgliedschaft im Verein InnoPlanta ein. Trotzdem hat sich im Kreistag eine klare Mehrheit der Räte für den Ausstieg aus dem Lobbyverein entschieden. Argumentationshilfe für die Kreisräte waren hierbei vor allem die Briefe der IGHZ.

„Die Entscheidung hat gezeigt, dass eine direkte Einflussnahme durch die Bürger zum Erfolg führen kann“, so Sprecherin der Interessengemeinschaft und Regionalbeauftragte der ÖDP,



Vertreter der Interessengemeinschaft und der ÖDP protestieren vor der Kreistagsitzung am 26. Oktober 2011 in Halberstadt für den Austritt aus dem Verein InnoPlanta e.V.

Janett Rehmann. Seit Jahren war der Harzkreis Mitglied im Verein InnoPlanta und hat einseitige Lobbyarbeit betrieben. Die Interessengemeinschaft stellte berechtigt die Frage: Kann, soll, muss ein Landkreis Mitglied in einem Lobbyverein sein, dessen Anliegen Anwendung der Agrotechnik in der Landwirtschaft breiteste Ablehnung über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg erfährt? Ist es für existenziell bedrohte Kommunen wirklich sinnvoll, Mitglied in einem Verein zu sein, der in seiner Satzung Lobbyarbeit pro Gentechnik als Vereinszweck definiert? Kann es in Zeiten knapper Kassen vernünftig sein, öffentliche Mittel, Arbeitskraft und Energie dafür aufzuwenden, die rational begründete Ablehnung in der Bevölkerung umzudrehen? Der Austritt des Harzkreises aus dem Verein InnoPlanta ist weder das Ende der Gentechnik in der Region, noch gar eine Entscheidung gegen Institutionen oder Unter-

nehmen und ihre Arbeitsplätze. Es ist aber sehr wohl ein Signal dafür, dass eine jahrelange einseitige Lobbypolitik gegen breiteste Bevölkerungsschichten und die mittelständische bäuerliche Landwirtschaft ein Ende findet. Mit dem Austritt ist es dem Landkreis erstmals möglich, auch biologische oder traditionelle, in jedem Fall aber gentechnikfreie Landwirtschaft wenigstens gleichberechtigt zu unterstützen“, so Rehmann. ■

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Nichtmitglieder und neue Mitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Die Online-Ausgabe ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 1. März 2012.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommersgasse 1, 97070 Würzburg
Tel. (09 31) 4 04 86-0
Fax (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Caroline-Herschel-Straße 23
81829 München
guenther.hartmann@oedp.de
Florence von Bodisco (fb)
Erich-Weinert-Straße 134
10409 Berlin
florence.bodisco@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Ulrich Brehme
Sebastian Frankenberger
Johannes Grössl
Edgar Guhde
Sieglinde Kersting
Urban Mangold
Janett Rehmann
Dr. Johannes Resch
Felix Staratschek
Hermann Striedl
Bernhard Suttner

Gastautoren

Lina Brink
Dr. Rainer Hagencord

Interviewpartner

Prof. Dr. Claudia Kemfert
Klaus Mrasek
Prof. Dr. Niko Paech
Matthias Wanner

Fotosatz und Anzeigenvertrieb

naturnah – Agentur und Verlag für Natur und Qualität
Inh.: Hans Amann
Brahmstr. 25, 93053 Regensburg
Tel. (09 41) 46 52 17-60

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik,
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409
Berlin
Tel. (0 30) 49 85 40 50
florence.bodisco@oedp.de

Bankverbindung

VR-Bank Würzburg
BLZ 790 900 00, KtoNr. 74 080

Die Redaktion behält sich die Kürzung eingesandter Beiträge vor. Mit Namen gekennzeichnete Artikel sind nicht unbedingt Meinung der ÖDP oder der Redaktion.

ÖkologiePolitik wird auf 100 % Recycling-Papier gedruckt.

ÖDP-Messestand zum Ausleihen

Der neue ÖDP-Messestand kann bei der Bundesgeschäftsstelle ausgeliehen werden und wird in zwei Paketen versendet. Er ist jedoch nicht für Einsätze im Freien verwendbar und sollte pfleglich behandelt werden. Mehr Infos bei Martin Eichler, Tel. 09 31 4 04 86 11, martin.eichler@oedp.de.



Baden-Württemberg

Stuttgart 21
und Neckarwestheim

Die Volksabstimmung zum Tiefbahnhof Stuttgart 21 ist gelaufen: 41,2% der Bevölkerung Baden-Württembergs (= 1.509.264 Ja-Stimmen) haben sich für einen Ausstieg des Landes aus der Finanzierung der milliarden-schweren Verlegung des Hauptbahnhofes unter die Erde ausgesprochen, 58,8% (= 2.157.931 Nein-Stimmen) waren dagegen. Damit sind die Befürworter eines Ausstiegs deutlich gescheitert, zumal für einen Erfolg ein Drittel aller Wahlberechtigten in Baden-Württemberg für den Ausstieg hätte stimmen müssen.

Die Abstimmungsergebnisse waren im Land allerdings sehr unterschiedlich. In denjenigen Gebieten, in denen sich die Bürger von Stuttgart 21 und der damit fälschlicherweise in Zusammenhang gesehenen Schnellbahntrasse nach Ulm Vorteile erhoffen, war die Zahl der Ausstiegsbefürworter am kleinsten. So weisen der Alb-Donau-Kreis (23,0%), Biberach (24,5%) und Ulm (30,9%), die geringsten Anteile an Ja-Wählern auf. In Gebieten dagegen, wo die Menschen Nachteile im Hinblick auf Infrastrukturprojekte vor Ort befürchten, waren die Befürworter in der Mehrheit oder zumindest überdurchschnittlich zahlreich. Zu diesen Gebieten gehörten insbesondere Südbaden und der Bodenseeraum, wo der viergleisige Ausbau der Rheintalbahn bzw. die Elektrifizierung der Südbahn gefordert werden. Als Grundtendenz ist weiterhin festzustellen, dass die Zahl der Befürworter des Ausstiegs in Städten prozentual höher war als in ländlichen Gebieten. Am höchsten war die Zahl in den Universitätsstädten Freiburg (66,5%), Heidelberg (58,0%) und Tübingen (57,7%), die traditionell Hochburgen der Grünen sind. So wie Grünen-Hochburgen mehrheitlich für den Ausstieg stimmten, stimmten die von der CDU geprägten Gebiete in hohem Maße gegen den Ausstieg. Das lässt sich leicht erklären: Die Grünen waren sehr stark im Aktionsbündnis für den Ausstieg aktiv und die CDU im Verbund mit der FDP, den Oberen der SPD und den Konzernen im Bündnis gegen den Ausstieg.

Unterstützt wurde das Aktionsbündnis in erster Linie von der Linkspartei, von der ÖDP und mancherorts auch von der Basis der SPD, die als Gesamtpartei jedoch heillos zerstritten war. Auch die Piratenpartei war sich weitgehend uneinig und trat somit kaum in Erscheinung; die Kleinparteien fehlten ganz.

Berücksichtigt man die Tatsache, dass die CDU, FDP und SPD bei der vorletzten Landtagswahl rund 80% der Stimmen für sich verbuchen konnten, lassen sich die knapp 60% Ausstiegsgegner – anders als von den Abstimmungssiegern und großen Teilen der Presse suggeriert – kaum als überzeugender Vertrauensbeweis für das Prestigeobjekt deuten. Nachdem die Mehrheit der Bevölkerung dem Weiterbau des Prestigeobjektes grünes Licht gegeben hat, wird die ÖDP sehr kritisch darauf achten, dass der Kostenrahmen und die Versprechungen, die der Volksabstimmung zugrunde lagen, eingehalten werden und dazu unverzüglich die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden. Das bedeutet konkret, dass der Finanzierungsanteil seitens des Landes nicht erhöht werden darf und zusätzliche Kosten von der Bahn AG zu tragen sind. Auch dürfen andere Infrastrukturprojekte des Öffentlichen Personenschienenverkehrs im Land nicht hintangestellt werden. Dazu gehört die Elektrifizierung der Südbahn, der seit Jahrzehnten geforderte zweigleisige Ausbau samt Elektrifizierung der Gäubahn und der beschleunigte anliegerfreundliche viergleisige Ausbau der Rheintalbahn. Auch der zweigleisige Ausbau der Wendlinger Kurve ist ein Muss. Vorrangig ist außerdem darauf hinzuwirken, dass das kaum erreichbare Zustimmungsquorum bei Volksabstimmungen in Baden-Württemberg gesenkt oder aufgehoben wird. Diesbezüglich ist insbesondere die stärkste Landtagsfraktion, die CDU, in die Pflicht zu nehmen, die sich allen Lippenbekenntnissen zum Trotz gegen eine Senkung sträubt.

Nach der Volksabstimmung werden nun wieder andere Themen verstärkt in den Vordergrund rücken. So wird die ÖDP bei der Demonstration beim Atomkraftwerk in Neckarwest-

heim am Fukushima-Gedenktag (Sonntag, 11.3.2012) präsent sein und engagiert an der Energiewende mitwirken. Da die hohen Anforderungen an ein Endlager für hochgiftigen Atommüll derzeit weltweit nicht erfüllt werden können, lehnt die ÖDP die Suche nach einem Ort für ein Endlager auf dem Boden Baden-Württembergs ab. Stattdessen sind bundesweit an den Standorten der Atomkraftwerke sabotagesichere Langzeit-Zwischenlager mit höchstem Sicherheitsstandard einzurichten, sowohl gegen Terrorangriffe als auch gegen Flugzeugabstürze geschützt. Künftige Generationen haben dann den Zugriff auf den Atommüll und können sichere Schutzmaßnahmen gegen den hochgiftigen Müll anwenden, falls neue Technologien dies ermöglichen. Neben der Energiepolitik wird sicherlich in nächster Zeit auch wieder das Thema Bildung auf der Tagesordnung stehen, wobei die Gründung eines landesweiten AK Bildung für den nächsten Landesparteitag am 17./18. März 2012 vorgesehen ist. Interessierte werden weiterhin gebeten, sich bei dem Regionalbeauftragten Matthias Dietrich (Tel. (071 21) 88 01 04; E-Mail: dietrichmat@web.de) zu melden.

Der nächste Landesparteitag wird zweitägig sein und insbesondere der Neuwahl des Landesvorstands dienen. Alle Mitglieder sind eingeladen und aufgerufen, sich für ein Landesvorstandsamt zu bewerben. Bitte richten Sie Ihre Bewerbung an den Landesgeschäftsführer Uli Stein (Tel. (07 11) 636 46 44; E-Mail: info@oedp-bw.de; Postadresse: ÖDP-Landesgeschäftsstelle, Bismarckplatz 4, 70197 Stuttgart).

Neben der Neuwahl werden auch Anträge zu verschiedenen aktuellen Themen auf der Tagesordnung stehen. Zu erinnern ist schließlich noch an die Mitgliederwerbeaktion, die der Landesvorsitzende Bernd Richter (bei Fragen: Tel. (074 22) 552 88; E-Mail: bevirichter@gmx.de) ausgelobt hat. Auf die drei Kreisverbände mit stärkstem Neumitgliederzuwachs inklusive Schnuppermitgliedern warten Preise im Wert von 110, 80 und 60 Euro. Hinzu kommen Trostpreise für die drei Kreisverbände am Ende der Skala. Alle Mitglieder und Sympathisanten

sind dazu aufgerufen, durch eine Teilnahme an der Aktion zu ihrem Erfolg beizutragen. Die Mitgliederwerbeaktion läuft bis zum 31. März 2012.

Kontakt: Matthias Dietrich,
info@oedp-bw.de

Nordrhein-Westfalen

Imagegewinn für Stadt
und ÖDP in Münster

Gerd Kersting, amtierender Landesvorsitzender der ÖDP NRW, heimste zum Ende seiner Amtszeit als Ratsherr für „seine“ Stadt Münster den deutschen Umweltpreis der Biodiversität – also zur biologischen Vielfalt und zur nachhaltigen Stadtplanung – der Deutschen Umwelthilfe Berlin (DUH) ein.

Bereits zum April dieses Jahres hatte Kersting sein ÖDP-Mandat an seinen Nachfolger Franz Pohlmann (Münster) abgegeben, um mehr Zeit und Energie für seine Tätigkeit als Landesvorsitzender zu haben. Jedoch noch im Herbst 2010 hatte Kersting per Ratsantrag und mit Unterstützung aller Fraktionen im Rat der Stadt Münster der Verwaltung den Auftrag erteilt, sich dem Wettbewerb der Biodiversität der DUH zu stellen. Anfänglich mussten Politik und Verwaltung noch überzeugt werden. Umweltsenator Thomas Paal zu Kersting: „Münster ist nicht gut genug für einen der vordersten Plätze bei Großstädten über 100.000 Einwohner!“ Kersting erwiderte jedoch zuversichtlich: „Münster ist in der Biodiversität zwar nicht so gut, wie die ÖDP sich das wünscht, aber die anderen Städte in unserer Kategorie sind schlechter!“ Im März 2011 bekam Kersting als Initiator dieser städtischen Bewerbung, einen Anruf vom Umweltsenator Paal. Er bat ihn, zur anstehenden Preisverleihung mit einer Delegation von Münster nach Köln zu reisen, denn Münster habe jetzt doch Aussichten für einen der vorderen Ränge, so Paal. Am 6. April 2011 wurde es dann in Köln Gewissheit. Die Münsteraner Delegation mit Umweltsenator Paal, dem ÖDP-Ex-Ratsherrn Kersting, dem Leiter des Umweltamtes Bruns, sowie verschiedenen Vertretern des örtlichen BUND und der Stadtverwaltung Münster konnten bei

einer feierlichen Zeremonie hinter der Stadt Hannover die Auszeichnung für den zweiten Platz entgegennehmen.

Vor kurzem erhielt die Stadt Hannover die Auszeichnung „Europäischen Hauptstadt der Biodiversität“ in Brüssel, „was für mich heißt, dass Münster doch einen hohen städtebaulichen Umweltstandard hat. Sonst wären wir im Frühjahr ja nicht direkt hinter Hannover gelandet. Und was folgern wir daraus?“, fragt Kersting: „Die ÖDP kann – auch wenn sie nur mit einem Vertreter im Rat oder sonstigen politischen Gremien vertreten ist, durch gute Argumente politisch überzeugen.“ In diesem Fall eindeutig ein Imagegewinn – nicht nur für die Stadt Münster, sondern auch für die ÖDP vor Ort.

ÖDP NRW stellt an sich hohe Ansprüche

Die ÖDP in Nordrhein-Westfalen begrüßte als Höhepunkt des zweitägigen Landesparteitages den Initiator des bayerischen Volksbegehrens für mehr Nichtraucherschutz, Sebastian Frankenberger, der auch Bundesvorsitzender der ÖDP ist. Im Rahmen der Veranstaltung stellte Frankenberger sehr kurzweilig sein aktuelles Buch »Volk ent-

scheide! – Visionen eines christlichen Politrebells« vor. Dieses Buch ist kein Roman oder eine Dokumentation eines erfolgreichen Volkbegehrens, sondern eher als Tagebuch einer Auszeit zu verstehen. „Wichtig für uns in NRW ist in diesem Zusammenhang, dass die ÖDP in Sachen Nichtraucherschutz inzwischen auch der NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens die Wichtigkeit dieses Themas deutlich gemacht hat,“ erklärte Kersting am Rande des Parteitags.

Denn die ÖDP NRW habe bereits im Vorfeld in Düsseldorf angeklopft, um Druck zu machen. Wenn hier in NRW nicht bald der Nichtraucherschutz verbessert werde, schaffe die ÖDP NRW genauso wie die ÖDP in Bayern Tatsachen, versprach bereits im Sommer dieses Jahres Werner Roleff, stellvertretender ÖDP-Landesvorsitzender, dem Ministerium in Düsseldorf schriftlich. „Die ersten Verbindungen mit Nichtraucherinitiativen sind bereits geknüpft“, ergänzt Kersting. Hannelore Kraft (Ministerpräsidentin NRW) hat sich nicht lange bitten lassen und bereits öffentlich bekannt gegeben, dass das bisherige Nichtraucherschutzgesetz überarbeitet werde. „Wir werden das

genau beobachten“, versprechen die beiden ÖDP-Politiker, nicht ohne noch auf die anderen wichtigen Themen des Parteitags in Bad Driburg hinzuweisen.

„Wir wollen arbeitsfreie Sonntage. Der Sonntag muss möglichst ohne Einschränkung Familientag bleiben und nicht dem Kommerz dienen“, bezieht Kersting Stellung zur Parteiprogrammatik. Gerade Familienbetriebe müssten sonst gravierende Ungerechtigkeiten befürchten.

In Bad Driburg beschloss die ÖDP zudem, eine Petition für eine zweite Kraft in den Grundschulen in den Landtag einzubringen. »Wir wollen eine pädagogische Begleitperson nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Inklusion«, erläuterte Gerd Kersting. Eine bessere individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler sei von größter Bedeutung.

So fordert die ÖDP NRW im Bildungsbereich bspw. den Einsatz einer zweiten pädagogischen Kraft in Schulklassen. Durch möglichst kleine Klassengrößen von 15 bis 18 Schülern (max. 20) soll eine tatsächliche individuelle Förderung sichergestellt werden.

Aus diesem und vielen anderen Gründen war es beim Parteitag Bad Driburg an der Zeit,

das Landesprogramm auf den neuesten Stand zu bringen. Das Landesprogramm wurde bereits am ersten Tag zunächst formal beschlossen, um am zweiten Tag optimiert und mit Kernaussagen ergänzt zu werden.

So sei z. B. „die von der Landesregierung unter Rot-Grün neu eingeführte Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr zwar ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch verfehlt sie das Ziel der elterlichen Motivation, schon frühzeitig das Kind in den Kindergarten anzumelden.“

So strebt die ÖDP im Erziehungsbereich das beitragsfreie erste Kindergartenjahr als Anreiz für die Vierjährigen an. Das zweite und dritte Jahr wäre allerdings aus Finanzierungsgründen kostenpflichtig. Kersting dazu: „Ein- bis dreijährige erfahren in der Regel die beste Erziehung und Betreuung bei den Eltern. Jedoch im vierten Lebensjahr sollten die Kinder hingegen intensive soziale Kontakte haben.“ Außerdem sei das ÖDP-Konzept gegenüber dem u-3-Projekt der Landesregierung (Betreuungsquote der unter dreijährigen Kinder auf 35 % zu heben) erheblich kostengünstiger.

Kontakt: info@oedp-nrw.de

**Bundesvereinigung Frauen in der ÖDP
Roswitha Bendl neue Vorsitzende**

Im November wählten die Mitglieder der Bundesvereinigung Frauen in der ÖDP Roswitha Bendl aus Erding zu ihrer neuen Vorsitzenden. Bendl löst Gertrud Martin ab, die sich aus privaten Gründen aus der aktiven Partearbeit zurückzieht. Zur Stellvertreterin wurde Agnes Becker gewählt, Gertrud Martin fungiert fortan als Schriftführerin.

Auf der Mitgliederversammlung berichtete Gertrud Martin über Aktivitäten seit der letzten Wahl, die im Dezember 2007 stattfand.

Da es aus zeitlichen und räumlichen Gründen in der Zwischenzeit schlecht möglich war, die Versammlung parallel zu einem Bundesparteitag unterzubringen, haben in

den vergangenen Jahren keine Versammlungen stattgefunden. Gertrud Martin hat diverse Stellungnahmen, Briefe und Leserbriefe verfasst, an einschlägigen Veranstaltungen und Tagungen teilgenommen und für die ÖP Beiträge verfasst. Zuletzt hat sie anlässlich des Erscheinens des 8. Familienberichtes für die Bundesregierung an Frauenministerin Schröder einen Protestbrief geschrieben. Der Bericht stellte fest, dass die Eltern mehr Zeit für die Familie wünschten. Der Auslegung der Familienministerin, dies sei durch mehr Betreuungsangebote zu erreichen, widersprach sie heftig, unter dem Hinweis, dass auch für Eltern Zeit gleichbedeutend mit Geld ist.

Die anwesenden Mitglieder bedanken sich bei Gertrud Mar-

tin für die geleistete unermüdlige Arbeit und gratulieren ihr, weil sie für den Verband der Familienfrauen und -männer, dessen Bundesvorsitzende sie seit 2010 ist, am 18.11.2011 den Elternrechtspreis 2011 der Arbeitsgemeinschaft des Familienbunds der Katholiken und der Katholischen Elternschaft Deutschlands im Erzbistum München-Freising entgegennehmen konnte.

In der Diskussion wurde besprochen, wie die Bundesvereinigung weiterarbeiten soll. Man war sich einig darüber, dass dies in der seither praktizierten Weise auf „kleiner Flamme“ geschehen soll: Innerparteilich bestehe erstens keine Notwendigkeit gegen eine Benachteiligung von Frauen zu kämpfen. Außerdem würden die ÖDP-Frauen in ihren Aktivitäten in den Kreis- und Landesverbänden ungern durch weitere Aufgaben belastet.

Allerdings wird es nach wie vor für wichtig erachtet, sich

außerparteilich auf die Mitgliedschaft in einem Gremium berufen zu können, wenn z. B. zur Teilnahme an Veranstaltungen am Weltfrauentag oder bei Frauenmessen eingeladen wird (wie z. B. die Frauenunion, die ASF oder die Frauen bei den Grünen).

Roswitha Bendl berichtet, dass sie auch als Mitglied der Bundesvereinigung in den Verteiler des Landesfrauenrats Bayern aufgenommen wurde und zu Veranstaltungen und Empfängen eingeladen wird, obwohl dort offiziell nur Parteien dabei sein können, die im Landtag vertreten sind.

Es wurde auch festgestellt, dass es nach wie vor nötig ist, die Gleichberechtigung der in der Familie Erziehenden, die sonst kaum von Parteien energisch vertreten wird, einzufordern.

Kontakt: roswitha.bendl@t-online.de

VORSCHAU

ÖkologiePolitik

im Mai 2012

Bauen Wohnen Leben

„Erst formen wir unsere Gebäude, dann formen unsere Gebäude uns“, sagte Winston Churchill. Außerdem sind sie für rund die Hälfte des Energieverbrauchs und CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Die Struktur von Stadtteilen und Städten wiederum ist dafür verantwortlich, ob die täglichen Wege vorwiegend zu Fuß, mit Öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem Auto zurückgelegt werden. Auf allen Ebenen existieren enorme Einsparpotenziale. Die Transition-Town-Bewegung versucht den Verbrauch fossiler Energieträger zu überwinden sowie die lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Gemeinschaftsgärten zur urbanen Selbstversorgung sind dabei ein wichtiges Thema.

IN KÜRZE

... von Ulrich Brehme

Teersand-Öl in Kanada

Zur Gewinnung von Öl aus Teersand wird in Kanada derzeit großflächig Wald abgeholzt. Das Öl wird mit großem Einsatz von Energie und Chemikalien aus dem Sand gewaschen. Die Emissionen, die entstehen, wenn Benzin oder Diesel aus Teersand gewonnen werden, sind viel größer als jene herkömmlicher Treibstoffe. Die Treibstoffqualitäts-Richtlinie der EU sieht aber vor, dass die CO₂-Emissionen aus der Produktion von Benzin und Diesel bis 2020 um 6 % verringert werden müssen. Jetzt sind die EU-Mitgliedsstaaten an der Reihe, dem Vorschlag der Kommission zuzustimmen.

Quelle: Oekonews.at, Sonnenseite.com, 09.10.2011

AKW-Planungen in Polen

Polen will ein Atomenergieprogramm starten. Sogar der Einstieg in die Wiederaufarbeitung und in die Schnelle-Brüter-Technologie sind beabsichtigt. Dafür wurde jetzt ein grenzüberschreitendes Strategisches Umweltsicherungsverfahren (SUP) gestartet.

Quelle: bmu.de, 05.10.2011

Strahlung in Fukushima

Die Internationale Atombehörde (IAEA) in Wien ging in ihrem Fukushima-Bericht vom Juni von einer radioaktiven Freisetzung von 15 Peta-Bequerel aus. Nach

einer neuen Studie eines internationalen Forscherteams wurden die auf den Pazifischen Ozean hinausgewehten Emissionen nicht genügend berücksichtigt. Insgesamt sind laut der Studie 35,8 Peta-Bequerel des gefährlichen und langlebigen Nuklids Cäsium 137 freigesetzt worden. Damit liegt der Unfall von Fukushima in der Größenordnung von Tschernobyl. Über dem Festland gingen nur knapp 20 % der radioaktiven Emissionen nieder.

Quelle: Klimaretter.info, Sonnenseite.com, 31.10.11

Kinderkrebs um AKW

Kleinkinder im Nahbereich von Atomkraftwerken haben ein um 44 % erhöhtes Risiko an Leukämie zu erkranken, belegt eine Metaanalyse des Wissenschaftlers Dr. Alfred Körblein. Sie wertete Daten aus Deutschland, Großbritannien und der Schweiz in Bereichen innerhalb eines Radius von 5 km um Atomkraftwerke gegenüber Bereichen mit einem Radius von mehr als 5 km aus. Die bei einem Brennelementwechsel immer erhöhten Abgaben von radioaktiven Partikeln und Gasen in die Umgebung könnten die Ursache sein. Deshalb sollten die Spitzenwerte und Halb-Stundenwerte der AKW-Emissionen öffentlich gemacht werden. Bisher wird das nur mit gemittelten Werten gemacht. Die Spitzenwerte gelten als Betriebsgeheimnis der AKW-Betreiber.

Quelle: IPPNW, 04.08.2011

Ökologisch-Demokratische Partei – Bundesgeschäftsstelle
Pommerngasse 1 – 97070 Würzburg
Postvertriebsstück – Entgelt bezahlt – B 46795
Bei Unzustellbarkeit, Mängel in der Anschrift und Umzug, Anschriftenberichtigungskarte!

B 46795

Versuchstiere

Die aktuelle Statistik des Bundeslandwirtschaftsministeriums zeigt: Die Versuchstierzahlen sind 2010 um 2,5 % auf 69.881 Tiere gestiegen. Insgesamt wurden 2.856.316 Tiere in Versuchen verbraucht und getötet. Besonders stieg der Tiereinsatz in der Gentechnik an, wo nicht zweckgebundene Grundlagenforschung betrieben wird. Gegenüber dem Vorjahr sind die Zahlen der gentechnisch veränderten Tiere um knapp 115.000 auf 722.793 gestiegen. Die wirkliche Anzahl ist noch weitaus höher, da nur die Tiere gezählt werden, bei denen die Genmanipulation gelang.

Quelle: Bundesverband der Tierversuchsgegner, 02.11.2011

Plastikpartikel im Meer

Haushalts-Waschmaschinen gehören zu den stärksten Verschmutzern der Meere mit kleinen Plastikpartikeln. Sie setzen winzige Fasern aus Polyester und Acryl frei, kleiner als ein Stecknadelkopf, die an den Küsten angeschwemmt werden. Aufgrund der synthetischen Polymerstruktur bleibt Plastikmüll mit seinen potenziell schädlichen

Inhaltsstoffen bis zu Jahrzehnte erhalten. Je kleiner die Teilchen, desto leichter gelangen sie in den Körper von Tieren, lagern sich dort ab und können über die Nahrungskette auch vom Menschen aufgenommen werden. Pro Waschvorgang und Kleidungsstück werden bis zu 1.900 dieser Fasern ausgespült.

Quelle: Sonnenseite.com, 28.10.2011

Klimawandel-Rechenmodell

Prognosen des Zukunftsklimas müssen künftig über das Jahr 2100 hinausreichen. Jetzt wurde ein Prognosemodell bis ins Jahr 2300 mit 4 Klimaszenarien mit hoher Auflösung entwickelt. Die klimapolitischen Maßnahmen werden dabei berücksichtigt. Das Modell soll eine Grundlage für Klimamodelle des fünften IPCC-Berichts 2014 liefern. Das ungünstigste der 4 Szenarien errechnet für 2300 eine Erhöhung des CO₂-Gehalts auf 2.000 ppm, also mit mehr als einer Verfünffachung, was einen mittleren Temperaturanstieg um etwa 8 Grad zur Folge hätte.

Quelle: Sonnenseite.com, 30.09.2011

BITTE PROTESTIEREN

Ungesicherte Stromleitungen töten Vögel

Der Tod an ungesicherten Stromleitungen ist für viele Vogelarten eine ernste Bedrohung. Zwar sind die verantwortlichen Netzbetreiber durch §41 Bundesnaturschutzgesetz dazu verpflichtet, alle für Vögel gefährlichen Mittelspannungsmasten bis Ende 2012 umzurüsten, doch obwohl sie jedes Jahr Gewinne in Milliardenhöhe verbuchen, ist die Umrüstung der deutschen Leitungslandschaft bisher nur sehr schleppend verlaufen. Eine komplette „Entschärfung“ der noch verbliebenen Masten bis Ende 2012 ist nach Ansicht aller Experten kaum noch zu schaffen. Das Ergebnis: zahlreiche tote Eulen, Greifvögel, Reiher und Störche. Üben Sie Druck auf die deutschen Netzbetreiber aus! Drängen Sie sie zur Einhaltung der vom Gesetzgeber festgelegten Frist für den vogelfreundlichen Umbau aller betroffenen Masten!

Schreiben Sie an: Umweltministerkonferenz der Länder, c/o Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt, Olvenstedter Straße 4, 39108 Magdeburg